Ein Besuch in Ostfriesland

Seite 13

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 30. Juni 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig

Atom-Unfälle häufen sich

Radioaktive Wolke über AKW-Brunsbüttel

Drei Stunden lang stand eine radioaktive Wolke über der Unterelbe und dem Nord-Ostsee-Kanal. Wieder ein gefährlicher Unfall in einem Atomkraftwerk. Diesmal war es das AKW Brunsbüttel. Das tückische radioaktive Gift kann man weder sehen noch riechen. Und so unglaublich es klingt: Niemand machte die Menschen an der Unterelbe auf die tödliche Gefahr aufmerksam. Die Betreiber des AKW, die zuständigen Herren in den Ministerien von Kiel — sie alle hüllten sich in Schweigen, wollten den Unfall vertuschen.

Nicht einmal der Bürgermeister von Brunsbüttel und der Katastrophenschutzbeauftragte der Region waren informiert. Erst ein anonymer Anruf bei einer Zeitung brachte die Sache ans Tageslicht. Und was dann nach und nach in den letzten Tagen bekannt wurde, rief Wut und Empörung bei den Menschen an der Unterelbe hervor. Das technische Schutzsystem des Atomkraftwerks war nach einem Störfall bewußt und planmäßig ausgeschaltet worden. Nur einem weiteren Störfall, einem „technischen Zufall" — wie es die Herren nennen — ist es zu verdanken, daß sich die Anlage dann nach drei Stunden selbständig abstellte. Nicht auszudenken, was geschehen wäre ohne diesen Zufall, was geschehen wäre, wenn das Atomkraftwerk statt nur mit einem Drittel seiner Kapazität mit Vollast gefahren wäre!

Hier wurden Menschenleben bewußt aufs Spiel gesetzt. Und Brunsbüttel ist kein Einzelfall: Risse im AKW Stade, in Biblis. Störfall in Neckarwestheim, das AKW Würgassen muß stillgelegt werden. Das sind nur einige Beispiele aus den letzten Wochen. Und wenige Tage nach dem schweren Unfall von Brunsbüttel wurde bekannt: Einige Kilometer elbaufwärts bei Geesthacht sind große Mengen von radioaktiven Abwässern im Erdreich versickert. Natürlich war auch dieser Vorfall über lange Zeit verschwiegen worden.

Jetzt geben sich die Herren in Bonn und in den Landesregierungen besorgt, reden sie von „lückenloser Aufklärung" der Unfälle, um den Zorn der Werktätigen zu dämpfen. Lassen wir uns nichts vormachen! Dieselben Herren sitzen doch Seite an Seite mit den Spitzen des DGB-Apparats in den Aufsichtsräten der AKW-Betreiber, wie etwa der „Hamburgischen Elektrizitätswerke" und der NWK, denen das Atomkraftwerk Brunsbüttel gehört. Sie decken nicht nur die Politik des Verschweigens, sie decken auch die bedenkenlose Gefährdung von Menschenleben um des kapitalistischen Profits willen. Ihnen haben 2.000 Brunsbütteler die richtige Antwort gegeben, als sie am letzten Sonnabend auf die Straße gingen und forderten: **Kein Atomkraftwerk in Brunsbüttel und auch nicht anderswo!**



Ca. 2.000 Menschen demonstrierten gegen das Atomkraftwerk in Brunsbüttel.

Gedenkfeier für Genossen Günter Routhier



Am 18. Juni versammelten sich die Genossen der Ortsgruppe Duisburg unserer Partei auf dem „Neuen Friedhof" am Grab des Genossen Günter Routhier. Vier Jahre ist es jetzt her, daß Günter im Kampf für die Interessen seiner Klasse, seines Volkes fiel. Die Duisburger Genossen gedachten dieses Tages mit einer kleinen Feier, an der auch Günters Frau, die Genossin Rotraud teilnahm. Sie legten einen Kranz der Partei und der Roten Garde am Grab nieder. Nach einer kurzen Ansprache und einer Schweigeminute sangen die Genossen gemeinsam die Internationale. Sie berichten: „Wir verließen den Friedhof, entschlossen, unseren Schwur von damals zu verwirklichen: Günter, wir werden dich rächen, proletarische Revolution ist unser Versprechen!"

Betriebsratswahl bei Hoesch-Union

Jetzt drei RGO-Betriebsräte auf Union!

Der monatelange erbitterte Kampf um die Betriebsratswahl auf der Dortmunder Stahlhütte Hoesch-Union ist vorerst beendet. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition konnte drei Betriebsratssitze erringen. Bei der ersten Wahl, die vom IGM-Apparat durch Rücktritt der reaktionären Betriebsratsmehrheit zunichte gemacht wurde, waren zwei RGO-Vertreter in den Betriebsrat eingezogen.

15,4 Prozent bzw. 523 Stahlarbeiter stimmten dieses Mal für die RGO-Liste. Bei der ersten Wahl hatte die RGO sogar 34 Prozent der Stimmen erhalten. Damals kandidierten allerdings nur zwei Kollegen auf der Liste, während es jetzt fünf Kandidaten waren.

Die IGM-Bonzen glaubten, durch die Wiederholung der gesamten Wahl könnten sie die RGO ausschalten. Ihr Plan: durch Einschüchterung, Hetze, Erpressung und Demagogie zu verhindern, daß die RGO erneut die notwendigen 100 Unterschriften für eine Kandidatur erhält. Aber sie sind gescheitert, obwohl sie rücksichtslos ihre Machtstellung ausnutzten und mit Unterstützung von gewissen Meistern und Vorgesetzten jeden Kollegen fertigzumachen versuchten, von dem sie wußten, daß er unterschrieben hat.

Zwar gelang es den Bonzen, den Stimmenanteil der RGO zu drücken und zu verhindern, daß alle fünf Kandidaten gewählt wurden. Aber auf welche Weise! Sie entfachten eine antikommunistische Hetzpropaganda, wie man sie auf der Hütte noch nicht erlebt hat. Sie versuchten, mit Lügen und Gerüchten, das Ansehen der Liste zu zerstören. Trotz allem aber errang die RGO einen Sieg. Nicht nur, weil sie jetzt drei statt zwei Vertreter im Betriebsrat hat, sondern auch, weil sie im Kampf eine ganze Reihe neuer Mitglieder in den verschiedenen Abteilungen gewinnen konnte.

Der 200. Starfighter abgestürzt

Ein wahrhaft trauriges Jubiläum: In der letzten Woche ging der 200. Starfighter der Bundeswehr herunter. Wieder in ein Wohngebiet, wieder standen Häuser in Flammen, kamen Menschen nur mit knapper Not am Tod vorbei. Die Bilanz dieses Jubiläums: über 90 Piloten getötet, unermeßlicher Sachschaden, über den es genauso wenig exakte Angaben gibt wie über die Verluste bei der Zivilbevölkerung.

967 Starfighter hatte der damalige Kriegsminister Strauß im Jahr 1959 beschafft. Mehr als ein Fünftel dieser Luftflotte ist bis jetzt zerschellt. Und noch immer wollen die Herren in Bonn für die Massenabstürze „menschliches Versagen" oder — wie es die Bundeswehr-Führung zynisch ausdrückte — „übersteigertes Vertrauen" der Piloten in die Maschinen verantwortlich machen. Strafverfahren von Witwen der Piloten gegen Strauß wegen „fahrlässiger Tötung" wurden eingestellt, die Untersuchungen über Bestechungsgelder für Strauß und Co. im Zusammenhang mit der Beschaffung des Starfighters wurden niedergeschlagen. So wollen sie die Wahrheit über die Starfighter-Affäre vertuschen: daß die Beschaffung dieses Flugzeuges Teil der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr war, und daß die Herren im Kriegsministerium, allen voran Strauß, vom Hersteller-Konzern Lockheed mit dicken Schmiergeldern belohnt wurden (Berichte auf Seite 16).

GSG 9 auf Menschenjagd

Vor einem Cafe an der bulgarischen Schwarzmeerküste fahren vier PKWs vor. Die Türen öffnen sich und heraus stürmen schwerbewaffnete Zivilisten — Angehörige des berüchtigten GSG 9. Sie stürmen das Cafe, überwältigen vier sogenannte „Terroristen", darunter Till Meyer, und schleppen sie weg. Noch am selben Tag werden die Vier mit einer Chartermaschine in die Bundesrepublik geflogen. Dabei sehen sie, daß im Flugzeug 30 weitere Polizisten in Bereitschaft gestanden haben.

Die Einsätze der Bonner Killer- und Greifkommandos in anderen Ländern sind eine unerhörte Provokation der Völker und eine ernsthafte Bedrohung der Souveränität dieser Länder. Die Tatsache, daß die bulgarische Regierung einem schwerbewaffneten westdeutschen Polizeikommando Tür und Tor öffnet, wirft ein bezeichnendes Licht auf den wahren Charakter der revisionistischen Clique um Schiwkoff, die in Bulgarien an der Macht ist.

Für das Wohlwollen der westdeutschen Imperialisten, in der Hoffnung auf Kredite für ihre von der Krise geschüttelte Wirtschaft, sind sie bedenkenlos bereit, die Souveränität ihres Landes noch mehr zu verkaufen. Erinnern wir uns daran, daß deutsche Polizisten schon einmal ihr Unwesen in Bulgarien getrieben haben, nämlich in den Tagen der Nazidiktatur in Deutschland. Weder wir noch die bulgarischen Werktätigen werden das jemals vergessen.

Westdeutsche Polizisten raus aus fremden Ländern!

Barre in Bonn

Staatsempfang bei Scheel. Zu Gast: der somalische Präsident Siad Barre. Die Herren schwelgen in Erinnerungen an die „Stunde der Not", wie Scheel es nennt. Gemeint ist der Kommando-Einsatz der GSG 9 in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, bei dem diese berüchtigte Spezialtruppe ohne Rücksicht auf das Leben der Passagiere die gekaperte Lufthansa-Maschine stürmte. Seitdem hat Barre in Bonn — so Scheel — „sehr viele Freunde gewonnen". Und die Herren in Bonn geben sich den Anschein, als ließen sie sich diese „Freundschaft" etwas kosten. 82 Millionen konnte Barre allein im vergangenen Jahr kassieren, weitere Millionen sollen jetzt folgen.

Aber diese sogenannte Hilfe ist alles andere als selbstlos. Das somalische Regime — bis zum letzten Jahr noch unter dem Einfluß Moskaus — entwickelt sich immer mehr zu einer Stütze der westlichen Imperialisten bei ihren Aggressionen gegen die Völker Afrikas. Nicht von ungefähr war Barre einer der ersten afrikanischen Staatschefs, die den NATO-Überfall auf den Kongo begrüßten. Und was die Millionen aus Bonn angeht, so wurden sie zu einem großen Teil für Waffen aufgewandt, mit denen das somalische Regime den Krieg gegen das von Moskau abhängige Regime des benachbarten Äthiopien führte. Wenn Bonn an der Seite der anderen westlichen Imperialisten das Regime von Somalia stützt, so dient das nur den eigenen Raubinteressen. An der Grenze zwischen Afrika und den Erdölfeldern des Nahen Osten soll ein Stützpunkt geschaffen werden, von dem aus in Rivalität mit der russischen Supermacht die Kontrolle über diese Region ausgebaut werden kann.

Revanchistische Töne

In der vergangenen Woche haben SPD, FDP und CDU/CSU eine gemeinsame Berlin-Erklärung veröffentlicht. Schirmherr des Projekts: Bundespräsident Walter Scheel. Diese Erklärung ist ein Dokument des Revanchismus, des Strebens der westdeutschen Imperialisten nach einem neuen großdeutschen Reich unter ihrer Vorherrschaft.

Die westdeutschen Imperialisten erklären, „sie werden die Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickeln." Sie wollen sich also Westberlin noch vollständiger als bisher einverleiben. Dies kann aber nicht im Interesse des deutschen Volkes liegen, denn jede Stärkung des Einflusses der westdeutschen Imperialisten in Westberlin bedeutet zugleich, daß sie ihren Revanscheplänen ein Stück näher kommen.

Anmaßend heißt es in der Erklärung außerdem: „Die Berlin-Frage ist untrennbar mit der deutschen Frage verknüpft." Aber diejenigen, die sich jetzt als Anwälte der deutschen Frage, als Hüter der deutschen Einheit aufspielen, haben diese selbst nach dem zweiten Weltkrieg verraten und Deutschland gespalten. Heute können sie davon profitieren, daß auch die sowjetischen und ostdeutschen Revisionisten die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten haben, von „zwei Nationen" in Deutschland sprechen und überdies die westdeutschen Imperialisten in ihren revanchistischen Gelüsten bestärken.

Die Lösung der deutschen Frage im Sinne der westdeutschen Revanchisten, eine Wiedervereinigung unter ihrer Vorherrschaft, widerspricht zutiefst den Interessen des deutschen Volkes. Die deutsche Frage kann nur auf revolutionärem Weg, durch die Revolution und die Schaffung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland gelöst werden.

Bonner Steuerpläne

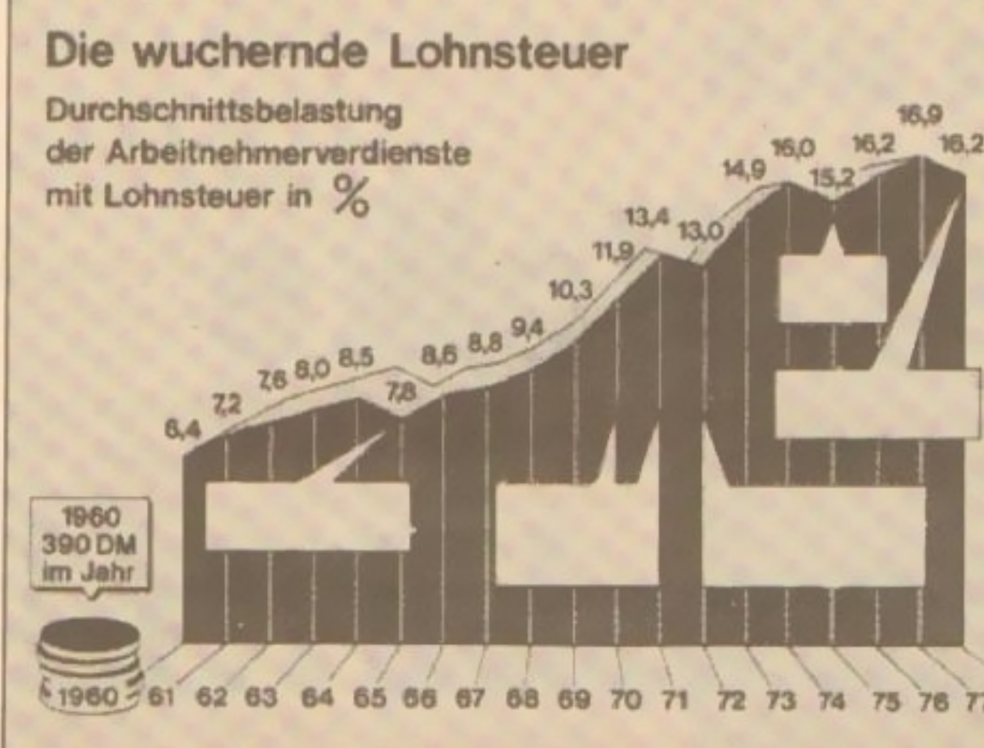
Auf dem Rücken der Werktätigen

Welche Folgen werden die Steuerreformpläne der Bonner Parteien und die Vorschläge des „Sachverständigenrates" für die Werktätigen haben? Glaubt man den Propagandaparolen, die jetzt in Umlauf gebracht werden, gäbe es keinen Grund zur Besorgnis: Steuersenkungen stünden ins Haus, die Wirtschaftskrise könnte gemildert, ja sogar die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß den Propagandaparolen aus Bonn und den Versprechungen sogenannter „Sachverständiger" nicht zu trauen ist. Letzten Endes entpuppen sich solche Versprechen immer als neue Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen, als Versuch, die Lasten der Krise auf ihre Schultern abzuwälzen. Das ist diesmal nicht anders.

Tatsächlich spielen in den Plänen aller Parteien und des „Sachverständigenrates" Steuersenkungen eine zentrale Rolle. Allerdings geht es dabei nicht um die Lohnsteuer, die für die Werktätigen zu einer immer größeren Belastung wird und die den weitaus größten Teil des Steueraufkommens in der Bundesrepublik ausmacht. Nein, Nutznießer der geplanten Steuersenkungen werden die Kapitalisten sein. Denn gedacht ist an eine drastische Verringerung der Gewerbe-, Gewerbekapital- und Gewerbeertragssteuer.

Werktätigen direkt zur Kasse zu bitten. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn, wie vorgesehen, die Mehrwertsteuer um ein Prozent erhöht wird. Ganz klar, daß die Kapitalisten diese Steuererhöhung über die Preise voll auf die Werktätigen abwälzen werden. Gleichzeitig mit der Mehrwertsteuer sollen auch die Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer angehoben werden. Die Kosten werden die Werktätigen in Form höherer Benzin-, Zigaretten- und Alkoholpreise zu tragen haben.

Nicht im Traum denken die Sachverwalter der Kapitalisten in Bonn daran, etwa die Lohnsteuer, die schon jetzt im Durchschnitt 16,2 Prozent des Verdienstes der Werktätigen auffrißt, zu senken. Der „Sachverständigenrat" hat sogar direkt vor einer Lohnsteuerreform zugunsten der Werktätigen gewarnt.



Das Schaubild verdeutlicht die wachsende Belastung der Werktätigen durch die Lohnsteuern. 92 Milliarden Mark wird der bürgerliche Staat so allein in diesem Jahr kassieren. Schon jetzt kann es passieren, daß man von jeder verdienten Mark rund 31 Pfennig an den Staatshaushalt bezahlen muß.

Steuersenkungen für die Kapitalisten also, damit sie ihre Profite in die Höhe schrauben können. Und um diese Maßnahme zu rechtfertigen, wird aus der Mottenkiste der bürgerlichen Propaganda das bekannte „Argument" hervorgeholt, daß die Kapitalisten auf diese Weise zu Investitionen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze angereizt würden. Die Wirklichkeit hat allerdings längst das Gegenteil bewiesen. Wenn die Kapitalisten investieren, dann nicht etwa, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um Arbeitsplätze zu vernichten, um die Rationalisierung voranzutreiben, um die Arbeitshetze zu verstärken und die Ausbeutung zu verschärfen. Das beste Beispiel dafür liefern gerade jetzt die Druckkapitalisten mit der Einführung der neuen Satztechnik, die die Arbeitsplätze von Tausenden von Setzern und Metteuren bedroht. Die Steuererleichterungen für die Kapitalisten sind somit ein direkter Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen.

Aber damit nicht genug. Die Pläne der Bonner Parteien und der „Sachverständigen" sehen auch vor, die

Die Bonner Parteien sind wahrhaftig treue Diener ihrer Herren, der Großkapitalisten, der Besitzer der Banken und Fabriken, der Truste und Konzerne. Ihr Programm heißt rücksichtslose Ausplünderung von Millionen von Arbeitern, Angestellten und anderen Werktätigen im Interesse der Wahrung und Vermehrung des Profits der kapitalistischen Ausbeuter; heißt Abwälzung aller Lasten der Krise auf unsere Schultern; bedeutet, daß wir unseren Gürtel immer enger schnallen sollen, Opfer und Entbehrungen auf uns nehmen und die ständige Verschlechterung unserer Lebensverhältnisse hinnehmen sollen.

Deshalb sagen wir Nein zu einer Steuerreform auf unserem Rücken. Sollen doch die Reichen, die Herren des Finanzkapitals, die Krise bezahlen!

Kurz berichtet

Heidelberg

Die Rote Garde Heidelberg führte in den letzten Wochen eine Veranstaltungsreihe über Albanien durch, die das einzige sozialistische Land in Europa unter den Jugendlichen besser bekannt machen sollte. Jeder Abend war unter ein bestimmtes Thema gestellt, so zum Beispiel „Frau im Sozialismus" oder „Die Jugend in Albanien". Den Abschluß bildete eine Ton-Bild-Schau über Albanien, die von Teilnehmern einer Reise in die Sozialistische Volksrepublik im letzten Jahr zusammengestellt worden war und von den Zuschauern begeistert aufgenommen wurde. Zu jeder der vier Veranstaltungen fanden sich etwa 40 interessierte Teilnehmer ein, die über die einzelnen Themen lebhaft diskutierten und bei denen sicher das Interesse für Albanien und den Aufbau des Sozialismus weiter vertieft wurde.

Flensburg

In Flensburg fand am 13. Juni ein Filmabend statt, organisiert von einer GEW-Gruppe und der Filmgruppe des Seminars Flensburg. 110 Zuschauer sahen den Film „Nazis — gibt's die noch?", der die verbrecherischen Aktivitäten der Neonazis darstellt und zeigt, welchen Schutz sie von der Polizei bekommen. Die Flensburger Genossen berichten: „Nach dem Film informierten zwei der angeklagten Hamburger Antifaschisten über ihren Prozeß. Für ihren Freispruch wurde eine Unterschriftenliste herumgereicht. Es schloß sich eine lebhafte Diskussion an über das Thema: Was können wir gegen diese Faschistenbanden unternehmen? Denn auch in Flensburg tauchen diese Leute auf, unter anderem mit Schmierereien wie „Rotfront, verrekke!" oder „Kauft nicht bei Juden!"

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß wir in Flensburg diesem Spuk entgegentreten müssen, zum Beispiel, indem wir uns mit einer antifaschistischen Woche an die Bevölkerung wenden. Wir zeigten auf, daß der Kapitalismus und der Faschismus aus einem Stall kommen und machten klar, wie der bürgerliche Staat die Faschisierung vorantreibt. Wenn auch gegensätzliche Meinungen auftraten, so war dieser Abend doch ein großer Erfolg und ein wichtiger Schritt zum Aufbau einer breiten Front gegen Reaktion und Faschismus in Flensburg.

Bad Oeynhausen

Auf dem Schulhof des Kantgymnasiums war ein merkwürdiges Gebilde aufgebaut worden, es sah aus wie eine Mülltonne. „Das allgemeine Erstaunen", berichten die Genossen der Roten Garde, „schlägt in Empörung um, als die Schüler den Sinn und Zweck der Tonne erfahren — es ist ein „Kunstgebilde"! 60.000 Mark haben die Verantwortlichen dafür ausgegeben. Genau die Summe war der Schule für Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt worden. Aber anstatt uns Pinsel und Farben in die Hand zu geben oder den innen wie eine Gruft anmutenden Schulbau zu verschönern, haben die Herren diese Mülltonne gekauft.

Die darauf folgende Aktion der Roten Garde fand die volle Unterstützung der Schüler. Am Montagmorgen prangte auf dem Gebilde in leuchtend gelber Schrift: „Weg mit dem 60.000-Mark-Schrott! Rote Garde." Die Stimmung unter den Schülern: „Das ist total richtig, was die Rote Garde geschrieben hat." Oder: „Gebt mal einen Dosenöffner, dann machen wir das Ding auf."

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

Filbingers Akten

Gibt es in diesem Land Menschen, die wegen ihrer Gesinnung verfolgt werden? Bis vor kurzem noch hätten die Herren von der CDU eine solche Frage mit einem empörten und entschiedenen „Nein" beantwortet. Inzwischen hat man einen solchen Menschen in den eigenen Reihen: den Marine-Stabsrichter a. D. Filbinger. Er selbst bietet das Bild eines bemitleidenswerten Opfers einer „Hexenjagd". Natürlich sind es nicht die Organe des Staates, die diesen Menschen verfolgen — wo er sich doch um diesen Staat so große Verdienste erworben hat, daß er sich für seine Prozeßkosten aus der Stuttgarter Landeskasse bedienen darf. Man denke nur an die kompromißlose Bekämpfung der Unruhestifter von Wyhl, an die konsequente Anwendung des Radikalenerlasses. Da merkt man doch die alte Schule des Marinerichter.

Nein, die Hexenjagd gegen diesen verdienten Menschen wird von Leuten betrieben, die Filbinger „Extremisten" nennt. Von Leuten, die — wie jeder weiß — von drüben ferngesteuert werden. Und weil das so ist, ließ Filbinger durch seinen Anwalt Augstein jetzt erklären, die Akten, die ihn belasten und die jetzt verschiedentlich zitiert werden, stammten allesamt aus der DDR. Womit also schlüssig bewiesen wurde, daß es sich bei der ganzen Filbinger-Affäre um ein dunkles Komplott handelt. Und damit es auch jeder merkt, ließ Filbinger die KPD/ML anklagen, weil sie ihn in einem Flugblatt einen „Nazi-Richter" genannt hatte.

Nun ist das mit den Akten so eine Sache. Der von Filbinger ebenfalls angeklagte Schriftsteller Hochhuth zum Beispiel behauptet, diese Akten kämen gar nicht aus der DDR. Es gibt da auch ein einschlägiges Archiv in Westberlin. Dort wird die alte Marine-Akte Filbingers geführt. Genau gesagt: sie wurde geführt. Denn wie es der Zufall so will, ist gerade diese Akte vor kurzem amtlich „eingefordert" worden. Und seitdem ist sie verschwunden — spurlos. Sicher werden jetzt einige Leute aus dieser Tatsache ihre schäbige Schlußfolgerung ziehen: da hätte wohl der Filbinger selbst seine Hand im Spiel. Aber diese Leute sollen doch mal an die Lockheed-Affäre denken. Da sind schließlich auch Akten verschwunden, und zwar ganze Wagenladungen voll. Was doch eindeutig beweist, daß in diesem Land ein solcher Vorgang etwas ganz normales und kein Grund zur Aufregung ist.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Besuch in einem Opel-Wohnheim für ausländische Arbeiter

„Das ist doch kein Leben hier!“

Reportage

Wir hatten uns vorgenommen, eine Reportage über die Wohnverhältnisse ausländischer Arbeiter in einem Werks-Wohnheim zu machen. Ein Genosse, der bei Opel in Bochum arbeitet, traf für uns eine Verabredung mit spanischen Opelarbeitern, die in einem werkseigenen Wohnheim für ausländische Arbeiter wohnen. So rückte dann vor kurzem ein Redakteur des „Roten Morgen“, mit einem Fotoapparat und einem kleinen Kasettenrekorder bewaffnet, bei den spanischen Kollegen an. Begleitet wurde er von einer Genossin, die die spanische Sprache beherrscht.

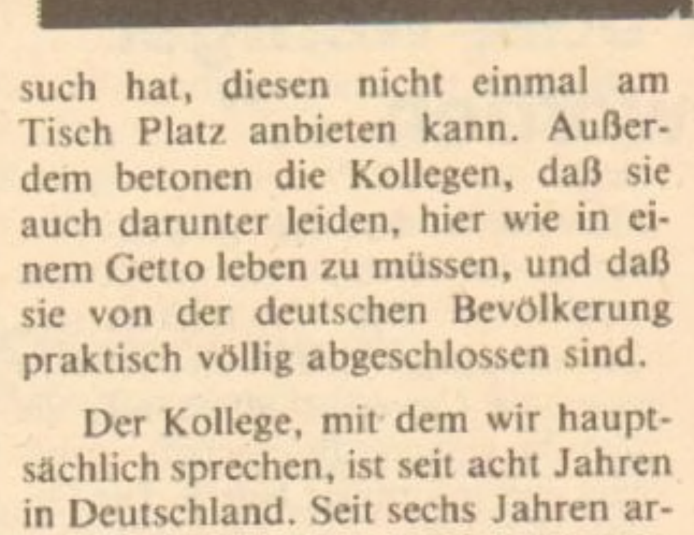
Zwei relativ neue Wohnblocks, fünf Etagen hoch. Von außen sehen sie eigentlich gar nicht so schlecht aus, modern, mit Balkonen... Daneben stehen allerdings einige Barakcken, die aus ihgendwelchen Fertigteilen zusammengebaut zu sein scheinen und einen elenden Eindruck machen. Wie wir erfahren, wohnten früher alle Kollegen des Wohnheims in diesen Baracken. Inzwischen stehen sie jedoch größtenteils leer. Die neuen Wohnblocks wurden vor vier Jahren gebaut, und die meisten Barackenbewohner zogen dann in diese neuen Gebäude um. Ohne den Kampf der Kollegen gegen ihre elenden Wohnverhältnisse wäre es dazu wohl nicht gekommen! Aber in einem Teil dieser elenden Baracken wohnen auch heute noch türkische Opel-Arbeiter.

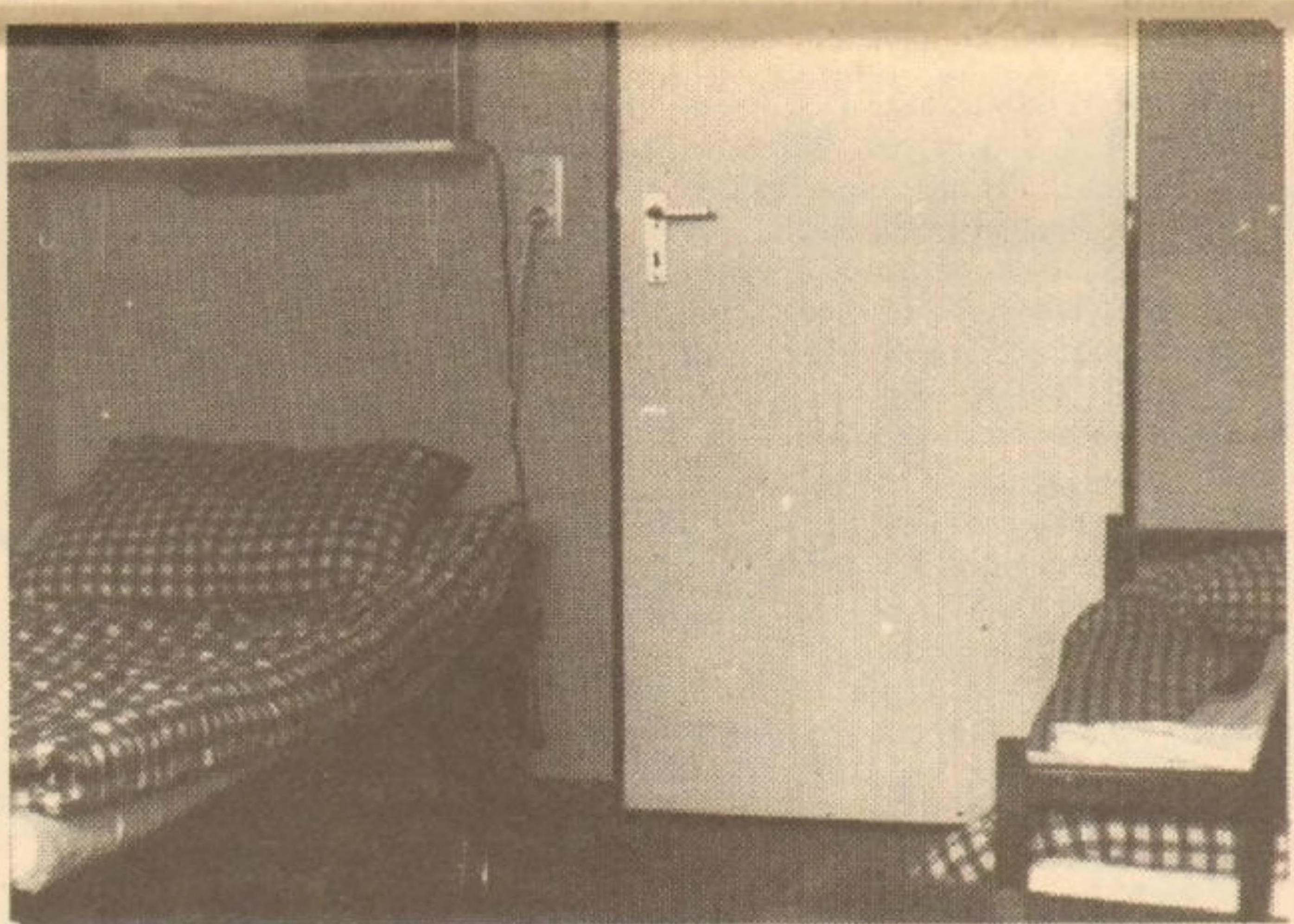
Wir werden freundlich begrüßt. Jetzt sehen wir sofort, daß der äußere Eindruck, den man von den Wohnblocks hat, gewaltig täuscht. Von außen unterscheiden sie sich kaum von irgendeinem beliebigen, relativ neuen Wohnblock. Hier innen jedoch ist alles unwahrscheinlich eng und ärmlich. Ein Schlauch von Flur. Links und rechts Türen, hinter denen die winzigen „Wohn“-zimmer liegen, außerdem Toiletten, eine sogenannte Küche und ein Aufenthalts- bzw. Eßraum. Dieser Eßraum enthält kein weiteres Mobiliar als zwei einfache Tische und eine Menge unbequeme Stühle, die teilweise aufgestapelt an der Wand stehen, teils um die Tische herum. Der Boden: nackter Kunststoff, einen Teppich gibt es nicht. Kein Schrank, kein Fernsehgerät. Die Wände kahl, nur durch ein paar Fotos verziert, die die Kollegen irgendwo ausgeschnitten haben.

In der Küche gibt es nicht einmal einen anständigen Elektroherd, sondern lediglich drei primitive elektrische Kochplatten. Wir vermissen auch Kühlschränke. Die Kollegen klären uns darüber auf, daß bis vor drei Monaten Kühlschränke vorhanden waren. Diese jedoch waren alt und kaputt und wurden weggeschafft, und seitdem sind keine neuen gebracht worden. Jetzt müssen sich sechs Bewohner eine derartige „Küche“teilen.



Die Küche



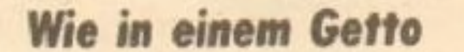


Man kann sich kaum bewegen in den „Wohnzimmern“. Sie gleichen eher Gefängniszellen.

Die Wohnzimmer: eng wie Gefängniszellen

Die „Wohn“zimmer sind in diesem Wohnheim mit jeweils zwei Personen belegt. Es gibt aber verschieden große Zimmer. Dessen ungeachtet beträgt die Miete pro Bett für jeden Bewohner 83 Mark im Monat. Füher haben in diesen unwahrscheinlich kleinen Zimmern drei bis vier Arbeiter gewohnt. die Kollegen konnten mit der Zeit durchsetzen, daß inzwischen nur noch zwei Leute auf einem Zimmer wohnen. Als zum Beispiel Kollegen auszogen, haben sie einfach nicht mehr zugelassen, daß das freigewordene Bett wieder neu belegt wurde. Man drohte den Arbeitern zwar, sie würden auf die Straße gesetzt. Sie haben sich jedoch nicht einschüchtern lassen und setzten sich mit ihrer Forderung durch.

Die kleinen Zimmer sind nur zweieinhalb mal vier Meter „groß“. Das Mobiliar besteht aus einigen Blechspinden, wie man sie auch in den Waschkauen hat, aus den Betten und aus einem kleinen Tischchen. Eine Person verfügt über anderhalb Spinde. Dabei müssen neben allem anderen auch noch Nahrungsmittel in diesen Spinden aufbewahrt werden, weil in der Küche nicht für alles Platz ist.



Wie in einem Getto

Die Kollegen kennzeichnen die unglaubliche Enge dieser Zimmer folgendermaßen: „Normalerweise kann man in einem Zimmer einen Tisch in die Mitte stellen und sich darum herumsetzen. Aber hier ist das so: will der eine seinen Spind aufmachen, während der andere gerade an dem Tischchen sitzt, so muß der am Tisch Sitzende sich erheben und auf den Balkon ausweichen. Nur ein Glück, daß das Haus wenigstens Balkone hat... Und früher, als noch drei Leute in den kleinen Zimmern hausen mußten, da war es noch nicht einmal möglich, überhaupt einen Tisch aufzustellen.“

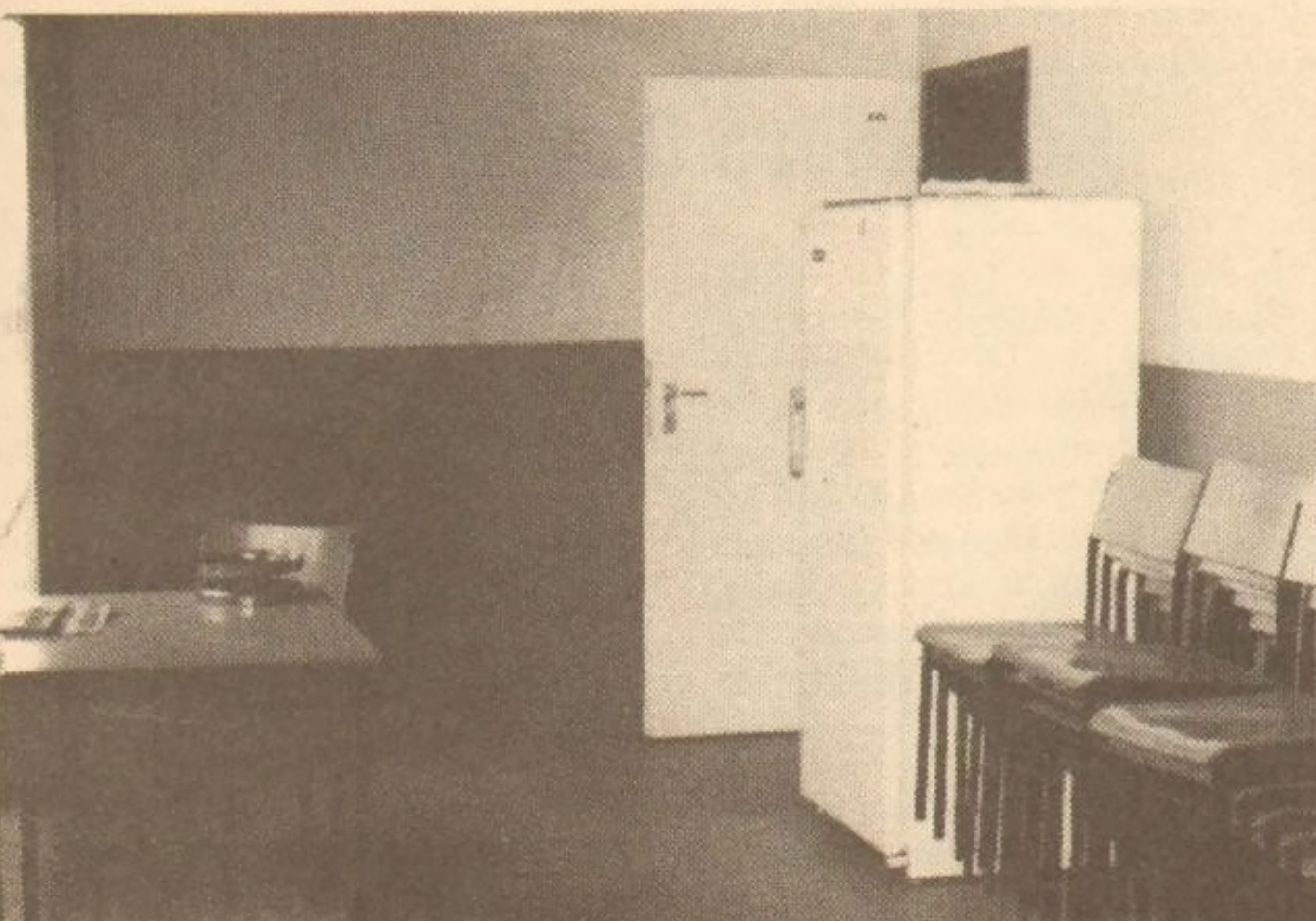
Die Kollegen sagen: Das größte Problem ist, daß man in den Zimmern überhaupt kein Privatleben führen kann. Die Zimmer sind so eng, daß man, wenn man einmal Besuch hat, diesen nicht einmal am Tisch Platz anbieten kann. Außerdem betonen die Kollegen, daß sie auch darunter leiden, hier wie in einem Getto leben zu müssen, und daß sie von der deutschen Bevölkerung praktisch völlig abgeschlossen sind.

Der Kollege, mit dem wir hauptsächlich sprechen, ist seit acht Jahren in Deutschland. Seit sechs Jahren arbeitet er bei Opel. In diesem Zimmer wohnt er seit 1974. Vorher hat er in den eingangs erwähnten Baracken gewohnt. „In den Baracken war alles noch viel schlechter. Da hatten wir noch nicht einmal einen Gemeinschaftsraum, wo man essen konnte. Die Küche war für noch mehr Personen. Es gab kein fließendes warmes Wasser. Die Heizung war schlecht und oft wurde sie einfach tagelang abgestellt. In einem Zimmer lebten vier Arbeiter. Opel wollte sogar noch mehr Leute darin einquartieren. Da haben die Kollegen eine Protestaktion durchgeführt: sie haben alle zusammen die Betten aus dem Fenster geworfen. Die Bosse mußten dann darauf verzichten, noch mehr Leute einzuquartieren.“

Wir erkundigen uns, wie das ist, wenn ein Kollege krank wird und im Bett liegen muß. Es wird dann zwar ein Arzt gerufen. Dann gibt es noch Sozialarbeiter und Dolmetscher, die sich ein wenig um einen kümmern. Eine Krankenschwester aber, die einen versorgt, gibt es nicht. Da ist man dann auf die Hilfe der Kollegen angewiesen. Was die Dolmetscher betrifft, die setzen sich praktisch nur für einen ein, wenn man ihnen Geld gibt.

Der Kollege sagt, eigentlich sei das kein Leben, was sie hier führen müssen. Die einzige Hoffnung: eines Tages eine private Wohnung zu bekommen. „Aber wenn man als Ausländer überhaupt eine Wohnung findet, ist sie meist sehr teuer und schlecht, ohne warmes Wasser und ohne Heizung. Außerdem würde das auch unsere grundsätzlichen Probleme nicht lösen, die Isolation gegenüber der deutschen Bevölkerung und die Diskriminierung der Ausländer durch die Behörden und im Betrieb durch die Kapitalisten und teilweise auch durch die Meister.“

Wir fragen, ob er nicht nach Spanien zurück will, ob er dort keine Angehörigen hat. „Ich habe zwei Brüder und meine Eltern in Spanien. Aber es gibt kaum Arbeit dort, und man verdient äußerst wenig. Mein Bruder, der früher auch in Deutschland war, ist vor einiger Zeit zurückgegangen. Er hat dort seinen Militärdienst abgeleistet. Danach ging er nach Bilbao. Aber lange Zeit nach dem Militärdienst hat er überhaupt keine Arbeit gefunden.“



Der Aufenthaltsraum

Jeder Kollege verfügt über anderhalb Spinde.

Auch die Putzfrau wird unverschämt ausgebeutet

Bei unserem Besuch in dem Opel-Wohnheim trafen wir auch eine spanische Putzfrau, die hier das Wohnheim sauberhält. Wir fragen sie, wie sie bezahlt wird und erfahren folgendes:

Pro Etage bekommt die Kollegin 15 Mark. Für das Putzen einer Etage hat sie eine Zeitvorgabe von dreieinhalb Stunden. Eine Etage umfaßt fünf Küchen, zwei Toiletten und 15 Wohnräume. Im Monat verdient sie 345 Mark. Aber allein für Fahrtkosten, die ihr nicht ersetzt werden, muß sie 55 Mark im Monat aufbringen. Arbeitskleidung, wie Arbeitsmantel und Handschuhe muß sie selbst stellen. Außerdem kommt es häufig vor, daß kein Putzmittel vorhanden ist.

„Über Politik möchte ich hier nicht sprechen...“

Wir fragten einen der spanischen Arbeiter des Wohnheims nach seinen politischen Ansichten. Er antwortete: „Es ist nicht so, daß ich mich dafür nicht interessiere, aber über Politik möchte ich hier nicht sprechen. Aber vielleicht interessiert Euch meine Meinung zu den Sonderschichten bei Opel?“

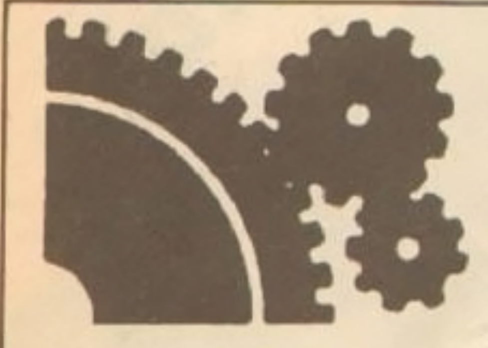
Wir sagten: „Sicher interessiert uns das.“ Darauf der Kollege:

„Opel ist ein Monopol. Die Monopole hängen mit dem Staat zusammen und der Staat hängt mit den Monopolen zusammen. Und es ist hier alles darauf ausgerichtet, daß die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird.

Im Mai haben wir 23 Tage gearbeitet. Im April waren es 20 Tage. Im April habe ich netto 1.500 Mark herausgekriegt. Für den Mai jedoch, wo nicht nur drei zusätzliche Schichten dazukommen, sondern außerdem noch der Pauschal-Abschlag aus der letzten Tarifrunde und die reguläre Lohnerhöhung, die bei mir 54 Pfennig in der Stunde beträgt, da habe ich netto 40 Mark weniger herausbekommen. Die Lohnsteuer allein machte fast 700 Mark aus. Mein Bruttoverdienst für Mai betrug 3.061 Mark, und netto hatte ich 1.461 Mark!“

Dabei muß man noch bedenken, daß der Staat doch fast nichts für die ausländischen Arbeiter tut. Keine anständigen Schulen gibt es für sie, keine anständige Sozialversorgung usw. Die ausländischen Kollegen werden tatsächlich noch brutaler und unverschämter ausgebeutet und unterdrückt als wir deutschen. Deshalb: Kämpfen wir gemeinsam gegen die Diskriminierung der ausländischen Kollegen, dafür, daß sie mehr Rechte bekommen, daß ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Schließen wir uns zu einer gemeinsamen Kampffront zusammen! Führen wir den revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und den Bonner Ausbeuterstaat!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

„Wir sind mehr oder weniger gezwungen worden..."

Liebe Genossen!

Neulich stand im „Roten Morgen" ein Artikel über den Einzelhandel, den ich sehr gut und anschaulich fand. Auch bei uns in Reutlingen gab es ja im April einen zweistündigen Warnstreik bei Horten, über den noch lange im Geschäft diskutiert wurde. Wie überall im Einzelhandel sind auch bei Horten die Löhne vor allem der Frauen sehr niedrig. Darüber hinaus wird schon seit Jahren stark rationalisiert, so daß die Kolleginnen und Kollegen immer mehr angetrieben werden und beim Verkauf oft vier oder sechs statt zwei Hände haben müßten. Außerdem gibt es schon lange Kritik am Kantinenessen, ohne daß sich irgendetwas geändert hätte.

Empörung herrschte neulich, als das Urlaubsgeld zusammen mit dem 13. Monatsgehalt ausbezahlt wurde — Steuerabzüge von über 1.000 Mark. Deshalb war der Warnstreik im April völlig berechtigt, und die meisten Kollegen nahmen daran teil. Die Gewerkschaftsführung von HBV (Handel, Banken und Versicherungen) und DAG allerdings, die zum Streik aufgerufen hatten, legten dabei ein ganz dickes Ei. Von Anfang an verhinderten sie, daß das ganze Warenhaus bestreikt wurde, indem nur ein Teil der Beschäftigten über den bevorstehenden Streik informiert wurde. Das war am Freitag.

Als die Verkäuferinnen und Verkäufer dann am Samstagmorgen zur Arbeit gingen, waren einige recht verdutzt über die Streikposten, die da vor den Eingängen standen. Manche von ihnen streikten aus Solidarität sofort mit, andere aber gingen voller Wut an den Streikposten vorbei zum Arbeitsplatz. Die Wut richtete sich aber nicht gegen den Streik, sondern gegen die Gewerkschaftsführer, die nicht die gesamte Belegschaft vorbereitet und informiert hatten. Die Gewerkschaftsführer bei Horten hatten die Belegschaft von vornherein gespalten. Als die Kollegen später wissen wollten, warum nur ein Teil informiert worden war, war die Antwort der Gewerkschaftsführer, daß die Geschäftsleitung sonst Wind von der Sache bekommen hätte. Zu diesem offensichtlichen Verrat stellte sich später noch heraus, daß die Geschäftsleitung schon einen Tag vorher, also am Freitag, über den Streik Bescheid wußte und zwar von den Gewerkschaftsführern selbst, wie die Kollegen wissen. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

Der Streik ging auch dementsprechend aus. Nach zwei Stunden luden die Gewerkschaftsführer die streikenden Kollegen in eine Kneipe ein, wo es kostenlos Kaffee, Kuchen und Brezeln gab. Besonders solche Horten-Angestellten, die bisher noch nicht in der HBV oder DAG organisiert waren, wurden dabei heiß umworben und tatsächlich konnten die Gewerkschaftsführer nach diesem zweiten Frühstück einige neue Mitglieder verbuchen. Wie ein Kollege allerdings berichtete, fühlten die Betroffenen sich doch nicht ganz wohl bei dieser „Bauernfängerei", und mancher bekannte offen: „Wir sind mehr oder weniger gezwungen worden, Mitglied zu werden."

Rot Front
Ein Genosse aus Reutlingen

Aufnahmestopp für arbeitslose Lehrer

Kürzlich fand in Marburg eine Podiumsveranstaltung der GEW statt. Hauptpunkt war — wie auch im GEW-Programm '78 — die Forderung nach Einstellung aller Lehrer.

Im Laufe der Veranstaltung fragten einige Teilnehmer die auf dem Podium sitzenden Funktionäre, ob es stimme, daß die GEW künftig keine arbeitslosen Lehrer mehr aufnehmen will.

Dieser beabsichtigte Aufnahmestopp wurde von den Funktionären bestätigt und mit einer Angleichung an die Satzung des DGB begründet. Im übrigen — so wörtlich — solle man nicht erst in die Gewerkschaft eintreten, wenn es bereits zu spät sei.

Das ist reine Augenwischerei. Lehrer müßten sich also bereits während des Studiums gewerkschaftlich organisieren, da ihre Berufslaufbahn fast immer mit Arbeitslosigkeit beginnt.

Mit diesem Beschluß der GEW-Führung sollen gerade diejenigen aus der Gewerkschaft ferngehalten werden, die am kampfbereitesten sind. Die Empörung der Veranstaltungsteilnehmer war so groß, daß man sich auf dem Podium genötigt sah, sich von dem Beschluß zu distanzieren und einige versprachen unter Druck, sich für eine Aufhebung einzusetzen.

Eine Genossin aus Marburg

RGO jetzt auch bei Opel-Bochum

In der vergangenen Woche ist auch bei Opel in Bochum eine Betriebsgruppe der RGO gegründet worden. Die Gründung der Betriebsgruppe wurde möglich, nachdem sich ein Kreis von Kollegen schon seit längerer Zeit regelmäßig getroffen hatte, um über den Kampf der Opel-Arbeiter zu diskutieren. Die RGO bei Opel in Bochum wird ihre Aufgabe vor allem darin sehen, die Kollegen gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten zum Kampf zu mobilisieren und die arbeiterfeindliche Politik der Bonzen zu durchkreuzen. Sie muß sich außerdem mit der opportunistischen „Liste für Belegschaftsforderungen" auseinandersetzen, die auch im Betriebsrat vertreten ist.

Betriebsratswahl bei Hoesch

Jetzt drei RGO-Betriebsräte auf Union

Der Nazi-„Stürmer" hätte es wohl auch nicht viel wilder treiben können, als Dieterich und Co. von der Ortsverwaltung Dortmund der IG Metall. Was da auf den IGM-Flugblättern unter der Überschrift „Information zur Betriebsratswahl" an antikommunistischer Primitivhetze verbraten wurde, muß jedenfalls einen Axel Springer neidisch werden lassen. Das Blut lief sozusagen aus den Flugblättern heraus...

„Die RGO-KPD/ML verspricht, was sie nicht halten kann: Nur starke Gewerkschaften sind stark bei Verhandlungen... Was sie halten wird: Revolution = bewaffneter Aufstand — Krieg — Tod und Blut — Unterdrückung..." Abgesehen von der unverschämten Gleichsetzung von RGO und KPD/ML ist dieser Erguß von bemerkenswerter Logik. Was versprach die RGO in ihrem Betriebskampfprogramm? Sie versprach genau genommen nur das eine, sich für die Forderungen der Belegschaft und gegen die Angriffe der Hoesch-Bosse konsequent einzusetzen. Das jedoch kann sie laut IGM-Dieterich gar nicht halten. Warum: „Nur starke Gewerkschaften sind stark bei Verhandlungen." Was sie aber nicht nur halten kann, sondern sogar wird: Revolution, Krieg usw.

Es sollen nach Verteilung dieser Flugblätter übrigens Wetten abgeschlossen worden sein auf der Hütte. Und zwar über den Zeitpunkt, wann die RGO den ersten Krieg vom Zaun brechen wird...

Aber Spaß beiseite — so primitiv der Antikommunismus der IGM-Bonzen auch war, in einem Punkt blieb diese Demagogie wohl nicht völlig wirkungslos. In der Behauptung nämlich, daß RGO und KPD/ML ein und dasselbe seien. Denn die RGO wurde auf Hoesch erst in diesem Frühjahr gegründet. Die meisten Kollegen haben also noch nicht so viele Erfahrungen machen können, daß sie sich über die Verlogenheit dieser Behauptung aus ihrer eigenen Erfahrung völlig überzeugen konnten. Und natürlich ist es klar, daß die meisten Hoesch-Arbeiter heute noch nicht von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugt sind. Deshalb würden sie heute eben auch noch nicht das marxistisch-leninistische Programm der KPD/ML verteidigen und für die Verwirklichung dieses Programms eintreten. Das gilt natürlich auch für den Großteil der 523 Kollegen, die sich durch die Demagogie des IGM-Apparats nicht beirren ließen und der RGO erneut ihre Stimme gaben.

Auf der anderen Seite liegt es natürlich nicht nur an den antikommunistischen Rundschlägen der IGM-Bonzen, wenn bei diesem zweiten Wahlgang nicht mehr so viele Stimmen auf die RGO entfielen wie beim ersten Mal. Dieterich und Konsorten verbreiteten vielerlei schmutzige Lügen und Verleumdungen, um das Ansehen der RGO zu zerstören und das Vertrauen der Kollegen in die Liste zu erschüttern. Dazu nur ein Beispiel:

CDA
Sozialausschüsse

BETRIEBSGRUPPEN DER HOESCH HÜTTENWERKE
BETRIEBSGRUPPE WERK UNION

Bezirksgeschäftsstelle
Industriegebiet Ost
Prinz-Friedrich-Karl-Str. 48
4600 Dortmund 1, 2.6.1978

... auch ... ingung war,
daß wir auf eine eigene Liste verzichteten.
2. Vor der zweiten Betriebsratswahl haben sich die Verantwortlichen von IGM, Betriebsrat-Union und Wahlvorstand dafür stark gemacht, daß es der RGO diesmal nicht gelingen würde, eine eigene Liste aufzustellen. Diesen Beteuerungen haben wir geglaubt und wir sind hereingefallen. Die Verantwortlichen haben sich, teilweise durch eigenes Verschulden, wieder verrechnet. Aber Kollegen, hinterher ist man immer schlauer.
Was ist jetzt noch zu tun ?
Nach ausgiebiger Diskussion und Rücksprache mit "Rechtsgelehrten" sind wir der Meinung, daß die Wahl nicht mehr verhindert werden kann. Wir werden also zunächst für unsere Kandidaten nochmal die Werbetrommel rühren und nach der Wahl weiter sehen.
Über diese beiden Punkte wollen wir uns am
... 8. Ju...

Dieses interessante Dokument fiel den Kollegen der RGO bei Union in die Hände. Sein Verfasser: der Bezirkssozialsekretär der Christdemokratischen Arbeitnehmerausschüsse. Man hatte also ein Komplott geschmiedet, und beteiligt daran war auch der Wahlvorstand für die Betriebsratswahlen auf Union, laut BVG bekanntlich zur Neutralität verpflichtet. Aber wie das so geht, die Herren haben sich getäuscht, ihr Komplott ist gescheitert. Und jetzt ist das Lamento groß.

Kurz vor der Wahl wurden eigens Versammlungen für die ausländischen Kollegen organisiert, auf denen von der IGM-Zentrale aufgebotene ausländische Funktionäre eine wilde Lügenhetze gegen die RGO betrieben: Die RGO bestehe aus Terroristen usw. Dem griechischen RGO-Kandidaten wurde das Wort verboten, als er dazu Stellung nehmen wollte. Gleichzeitig drohte der griechische IGM-Funktionär dem Kollegen, falls er nicht seine Kandidatur auf der RGO-Liste zurückziehe, würden seine Personalien dem griechischen Konsulat übergeben und man werde ihn als Kommunisten denunzieren. Auf der anderen Seite wurde ihm angeboten, falls er zurücktrete, würde er sofort zum IGM-Vertrauensmann für die ausländischen Arbeiter auf der Hütte ernannt. Die Bonzen legten dem Kollegen eine entsprechende schriftliche Erklärung vor, die er unterschreiben sollte. Der RGO-Kandidat lehnte natürlich ab. Das hinderte jedoch die IGM-Bonzen nicht, am nächsten Tag, als die Stimmabgabe bereits begonnen hatte, die Lüge zu verbreiten, der griechische Kollege sei zurückgetreten.

Ein Punkt sei noch angesprochen, der sich auf das Wahlergebnis ausgewirkt hat. Bei der ersten Wahl war die IGM-Liste auf völlig diktatorische Weise vom IGM-Apparat zusammengestellt worden. Die ersten 22 Kandidaten wurden einfach gesetzt. Die restlichen vom Vertrauensleutekörper vorgeschlagen. Die einfachen IGM-Mitglieder hatten keinerlei Einfluß auf die Zusammensetzung der Liste. Sicherlich hat damals ein Teil der Kollegen hauptsächlich aus Empörung über dieses Vorgehen für die RGO gestimmt. Bei der zweiten Wahl ließen die Bonzen deshalb wohlweislich die Kandidatenliste auf etwas demokratischere Art aufstellen. Die Kandidaten wurden auf Abteilungsversammlungen gewählt. Zwar kamen zum größten Teil auch jetzt wieder die alten, den IGM-Bonzen genehmen Kadetten auf die Liste. Unter anderem aus folgendem Grund: Oft war es z. B. so, daß sich die oppositionellen Stimmen auf verschiedene Gegenkandidaten zersplitterten, während die IGM-Kandidaten immerhin soweit im ganzen Bereich bekannt waren, daß sie noch genügend Stimmen erhielten, um gewählt zu werden. Teilweise wurde auch Druck auf oppositionelle Kollegen ausgeübt, damit sie gar nicht erst kandidierten. Aber wie dem auch sei: Das demokratische Manöver des IGM-Apparates blieb natürlich nicht ohne Wirkung auf das Wahlergebnis.

Trotz allem aber konnte der IGM-Apparat sein erklärtes Ziel nicht erreichen, nämlich die RGO-Liste bei der zweiten Wahl auszuschalten. Im Gegenteil: Drei statt nur zwei RGO-Kandidaten ziehen jetzt in den Betriebsrat ein. Das ist ein großer Erfolg für die Belegschaft und für die RGO und wäre niemals möglich gewesen, wenn nicht sehr viele klassenbewußte Hoesch-Arbeiter dem Terror der Bonzen die Stirn geboten und der RGO-Liste ihre Unterstützung gegeben hätten. Die RGO auf Hoesch-Union ist überhaupt erheblich gestärkt aus dem Kampf um die zweite Wahl hervorgegangen.

Sie hat in diesem Kampf Verbindungen zu kämpferischen Kollegen in Bereichen und Abteilungen gewonnen, in denen sie davor noch keine hatte. Eine Reihe neuer Kollegen sind jetzt zur RGO-Betriebsgruppe gestoßen. Das ist äußerst wichtig und wertvoll für den Kampf, der jetzt für die Interessen und Forderungen der Belegschaft geführt wird und auch für die Verteidigung der revolutionären Betriebsräte gegen die unausbleiblichen Versuche der Bosse und Bonzen, die RGO-Fraktion noch nachträglich aus dem Betriebsrat auszubooten.

Skandalöse Geheimpolitik

Unmittelbar vor den Betriebsratswahlen auf Union veröffentlichte die „Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD/ML bei Hoesch einen handfesten Skandal. Sie informierte die Kollegen darüber, daß die Betriebsräte der IG Metall auf allen drei Dortmunder Hütten nicht nur längst insgeheim mit den Kapitalisten über die Neufestsetzung der Richtbelegschaften verhandeln, sondern auch schon in 131 von 247 Betrieben entsprechende Vereinbarungen unterzeichnet worden sind.

Als daraufhin die Betriebsräte der RGO-Liste auf Union Einsicht in die Akten des entsprechenden Ausschusses verlangten, ein Recht, das jedem Betriebsrat zusteht, wurde ihnen dieses verweigert. Die freche, zugleich aber auch außerordentlich bezeichnende Begründung der IGM-Betriebsräte: Man könne es den „Arbeitgebern" nicht zumuten (!), daß die Belegschaft über die Verhandlungen informiert werde, solange diese noch laufen.

Ein wahrhaft offenes Bekenntnis der IGM-Betriebsräte zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten gegen die Kollegen!

Europäisches Chemiefaserkartell

Großangriff auf die Arbeitsplätze

Am 20. Juni haben die zwölf großen westeuropäischen Chemiefaserhersteller in Brüssel ein sogenanntes „Abkommen zur Herabsetzung der Kapazitäten" bei textilen Synthesefasern unterzeichnet. Dieses Kartell der westeuropäischen Chemiefasergiganten dient, wie seine Drahtzieher offen zugeben, der Arbeitsplatzvernichtung in großem Stil sowie dazu, die Preise für Chemiefasern enorm in die Höhe zu treiben.

Offiziell sieht der Kartellvertrag vor, daß die beteiligten Firmen in den nächsten drei Jahren Produktionskapazitäten von insgesamt 400.000 Jahrestonnen verschrotten lassen, was einem Sechstel der Gesamtkapazität der an dem Kartell beteiligten Monopole entspricht. Nach eigenen Angaben der „Industrievereinigung Chemiefaser" sollen damit bis Ende 1981 in den betroffenen Werken rund 12.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Natürlich denken die Chemiemonopole, die bereits tief in der Krise stecken, nicht im Traum daran, etwa die Preise für Chemiefasern zu senken, um ihre Überkapazitäten abzubauen, denn das würde ja eine Schmälerung ihrer Profite bedeuten. Die Werktätigen können keinesfalls damit rechnen, daß die Preise für Bekleidung fallen. Im Gegenteil. Die Vereinbarungen der Chemiefasermonopole über die Vernichtung von Arbeitsplätzen sind mit Preissteigerungen von bis zu 25 Prozent verbunden.

Kartell gegen die Werktätigen

Das im Entstehen begriffene Kartell der westeuropäischen Stahltrusts, das Zehntausende von Stahlwerkern arbeitslos machen soll und das jetzt abgeschlossene Kartell der Chemiefasermonopole werden nicht die einzigen westeuropäischen Monopolvereinigungen dieser Art bleiben. Der Zusammenschluß der Monopole zu Kartellen wird durch die tiefe Krise, in der die kapitalistische Wirtschaft Westeuropas steckt, beschleunigt und verschärft sie gleichzeitig weiter. Diese Kartelle dienen einem einzigen Zweck, nämlich der Erzielung von Höchstprofiten zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, zu Lasten aller Werktätigen.

So ist schon jetzt klar, daß das Kartell der Chemiefasermonopole auch schwerwiegende Auswirkungen für die Beschäftigten in der Textilindustrie haben wird. Seit Jahren ist die Lage in der Textilindustrie durch eine schwere Überproduktionskrise und durch einen äußerst scharfen Konkurrenzkampf zwischen den internationalen Monopolen gekennzeichnet. Der Preiswucher bei den Chemiefasern wird eine enorme Verschärfung der Textilkrise mit sich bringen. Schon vor anderthalb Jahren hat die internationale Vereinigung der Chemiefaserfabrikanten, „CIRFS", eine Studie herausgegeben, in der vorausgesagt wird, daß bis zum Jahr 1985 ein Drittel aller Arbeitsplätze in der europäischen Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet sein werden. Bei zwei Millionen Beschäftigten in der Textilindustrie wären dies nahezu 700.000!

Die Textilkapitalisten werden, nicht anders als die Chemiemonopole, ihre Profite skrupellos auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten sanieren. Man muß sich nur vor Augen halten, daß in der Bundesrepublik die Zahl der in der Textilindustrie Beschäftigten von 1974 bis 1977 um 100.000 zurückgegangen ist, während sich der Umsatz im gleichen Zeitraum um nahezu 1,7 Milliarden DM erhöhte.

Es taucht natürlich die Frage auf: Unternehmen die Regierungen der Länder der EG etwas gegen den Vorstoß der Chemiegiganten? Natürlich nicht. Sie sind es ja gerade gewesen, die dem Kartell den Weg geebnet haben.

In den Büros der EG

Die Kartellgründung erfolgte mit dem Einvernehmen der Behörden der EG in Brüssel. Die EG stellte sogar die Räumlichkeiten für die Gründungsversammlung zur Verfügung. Und das, obwohl dieses Faserkartell gemäß den Wettbewerbsrichtlinien des EG-Vertrages eigentlich gar nicht zulässig wäre. Aber es gilt als sicher, daß die EG-Kommission in absehbarer Zeit eine sogenannte „Krisenverordnung" verabschiedet, die, wie es heißt, „eine glatte Einfügung des Chemiefaserkartells in das europäische Recht ermöglicht". Ganz klar zeigt sich also auch in diesem Fall, daß es das Ziel der EG ist, zugunsten der großen Truste und Monopole die Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen der ihr angeschlossenen Länder brutal voranzutreiben und die Lasten der Wirtschaftskrise auf ihre Schultern abzuwälzen.

Und was Bonn anbetrifft, so erklärte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zynisch, man müsse jetzt abwarten, wie sich das Kartell bewährt, und bewähren würde es sich dann, wenn der „vorgesehene Abbau der Überkapazitäten" auch durchgeführt werde.

Monopolherren investierten, was das Zeug hielt, denn jeder wollte natürlich das dickste Stück des Kuchens in den eigenen Rachen schieben. Damals vergab die Bonner Regierung für den Aufbau von Chemiefaserwerken fette Subventionen an die Chemiemonopole, und genauso machten es natürlich auch die Regierungen in den anderen Ländern. Es war sonnenklar, daß die Chemietruste auf diese Weise in hemmungsloser Profitgier jene Überkapazitäten aufbauten, über die sie sich heute beklagen.

Es handelt sich hier natürlich nicht um wirkliche Überkapazitäten, wenn man von den Bedürfnissen der Werktätigen ausgeht, denn der Bedarf an Kleidung ist in Wirklichkeit längst nicht gedeckt. Das würde sich schnell herausstellen, wenn man die Preise für Chemiefasern und Kleidung drastisch senken würde bzw. wenn der Lebensstandard der Werktätigen sich erhöhte. Aber der Kapitalismus wäre kein Kapitalismus, wenn so etwas möglich wäre. Denn hier wird nicht für die Bedürfnisse der Werktätigen produziert, nicht dafür, sie mit billigen und guten Waren zu versorgen, sondern einzig und allein für den Profit der Monopolherren und anderen Ausbeuter.

Heute gibt die Bonner Regierung den Chemiemonopolen erneut Subventionen, diesmal für die Vernichtung von Arbeitsplätzen, für Stillegungen und Massenentlassungen, für die rigorose Durchrationalisierung der Betriebe auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten. Damals hieß es, die Subventionen würden vergeben, weil durch den Bau der Chemiefaserwerke „krisenfeste Arbeitsplätze" geschaffen würden. Heute heißt es, die Subventionen werden vergeben, weil durch den „Kapazitätenabbau" die verbleibenden Arbeitsplätze sicherer gemacht würden. In Wirklichkeit geht es in beiden Fällen einzig und allein darum, den Monopolen mit den Werktätigen abgepreßten Steuergroschen die Taschen zu füllen.



Die Chemiekollegen sind bereit, sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze zu wehren. So 1972 bei der Firma Bemberg in Wuppertal-Barmen: 3.000 Arbeitsplätze waren bedroht. Mit schwarzen Fahnen und Parolen gegen die Beschwichtigungspolitik der Konzernherren demonstrierte die Belegschaft.

Der gleiche „Volksvertreter", der uns immer weismachen will, die Bonner Politik kenne kein höheres Ziel als die Sicherung unserer Arbeitsplätze und die „Überwindung der Massenarbeitslosigkeit" ernennt hier also die planmäßige Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen zur gemeinnützigen Tat. Das höchste Ziel der Bonner Politik ist eben nicht die Sicherung der Arbeitsplätze, sondern die Sicherung von Höchstprofiten für das Finanz- und Großkapital. Die Entwicklung der Chemiefaserindustrie gibt ein gutes Beispiel dafür.

Mal so, mal so

In den sechziger Jahren konnten sich die Chemietruste mit der damals aufkommenden Chemiefaserproduktion dumm und dämlich verdienen. Das waren die Jahre des fieberhaften Booms in dieser Branche. Und die

Die Arbeiter und kleinen Angestellten der Chemiefaserindustrie werden die Angriffe der Konzernherren jedoch nicht kampflos hinnehmen. Als die Herren von Enka-Glanzstoff vor einigen Jahren in den Niederlanden und in Wuppertal Betriebe stillegen und Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern auf die Straße werfen wollten, machten ihnen die Kollegen in den Niederlanden und Westdeutschland einen Strich durch die Rechnung. Sie streikten und demonstrierten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und besetzten sogar zeitweise die Betriebe. Und sie hatten Erfolg. Nicht ohne Grund heißt es deshalb im „Handelsblatt": „Die gesamte Branche erinnert sich mit Schrecken an Demonstrationszüge und Betriebsbesetzungen bei der schon 1972 geplanten Stillegung des Enka-Werkes Breda."

Meldungen aus den Betrieben

RGO-Betriebsgruppe Cassella gegründet

Am 9. Juni ist die RGO-Betriebsgruppe bei Cassella gegründet worden. Als Mitgliedsbeitrag wurde ein Monatsbeitrag von zwei Mark festgelegt. Die Gründung der Betriebsgruppe der RGO ist unter anderem auch ein Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahlen. Dort hatten die Kandidaten der RGO, die sich mit einer eigenen Liste den IG-Metall-Betriebsräten entgegenstellten, 27 Prozent der Stimmen errungen. Drei revolutionäre Arbeiter zogen in den Cassella-Betriebsrat ein. Unter den Gründungsmitgliedern der RGO-Betriebsgruppe waren jetzt mehrere Kollegen, die im Verlauf der Wahlkampagne zur RGO gestoßen sind.

Elektromonopole als Arbeitsplatzkiller

Die Internationale Gewerkschaft der Metallarbeiter hat einen Bericht über die Lage in der Elektroindustrie veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die internationalen Elektromonopole zwischen 1973 und 1976 in der Bundesrepublik, Japan, Großbritannien und den USA über eine Million Arbeitsplätze vernichtet haben. Gleichzeitig verlagerten sie einen Großteil ihrer Produktion in sogenannte Billiglohnländer wie Südkorea und Malaysia. Neben den enorm niedrigen Löhnen genießen die Multis in diesen Ländern auch außergewöhnliche Steuervorteile. Ganz abgesehen davon, daß die faschistischen Regimes, die in vielen dieser Länder existieren, die Kämpfe der Arbeiter zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenslage mit den brutalsten Mitteln unterdrücken und es oft weder Streik- noch Koalitionsfreiheit gibt. So vernichtete allein Siemens im Zeitraum zwischen 1970 und 1976 in der Bundesrepublik 26.000 Arbeitsplätze. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in den ausländischen Betrieben des Konzerns um 29.000. Was in dem Bericht allerdings verschwiegen wird, ist die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbonzen, die den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze sabotieren und oft genug selbst offen ihre Zustimmung zu Stillegungen und Massenentlassungen geben.

Stillegungen in Braunschweig und Regensburg

Die Olympia-Werke AG, einer der größten europäischen Hersteller von Büromaschinen und elektrischen Rechnern, hat angekündigt, ihr Braunschweiger Rechenmaschinenwerk zu schließen. Betroffen von der Stillegung sind rund 1.400 Arbeiterinnen und Arbeiter. Um von vornherein zu verhindern, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter zu Kampfmaßnahmen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze greifen, hatten die Kapitalisten ihre Pläne bis zuletzt verheimlicht. Auch in Regensburg sind 400 Arbeitsplätze bedroht. Die Siemenskapitalisten wollen hier ihr Werk für die Produktion Leicht-Dioden dicht machen und die Produktion nach Malaysia verlagern. Da die Arbeitslosenquote in Regensburg und Umgebung jetzt schon bei 5,4 Prozent und damit weit über dem Durchschnitt liegt, können die 400 Kollegen kaum hoffen, eine andere Arbeit zu finden.

Bürorationalisierung — Großangriff auf Arbeitsplätze

Die rigorose Durchrationalisierung der Kapitalisten in den Büros geht auf Kosten der Angestellten. Sie müssen in Zukunft nicht nur mit einer weiteren Verschärfung der Arbeitshetze rechnen. Die Kapitalisten planen auch die Vernichtung von rund 200.000 Arbeitsplätzen. Mit der Einführung von Textautomaten sind vor allem Schreibkräfte von diesem Rationalisierungsfeldzug betroffen.

Warnstreiks bei Dunlop

Eine Stunde lang haben in der vergangenen Woche die Handwerker bei Dunlop in Hanau gestreikt. Sie fordern die Angleichung ihrer Löhne an die der Akkordarbeiter, das entspricht einer Erhöhung von 1,50 DM bis 2,00 DM in der Stunde. Die Handwerker stellen diese Forderung schon seit mehreren Jahren. Mit ihrem Streik dokumentierten die Handwerker, daß sie jetzt entschlossen sind, sich von den Kapitalisten nicht länger hinhalten zu lassen.

800-Millionen-Coup gelandet

Knapp drei Jahre ist es jetzt her, daß unter der Federführung der bundeseigenen VEBA ein sogenannter nationaler Energiekonzern geschaffen wurde. Die Kosten des Projekts beliefen sich auf sage und schreibe 1,5 Milliarden DM, die mit den Steuergroschen der Werktätigen bezahlt wurden. Was wurden damals nicht für Reden geschwungen gegen die „Ölscheichs", gegen die „Überfremdung" des westdeutschen Energiemarktes durch ausländische Konzerne usw. usf. Jetzt hört man andere Töne. Die VEBA startete einen großen Coup und verscherbelte 25 Prozent der Ruhrgas an den britischen Konzern BP. Für 800 Millionen Mark. Wie man sieht, handelt es sich bei den nationalen Tönen der westdeutschen Imperialisten um reine Demagogie. Wenn es um den Profit geht, noch dazu um 800 Millionen, dann läßt man Nation Nation sein.

BASF-Chef droht: Löhne sind zu hoch

Vor kurzem hat die Aktionärshauptversammlung des Chemietrusts BASF stattgefunden. Unter dem Beifall der versammelten Couponschneider verkündete Aufsichtsratsvorsitzender Seefelder bei dieser Gelegenheit, daß man „zuversichtlich" in die Zukunft blicke. Kein Wunder, wenn man sich die Profitbilanz von BASF ansieht. Seefelder gab bei dieser Gelegenheit außerdem bekannt, daß bei der BASF im vergangenen Jahr ein Prozent aller Arbeitsplätze vernichtet worden ist. Aber damit nicht genug. Auch in Zukunft sollen bei BASF weitere Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Einmal in Schwung gekommen, ging der BASF-Chef schließlich dazu über, den Arbeitern offen zu drohen, daß ihre Löhne zu hoch seien. In Zukunft, so ließ er sich vernehmen, dürften sie nicht mehr mit so hohen Tarifabschlüssen wie in diesem Jahr rechnen. Wenn man bedenkt, daß der Tarifabschluß dieses Jahres schon einer der niedrigsten überhaupt war, kann man sich vorstellen, welche Folgen die Drohungen Seefelders für die Arbeiter und kleinen Angestellten der BASF hätten. Aber die Kollegen werden sich zu wehren wissen und diesem unverschämten Ausbeuter einen Strich durch seine Rechnung machen.

Neue Zechenstillegungen in Sicht

Wie die Ruhrkohle AG jetzt angekündigt hat, plant man in den Chefetagen dieses bundeseigenen Konzerns neue Zechenstillegungen. Den Anfang soll, wie wir bereits im Roten Morgen berichtet haben, die Zeche Waltrop machen. Hier noch einmal die Bilanz der Ruhrkohle AG seit ihrer Gründung. 1969 arbeiteten auf den Zechen noch 186.000 Kumpel. Heute sind es nur noch 132.000. Jeder dritte Arbeitsplatz ist also vernichtet worden. Dieser Feldzug war nur möglich, weil sich die Bonzen der IG Bergbau und Energie mit Adolf Schmidt an der Spitze, bereitgefunden haben, den Kumpels schmählich in den Rücken zu fallen und jeden Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu verhindern.

GEGEN REAKTION

Thieu-Prozeß
Sieben Antiimperialisten freigesprochen

Seit Anfang Mai läuft vor dem Landgericht Bonn der erste von drei Prozessen gegen Demonstranten, die im April 1973 gegen den Besuch des Faschisten Thieu in Bonn und gegen die amerikanische Aggression in Indochina protestiert hatten. Acht Demonstranten wurden nun vor die Klassenjustiz gezerrt, weil sie dabeigewesen sein sollen, als die Antiimperialisten aus Protest gegen den provokativen Besuch das Bonner Rathaus besetzten.

Ein „Vandalen-Akt", „kriminelle Zerstörung" — so hatte damals die Bourgeoisie den gerechten Kampf zu diffamieren versucht. Die strafrechtliche Verfolgung ist nun ein weiterer Versuch, den antiimperialistischen Kampf zu kriminalisieren. Allerdings zeigte der Prozeß, daß die Polizei mit erpresserischen Methoden, mit Verdrehungen und Lügen ihre Anklage zusammengezimmert hatte. Sieben von den acht Demonstranten mußte das Gericht inzwischen freisprechen: man „könne ihnen die Teilnahme an der Rathausbesetzung nicht nachweisen!" Freispruch für alle Angeklagten im Bonner Thieu-Prozeß!

Hitlerwerke in Kiosken und Kaufhäusern
Weg mit dem Nazi-Schund!

„Wir stürmen dem Sieg entgegen", „Hitler spricht: Meine Herren, ihre Stunde hat geschlagen". In zahlreichen Kaufhäusern gibt es Schallplatten mit dieser faschistischen Propaganda. Dazu Zeitschriften in Hochglanz: „Hitler-Jugend", „Die Waffen-SS" — getarnt unter dem Deckmantel der „wissenschaftlichen Dokumentation". Buchreihen mit Originalnachdrucken nationalsozialistischer Propaganda.

So wirbt etwa der Jahr-Verlag, Hamburg: „Die beste Propaganda-Zeitschrift aller Zeiten kam aus Deutschland. Ihr Name: SIGNAL. Sie war gefährlicher als die V-2, gefürchteter als die deutsche U-Boot-Waffe... Jetzt — nach mehr als 35 Jahren — ist es erstmals möglich, sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wie brillant die NS-Propaganda arbeitete." Diese offen provokative Werbung für den Hitler-Faschismus hat Empörung unter vielen Antifaschisten im In- und Ausland hervorgerufen.

Um davon abzulenken, daß diese Verherrlichung des NS-Regimes unter den Augen und mit Duldung des Bonner Staates erfolgt, haben die Bonner Politiker jetzt „Maßnahmen" gegen die Nazi-Propaganda angekündigt. Nein, sie verbieten nicht etwa diesen faschistischen Sumpf, wie es die antifaschistischen Gesetze des Potsdamer Abkommens vorschreiben.

Der sich als „Antifaschist" ausgebende SPD-Politiker Wehner gab das Stichwort. Er fragte im Bundestag, „warum das Familien- und Jugendministerium seit 1972 überhaupt noch keinen Indizierungsantrag gegen nazistisch-faschistische Propaganda bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften gestellt habe." Und prompt wurde in der letzten Woche das erste Mal seit 1972 über ein faschistisches Machwerk beraten, den Nachdruck der NS-Propagandazeitschrift „Signal". Das Ergebnis: Die Buchreihe wird „indiziert".

Als der „Rote Morgen" bei der Bundesprüfstelle anrief und nachfragte, was die „Indizierung" praktisch bedeute, erhielt er allerdings eine bezeichnende Antwort: „Für diese Bücher darf jetzt nicht mehr geworben werden, sie dürfen in keinem Buchhandel oder Kiosk offen ausliegen. Aber keine Sorge, Sie können die Bücher weiter kaufen." Keine Sorge! So sieht also die angebliche Verfolgung der Nazi-Propaganda durch diesen Staat aus: Die faschistische Propaganda wird aus dem Schaufenster herausgenommen, damit sich nicht noch mehr Menschen über diese Nazi-Propaganda empören. Aber verkauft, vertrieben, verbreitet wird diese Mord- und KZ-Propaganda weiter!

Dieser Nachfolge-Staat des Dritten Reiches hat in der Tat nie den Kampf gegen den Nazi-Faschismus geführt, im Gegenteil, der Staatsapparat ist von Anfang an mit Faschisten aufgebaut worden. So ist es auch kein Zufall, daß die Tonbandaufnahmen für die Nazi-Schallplatten des Jahr-Verlages (etwa: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer"), die jetzt ebenfalls „indiziert" werden sollen, aus dem Bundesarchiv in Koblenz und dem Deutschen Rundfunk-Archiv in Frankfurt, zwei staatlichen Institutionen, stammen.

Nazi-Verleger Jahr kaufte sie, so berichtet er stolz, „für wesentlich geringere Kosten als die sonst üblichen Gagen und Lizenzen" auf. Genug Material für inzwischen 20 Langspielplatten, die im Schnitt mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren vertrieben wurden. Und wenn keine faschistischen „Original"-Aufnahmen vorhanden sind, hilft auch schon mal die westdeutsche Polizei. So sang etwa der Polizeichor Essen für eine Nazi-schallplatte der Firma „Documentar Series" das SS-Lied „Wenn alle untreu werden"!



All dieser Nazi-Schmutz wird gehandelt unter dem Deckmantel der „Dokumentation". Abgesichert durch die Justiz dieses Staates. So wies das Oberlandesgericht Hamburg eine Strafanzeige gegen den Jahr-Verlag, der neben den schon genannten Schallplatten auch „Das Dritte Reich" vertreibt, mit der empörenden Begründung ab: „Die Tatsache, daß der Inhalt einer Schrift usw. dazu geeignet ist, allgemein für das nationalsozialistische Regime zu werben und dessen Ideologie zu verherrlichen, besagt für sich allein noch nicht ohne weiteres, daß das Propagandamittel nach seinem Inhalt dazu bestimmt sei, Bestrebungen einer ehemaligen, nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen... An dieser Zweckbestimmung fehlt es hier." Und das Gericht erlaubte weiterhin die Verbreitung der Schriften.

Der Kampf gegen das Wiederaufleben der faschistischen Propaganda, gegen die ideologische Vorbereitung einer neuen faschistischen Diktatur muß von den antifaschistischen Massen selbst in die Hände genommen werden. Bauen wir ein starke Front gegen Reaktion und Faschismus auf! Schluß mit der faschistischen Propaganda!

Frankfurt — 17. Juni
Der Kampf um den Römerberg

Frankfurt. 17. Juni. Dieser Tag hat vielen die Augen geöffnet. Nicht nur über die westdeutsche Justiz, die den Faschistenaufmarsch gegen den Protest zahlreicher Antifaschisten durchsetzte, sondern auch über die Polizei, die mit brutaler Gewalt die Faschisten schützte und ihnen den Römerberg freizuprügeln versuchte. Dieser Tag zeigte vielen Antifaschisten: Wer gegen die braunen Banden kämpfen will, muß ebenso den Kampf gegen die staatliche Gewalt führen, die diese faschistischen Provokateure schützt und fördert!

Der hessische Polizeiminister Gries hat den blutigen Polizeieinsatz, bei dem mehr als 100 Antifaschisten schwer verletzt wurden, „ausdrücklich" gebilligt. „Unter den gegebenen rechtlichen Verhältnissen hat die Polizei den für die Abschlußkundgebung des NPD-Treffens vorgesehenen Römerberg räumen müssen", erklärte dieser „Demokrat" zynisch vor der Presse und machte damit wieder einmal deutlich, wie die „rechtlichen Verhältnisse" in diesem Staat aussehen: es gibt das Recht auf faschistische Provokationen, das „Recht" für Polizeieinsätze gegen Antifaschisten, das „Recht", Demonstrationen von Antifaschisten zu verbieten.

Polizeipräsident Müller besaß sogar die Dreistigkeit, den Antifaschisten vorzuwerfen, „sie hätten klüger gehandelt, wenn sie die militante Gewalt der NPD abgewartet hätten, damit man dieser Partei im kommenden Jahr hätte nachweisen können, daß ein Kundgebungsverbot gerechtfertigt sei". Das hätte er wohl gern, dieser Prügelheld, daß die Antifaschisten sich wehrlos den braunen Banden, die mit Prügeln und Ketten bewaffnet waren, zusammenschlagen lassen und dann auf irgendein Gerichtsurteil vertrauen. Auf diese Gerichte, die schon mehr als einmal bewiesen haben, daß sie jeden faschistischen Terror rechtfertigen und Antifaschisten hinter Gitter zu bringen versuchen — wie jetzt in Hamburg.

Nein, der militante Kampf gegen den Faschismus ist notwendig und gerecht. Und auch die verräterische Politik der Revisionisten von der DKP und der VVN-Führung wird die Antifaschisten nicht davon abhalten können. Während die Antifaschisten den Römerberg besetzten, haben diese Verräter eine Spalter-Kundgebung an der Paulskirche abgehalten, Hunderte Meter entfernt vom Kampfplatz. Aber davon liest man jetzt kein Wort in der UZ. Sie stellen es so hin, als ob sie beim Kampf um den Römerberg dabeigewesen wären. Vor allem aber hetzen sie wie die bürgerliche Presse und die Polizei gegen die Antifaschisten, die mutig gegen den brutalen Knüppeleinsatz der Polizei gekämpft haben. So verurteilt das Präsidium des VVN, „daß einige professionelle Krawallmacher mit Steinen geworfen haben." Damit haben diese Revisionisten wieder einmal demonstriert, daß sie ihre Aufgabe darin sehen, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus abzuwiegeln, die militanten Antifaschisten zu bekämpfen und damit den braunen Horden und der staatlichen Faschisierung freie Bahn zu schaffen.



Erfolg für die Antifaschisten: Die NPD-Kundgebung auf dem Römerberg wurde verhindert.

Erklärung meines Austritts aus der VVN
(Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes)

Ich bin seit 1955 Mitglied der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). Ich wurde bei dieser Organisation Mitglied, weil auch ich Verfolgter des Naziregimes war und bleibende körperliche Schäden zurückbehielt. Seit einigen Jahren vollzieht sich innerhalb der VVN ein Wandel, der es überzeugten Antifaschisten immer weniger möglich macht, in dieser Organisation noch ihre eigene zu sehen.

Ich gehöre der VVN in Münster an. Dort ist voriges Jahr ein neuer Vorsitzender „gewählt" worden, gegen den Widerstand der alten Kameraden. Dieser „dynamische" Vorsitzende, zugleich Vorsitzender im Verband der Kriegsdienstverweigerer Münster sowie in den Landesvorstandssattel der VVN in Wattenscheid 1977 gehievt, ist der Herr Michael Gems.

Dieser Michael Gems hat anläßlich einer öffentlichen Veranstaltung an der Universität Münster 1974 einen meiner besten Freunde zusammen mit seinen DKP-Schlägern zusammengeschlagen. Dieser Leistungsdrang äußerte sich auch in anderer Weise. So wollte er meine Mitgliedschaft in der VVN dadurch in Frage stellen, daß er fragte: „Was hast du denn bisher schon für die VVN geleistet?"

Einige meiner Leistungen, für die ich mich wahrhaftig nicht zu schämen brauche, möchte ich hier in Erinnerung rufen: z. B. schon 1969 eine öffentliche Ausstellung mit Stelltafeln auf dem Servatiiplatz in Münster über Widerstandskämpfer im Dritten Reich oder 1977 eine Ausstellung, worin besonders die Lebensborn-Politik und das Wirken faschistischer Ärzte im Dritten Reich aufs Korn genommen wurde.

Ein Teil dieser Ausstellung fand zu einem Zeitpunkt statt, wo die bundesdeutsche Öffentlichkeit in „Antiterrorismus"-Hysterie versetzt wurde. Die Ähnlichkeit heutiger Politik mit derjenigen des Nazifaschismus hat auf viele Betrachter schockierend gewirkt, zumal die Ähnlichkeit der Gestapo-Methoden mit denen unserer Polizei.

Derartige Leistungen können natürlich die von den Revisionisten gesteuerten VVN-Marionettenvorstände nicht gutheißen. Bei diesen Saubermännern giltst du als „lausiger Chaot" (beim Wort „lausig" muß ich unwillkürlich an „Entlausungskammer" denken). Ziel der Politik dieser niemals selbst Verfolgt-Gewesenen des Naziregimes ist es, die VVN zu „säubern" von Kommunisten, in ihrer Sprache: „Maoisten und Chaoten".

Eklatantester Fall war ein Ereignis in Stukenbrock: Zu einer Trauerfeier für die vom Faschismus Ermordeten der Sowjetunion hatte die DKP über die VVN-Chargen hohe Würdenträger aus dem vielgepriesenen Volksparadies Marke Breschnew geladen: Ich hatte die Frechheit besessen, mit Kommunisten dort zu erscheinen (die natürlich nichts von der DKP wissen wollten). Ich machte auf die Heuchelei aufmerksam, daß man antifaschistische Krokodilstränen vergoß, während man zugleich einen „Sozialismus" hochjubelt, der sich mit dem National„sozialismus" durchaus messen kann. Der VVN-Landesvorsitzende Hinz richtete seine DKP-Schläger auf die ungebetenen Gäste ab und entweihte die Feierstunde. Da ich gegen dieses Vorgehen, da ja die VVN Mitträger der Veranstaltung war, Protest erhob, regten die Herren Hinz & Co. schon seinerzeit an, mich aus der VVN zu werfen.

Somit wurde ich vom Landesvorstand dreimal mit Ausschluß bedroht, dreimal schafften sie es nicht. Nun haben sie es in Münster geschafft, und zwar indem sie dort faktisch die VVN auflösten. Und das geschah so: Trotz mehrfachen Ersuchens widerstand der Vorsitzende Gems dem Mitgliederwunsch, eine Versammlung durchzuführen. Stattdessen trat man mit der von der DKP eingerichteten Jugend-VVN als „VVN Münster" öffentlich in Erscheinung. Ja, man besaß die Freiheit, anläßlich der Stukenbrock-Veranstaltung 1977, bei der weder ich noch sonst ein altes VVN-Mitglied Münsters teilnahm, einen Kranz niederzulegen und dabei Propaganda mit unserem Namen zu machen, ohne uns je danach gefragt zu haben. Alle Kollegen, deren Unterschriften auf diese Weise gefälscht worden waren, protestierten gegen diese Eigenmächtigkeit. Man nahm dies lediglich zur Kenntnis, so als wären wir entmündigt. Auch bekam unsere Kassiererin nie mehr Mitgliedermarken zu sehen und erklärte, daß sie unter diesen Umständen nicht mehr mitmache. Ein Teil der Kameraden erklärte daraufhin, daß sie nichts mehr mit der VVN zu tun hätten, da ja über ein Jahr jede Tätigkeit geruht habe und sie nicht einmal mehr Beitragsmarken erhalten hätten (wofür der Landesvorstand verantwortlich ist). Damit war faktisch die VVN Münster nicht mehr existent.

Dem Faß den Boden schlug schließlich das Rock-Festival am 14. Mai 1978 in Dortmund aus: Der Landesvorsitzende Hinz erklärte mir gegenüber, er habe gehört, daß ich die VVN in Münster auflösen wolle. Ich erklärte ihm daraufhin, daß dies ja gar nicht möglich sei, da die VVN Münster ja gar nicht mehr existiere. Es kam daraufhin zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf ich ihm vorwarf, daß er ein Lump sei. Dies hinwiederum veranlaßte ihn, mich mit sechs Mann seiner Schutztruppe aus dem Saal entfernen zu lassen (den Ausdruck „Schutzstaffel" möchte ich mir noch sparen). Mit diesen Kreisen der revisionistischen Verräter von der DKP möchte ich nichts mehr zu tun haben, und daher habe ich diesen Abschnitt meines Lebens beendet.

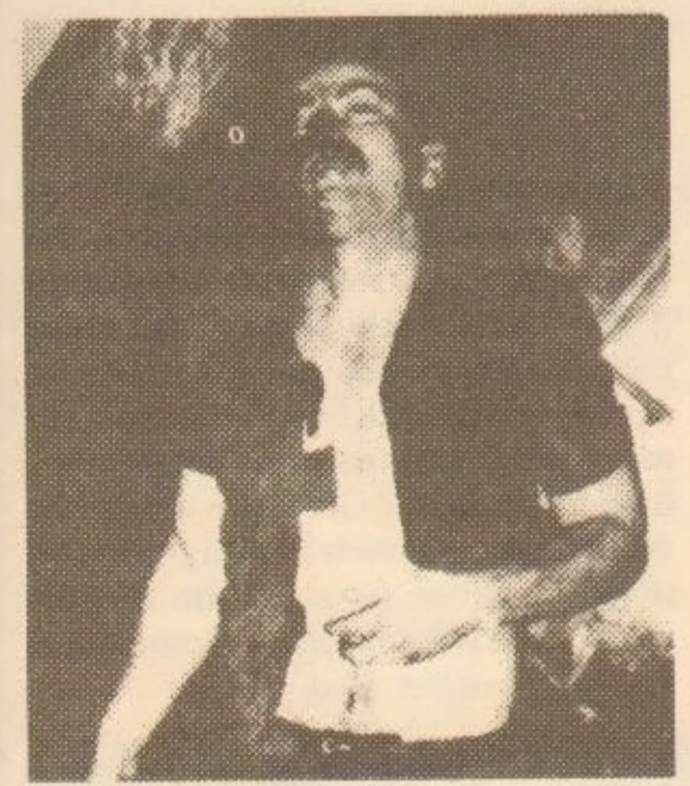
Inzwischen hat sich der Antifaschistische Kreis gebildet, der innerhalb kurzer Zeit (seit Oktober 1977) wesentlich größer geworden ist als die VVN. Mein zukünftiges Wirken und meine weitere Tätigkeit werde ich dem Antifaschistischen Kreis und denen, die mit ihm zusammenarbeiten wollen, zur Verfügung stellen, ein Kreis, der noch nicht vom revisionistischen Sumpf erfaßt ist.

UND FASCHISMUS!

Eine Familie kämpft gegen die Polizei

„Zählt ein Menschenleben nichts mehr?"

Dortmunder Landgericht. Neben dem Staatsanwalt sitzt die griechische Familie Batos. Sie klagt an. Sie fordert Aufklärung. Fordert Bestrafung aller Schuldigen, die den Tod von Joannis Batos verursacht haben. Aber was vor ihren Augen abläuft, hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Der Staatsanwalt versucht, das Opfer der Polizei, den toten Joannis, schlechtzumachen. Das Gericht läßt Zeugen gegen die Polizei nicht zu. Sogenannte „Sachverständige" versuchen, den angeklagten Polizeiarzt reinzuwaschen. Das Verfahren endet mit einem „Urteil", das alle empört, die Zuschauer wie die Familie Batos: Freispruch für den angeklagten Polizisten, Freispruch für den Polizeiarzt!



So wurde Joannis Batos in der Zelle zwei des Polizeipräsidiums gefunden.

Was geschah mit Ioannis Batos?

Am Morgen des Rosenmontags 1977 geht Joannis Batos noch arbeiten. Gegen 11 Uhr ruft er seine deutsche Freundin an. Um die Mittagszeit holt er Geld bei einer Bank ab, denn er plant, in München eine neue Arbeit anzufangen. Etwa um 13 Uhr ruft ein Schüler den Notruf 110 an: „Hier vorm Laden taumelt ein Mann rum. Er meint, er hätte 40 Schlaftabletten genommen. Er macht nicht den Eindruck eines Betrunkenen." Der Schüler meint Joannis Batos. Der Polizist, der den Notruf entgegennimmt, alarmiert keinen Krankenwagen, sondern gibt an die Streifenwagen durch: „Hilflose Person". Er erwähnt die Schlaftabletten nicht. Zwei Polizisten wollen Joannis festnehmen. Joannis wehrt sich. Weitere Polizisten treffen ein. Sie schlagen den griechischen Arbeiter zusammen. Mit gezielten Faustschlägen ins Gesicht. Die Polizisten schleppen ihn ins Polizeipräsidium. Man wirft ihn in eine Ausnüchterungszelle. Der Polizeiarzt Portmann kommt gegen 14 Uhr in die Zelle, macht eine Blutprobe. Für ihn ist Joannis betrunken! Er schreibt ihn haftfähig. Joannis bleibt die Nacht über in der Zelle. Gegen 2.30 findet ein Zellenwächter den jungen Griechen in der Zelle. Das Gesicht ist zerschunden. Verschmiert daran Erbrochenes.

Schon am nächsten Tag gibt die Staatsanwaltschaft bekannt: ein Betrunkener in der Zelle ist an Erbrochenem gestorben. Der Gerichtsmediziner Dr. Stark stellt angeblich „starken Alkoholgeruch im Gehirn fest". Tage später wird die Blutprobe des Polizeiarztes bekannt: 0,014 Promille. Die Staatsanwaltschaft sucht eine neue Version. Gegen den Willen der Familie untersucht der gleiche Gerichtsmediziner ein zweites Mal, jetzt findet er Spuren von Schlaftabletten. Die Familie Batos holt einen Gerichtsmediziner aus ihrem Heimatland. Dr. Jordanidis stellt fest: der Tote hat Verletzungen, die mit „allergrößter Wahrscheinlichkeit durch Faustschläge hervorgerufen wurden." Die Eltern stellen Anzeige wegen „Körperverletzung mit Todesfolge". Die Anzeige wird abgelehnt, weil nach Auffassung der Staatsanwaltschaft kein Zusammenhang zwischen den Schlägen der Polizei und dem Tod des griechischen Arbeiters bestehen soll! Die Staatsanwaltschaft erhebt stattdessen Anklage gegen den Polizeiarzt Dr. Portmann und den Polizisten Kappelmann, der in der Funkleitstelle den Hilferuf falsch weitergab, wegen „fahrlässiger Tötung".

Erklärung der Familie Batos zu Beginn des Prozesses

Wir haben erwartet, wo unser Sohn Joannis unter solchen Umständen sterben mußte, daß alles getan würde, um die wirklichen Ursachen seines Todes aufzuklären. Das war aber nicht der Fall. Bevor eine richtige Untersuchung durchgeführt wurde, hat die Staatsanwaltschaft erklärt, und zwar vor der Presse, mein Sohn ist volltrunken gewesen. Wir wußten aber, daß er nie Alkohol trank...

Die Staatsanwaltschaft hat immer neue Erklärungen für den Tod von Joannis gefunden, aber das Naheliegende hat sie nicht getan — nämlich zu untersuchen, wer meinen Sohn so furchtbar zusammengeschlagen hat. Ich habe die Leiche meines Sohnes gesehen und die Fotos, auf denen man seine Verletzungen sehen kann, liegen seit langem der Staatsanwalt vor.

Jeder, der nicht die Augen verschließen will, kann darauf sehen, daß mein Sohn schwer mißhandelt wurde. So, wie er aussah, sieht nur ein Mensch aus, der brutal auf den Kopf und den ganzen Körper geschlagen wurde. Wir glauben, daß Joannis unter anderem eine Gehirnerschütterung erlitten hat und daß diese zum Tod durch Ersticken führte.

Wir fragen: Warum ist man unserer Anzeige wegen Körperverletzung mit Todesfolge bis heute nicht nachgegangen? Warum werden die Polizisten, die Joannis festgenommen haben und die mit ihm im Polizeipräsidium zu tun hatten, nur als Zeugen und nicht als Beschuldigte vernommen? Warum gibt es bis heute keine richtige Untersuchung darüber, was wirklich im Polizeipräsidium geschah? Wir wissen zum Beispiel, daß ein anderer Mann, der in der gleichen Rosenmontagsnacht im Präsidium war, von den Polizisten dort schlimmer geschlagen wurde. Die Staatsanwaltschaft weiß das auch, wir haben ihr den Zeugen genannt!

Unsere Meinung ist, daß die Ermittlungen bis jetzt einseitig geführt wurden... Wir wollen nicht aufgeben, bis alle Tatsachen ans Licht gekommen sind. Das sind wir unserem Sohn schuldig. Und wir denken dabei auch an alle anderen Eltern, die nicht wollen, daß ihre Kinder auf diese Weise ihr Leben lassen müssen.

Der Prozeß — eine Farce

Vor Gericht erklären die Polizisten, die Joannis festnahmen, daß sie „Widerstand brechen" mußten. Keiner will Verletzungen gesehen oder zugefügt haben, wie sie auf den Fotos zu erkennen sind. Auch die Polizisten im Polizeigewahrsam sind nach eigenen Aussagen „Unschuldslämmer". Entscheidende Tatsachen, die die Wahrheit über den Tod von Joannis aufdecken könnten, läßt das Gericht erst gar nicht zu. So zum Beispiel einen Zeugen, der in der gleichen Nacht zeitweise in der Zelle von Joannis eingesperrt war und von den wachhabenden Polizisten verprügelt wurde. All dies will das Gericht nicht hören. Das gehöre nicht zur Anklage. Für das Gericht zählt allein die Aussage der Sachverständigen, die behaupten, auch wenn Polizei und Polizeiarzt rechtzeitig. Joannis Batos mit dem Hinweis auf Schlafmittelvergiftung in ein Krankenhaus überwiesen hätten, könne man nicht „mit hundertprozentiger Gewißheit" sagen, daß er überlebt hätte. Also könne man nicht mit „hundertprozentiger Gewißheit" sagen, so folgert das Gericht, daß das Fehlverhalten des Polizisten und die Falschdiagnose des Arztes zum Tode geführt habe. Der Staatsanwalt fordert Freispruch.

Vielleicht glauben die Herren in Robe und Uniform, damit sei der „Fall Batos" erledigt. Er ist es nicht. Für die Familie nicht. Für die Kollegen von Joannis nicht. Sie wissen: die Polizei ist verantwortlich für den Tod des jungen Griechen!

Stellungnahme der Familie Batos gegen Schluß des Prozesses

Erstens: Es ist uns unverständlich, daß der Staatsanwalt auf Freispruch plädiert hat, wo doch ein Mensch ums Leben gekommen ist — oder zählt ein Menschenleben nichts mehr? Doktor Portmann hätte sich erkundigen müssen, was vor der Einlieferung vorgefallen war. Dann hätte er das mit der Schlägerei erfahren, und er hätte vorsorglich Joannis ins Krankenhaus einliefern müssen. Da ein Menschenleben von seiner Diagnose abhängt, hätte er bei den schlechten Untersuchungsmöglichkeiten im Polizeipräsidium sich in jedem Fall für eine Überweisung ins Krankenhaus aussprechen müssen. Denn als Arzt von den Städtischen Kliniken wußte er, daß dort extra am Rosenmontag Betten für solche Fälle freigehalten wurden.

Zweitens sind wir als Familie empört darüber, daß das Gericht alle Anträge, die die Tatsachen der Körperverletzung beweisen sollten, abgelehnt hat. Uns ist es unverständlich, daß das Gericht die Aussage der Freundin Gabi für erheblich hält und auf der anderen Seite so wichtige Zeugen wie zum Beispiel den Festgenommenen ..., der mit Joannis in der gleichen Zelle lag und wichtige Einzelheiten über die Vorkommnisse im Polizeigewahrsam weiß, nicht gehört wird. Offensichtlich sind hier solche Leute willkommen, die meinen Bruder herabsetzen und die Selbstmordtheorie des Staatsanwaltes stützen sollen. Aber wenn die Zeugen Tatsachen bringen, die die Polizei belasten, dann sollen sie gar nicht gehört werden.

Drittens sind wir empört darüber, wie der Staatsanwalt das Gutachten von Doktor Jordanidis lächerlich zu machen versucht. Ich will hier noch einmal feststellen, daß Dr. Jordanidis in seinem Gutachten wie im Prozeß deutlich gesagt hat, daß er es für möglich hält, daß Joannis an den Folgen einer Gehirnerschütterung, die zum Erbrechen geführt hat, gestorben ist. Dieser Aussage muß das Gericht unbedingt nachgehen. Wir fordern vollständige Aufklärung und Gerechtigkeit und werden auf keinen Fall aufgeben!

Nazis in der SPD

Günter Neumann, Vorsitzender der SPD in Langezenn, zugleich Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Fürth-Land und des Unterbezirksvorstandes, inseriert in Westernheften für sein Waffengeschäft: „Angebote wie in alten Zeiten" für HJ-Fahrtenmesser mit der Aufschrift „Blut und Ehre" und SS-Dolche mit dem Schwur „Meine Ehre heißt Treue".

Der Oberkreisdirektor des Landkreises Recklinghausen, SPD-Mitglied, ist von seinen Dienstgeschäften suspendiert worden. Er hat während einer Israel-Reise nazistische Sprüche gerufen, unter anderem „Ein Volk, ein Reich, ein Führer".

Die Mörder sind unter uns

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Filbingers Todesurteile wurde bekannt, daß in Dänemark noch nach dem Sieg über den Hitler-Faschismus am 5. Mai 1945 von nazistischen Offizieren Todesurteile wegen angeblicher Fahnenflucht gegen Matrosen vollstreckt wurden. So wurden in der Nacht zum 6. Mai elf Matrosen erschossen, die sich geweigert hatten, noch einmal auszulaufen. Drei weitere Matrosen sind am 10. Mai durch ein Nazikriegsgericht ermordet worden. Der damalige Flottillenchef Hugo Pahl, der für die elf Urteile verantwortlich war, bekennt sich noch heute offensichtlich zu den Todesurteilen. Der heutige Besitzer eines Kalkwerkes lebt, von der Justiz nicht verfolgt, in Heidelberg.

Hamburger Antifaschistenprozeß

Bis jetzt sind im Hamburger Antifaschistenprozeß 24 Prozeßtermine geplant, und das Gericht sorgt mit übler Verschleppungstaktik dafür, daß es immer mehr werden. Wegen jedes Antrags versucht es, die Verhandlung zu unterbrechen, möglichst gleich für einen Tag. Das Ziel des Gerichts ist es, dadurch den Prozeß zu verteuern (bis jetzt wird er um die 140.000 DM kosten) und die Existenz der Angeklagten aufs Spiel zu setzen. Der Angeklagte Uwe wurde bereits entlassen.

In den letzten Tagen karrte das Gericht Polizisten als sogenannte „Übersichtszeugen" heran, die den brutalen Polizeiüberfall auf die Antifaschisten rechtfertigen sollen. Die bestellten Polizeizeugen treten selbstverständlich mit beschränkter Aussagegenehmigung auf und können so — ausdrücklich vom Gericht gebilligt — das Blaue vom Himmel herunterlügen oder, wenn es brenzlig wird, schweigen. Bezeichnend ist, daß der Polizeiführung sogar dies nicht reichte. In der letzten Woche saß im Zuschauerraum ein Vertreter der Rechtsabteilung der Polizei, der den Polizei„zeugen" durch Nicken oder Kopfschütteln anzeigte, was sie aussagen sollen. Als die Anwälte dies Zusammenspiel aufdeckten, mußte dieser „Zeugenbetreuer" den Zuschauerraum verlassen. Weg mit dem Antifaschistenprozeß! Freispruch für die Angeklagten! **Die nächsten Gerichtstermine: 3., 5. und 6. Juli, jeweils 9 Uhr im Strafjustizgebäude, Hamburg, Sievekingplatz, Saal 237.**

Kein Strafverfahren gegen Todesschützen

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten Ernst Eppstein, der den 24jährigen Kfz-Mechaniker Klaus Beinert erschoß, eingestellt. Es heißt, der Polizist habe aus „Notwehr" gehandelt, für den Todesschuß sei der „Verteidigungswille ausschlaggebend" gewesen. Notwehr? Klaus Beinert ging in der Nacht in ein Haus, in dem Freunde feierten. Eppstein fühlte sich gestört und kam im Morgenmantel mit der Dienstpistole auf den Flur. Er fing Streit mit dem jungen Mann an. Es kam zu einem Handgemenge. In dieser Situation schoß Eppstein, gezielt, aus einem Meter Entfernung. Als Klaus Beinert sich mit der Schußwunde zu einem Nachbarn schleppen konnte, lief dieser Polizist noch mit der Pistole in der Hand herum und schrie: „Wo ist der Kerl?" — wohl um ihm noch eine Kugel zu verpassen. Das paßt genau zu dem Charakter Eppsteins. Er war früher Fähnleinführer bei der HJ. Später lange Jahre beim Staatsschutz, also politische Polizei. Schon drei Tage nach dem Todesschuß verkündete er in einer Kneipe: „Das war erst der Anfang. Ab jetzt wird in Riederwald erst richtig aufgeräumt." Kampf dem Polizeiterror! Kampf den Todesschützen in Uniform!

Klaus Singer muß ins Gefängnis

Der Genosse Klaus Singer hat seine Ladung zum Strafantritt in der JVA Darmstadt erhalten. Er schreibt: „Nachdem das bayrische Oberste Landesgericht im April meine Revision auf mein Urteil im Roten-Antikriegstags-Prozeß 1972 als „offensichtlich unbegründet", das heißt ohne Begründung verworfen hat, soll ich nun, sechs Jahre danach, für ein Jahr ins Gefängnis. Schon vor einiger Zeit hatte ich einen Antrag auf „Verschiebung des Strafantritts bzw. Aussetzung" gestellt, weil ich im Sommer mein Examen machen will und dafür mitten in der Vorbereitung stehe. Ich werde deswegen noch mal Dampf machen. Allerdings — einen Anspruch auf Verschiebung habe ich nicht in diesem „Rechtsstaat"... Ihr werdet auf jeden Fall auf dem laufenden gehalten! Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!"

Angriff auf das politische Mandat

Mit Freisprüchen für drei ehemalige Referenten des AStA Göttingen endete der letzte von vier Strafprozessen, der gegen die Göttinger Studentenschaft im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des politischen Mandats geführt wurde. Der AStA soll „satzungswidrig" Gelder ohne „hochschulbezogenen Zweck" verwendet haben. Dabei ging es auch um Zuschüsse für Busfahrten zu Anti-AKW-Demonstrationen. Das Gericht erklärte die Geldausgaben für "objektiv rechtswidrig" und sprach die Angeklagten allein deshalb frei, weil sie „kein Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungen" gehabt hätten. Das Urteil ist somit ein unverhüllter Angriff auf das politische Mandat der Studentenschaft. Für freie politische Betätigung an den Universitäten!

„Carl-von-Ossietzky-Universität" verboten

Das Konzil der Oldenburger Universität, die seit langem für den Namen „Carl-von-Ossietzky-Universität" kämpft, hat beschlossen, in Selbstverwaltungsangelegenheiten, das heißt praktisch, im „innerbetrieblichen Schriftverkehr", den Namen „Carl-von-Ossietzky-Universität" zu gebrauchen. Der niedersächsische Wissenschaftsminister verbot sogar diesen internen Gebrauch des Namens und demonstriert damit wieder einmal den Haß der Bourgeoisie gegen den Antifaschisten von Ossietzky, der von den Nazis im KZ ermordet wurde!

Diebe in Polizeiuniform

Vier Polizisten aus dem Erftkreis bei Köln sind als Diebe entlarvt. Drei von ihnen haben seit 1976 zahlreiche Einbrüche in Kaufhäusern verübt, der vierte Polizist hat als Wachhabender dafür gesorgt, daß sie die notwendige Diensteinteilung für ihre Raubzüge erhielten und kein Verdacht auf sie fiel. Die Beute machte einen Wert von mehreren hunderttausend Mark aus. Die festgenommenen Polizisten gestanden auch, das Baumaterial für ihre aufwendigen Häuser in der Eifel auf Baustellen im Kölner Raum gestohlen zu haben.

Soeben erschienen: Die neue Rote-Hilfe-Zeitung. Sonderteil zum Thema Verfassungsschutz. Preis: DM 0,30. Bestellungen an: RHD, Stollenstraße 12, 4600 Dortmund 1.

VOLKSKORRESPONDENTEN BERICHTEN

Menschen brachen auf der Straße zusammen

Giftgaswolke über Duisburg

Volkskorrespondenz aus Duisburg

Es war wie in einem Hexenkessel. Wie aus heiterem Himmel brach es über die Menschen ein. Nachmittags um 14.30 Uhr in Duisburg Wanheim. Eine Giftgaswolke breitete sich im Stadtteil aus.

Ein Bahnwärter erzählte uns später: „Die Leute rannten wie von Sinnen weg hier, sie bekamen keine Luft mehr!" Ein jüngeres Arbeiterehepaar: „Man konnte ja nichts sehen. Aber plötzlich bekamen wir einen ganz trockenen Hals, Husten. Man konnte trinken, was man wollte. Und dann brachen die ersten Menschen dort auf der Straße zusammen. Wie die Fliegen kippten die um." Das war auf der Rheintörchestraße/Escherstraße. Doch nicht nur hier, sondern auch in der Straßenbahn und in den Kaufhäusern brachen die Menschen zusammen.



Die Firma Curtius. Absperrung nach dem Giftgasausbruch

Was war passiert? Die Schwefelsäurefabrik Curtius, vor sechs Jahren von dem polnischen Unternehmen Polimex-Cekup gekauft, hatte eine stillgelegte Anlage neu in Betrieb genommen. Giftiges Schwefeldioxid, ein umweltschädliches Gas, war in einer zigfachen Konzentration über dem sowieso schon zu hoch angesetzten Grenzwert in die Luft gejagt worden.

Als dann die ersten Menschen an den Folgen dieses Giftes zusammenbrachen, passierte erst einmal nichts. Als aber immer mehr Menschen mit erheblichen Verätzungen der Luft- und Atemwege ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, gab man Großalarm. Polizei riegelte den ganzen Stadtteil ab, ein Hubschrauber, der nach einiger Zeit auch abdrehen mußte, weil die Piloten keine Luft mehr bekamen, rief die Bevölkerung auf, in die Wohnungen zu gehen und die Fenster zu schließen. Auch jetzt brachen noch Menschen auf der Straße zusammen.

Das Ungeheuerliche an der Sache: Selbst zu diesem Zeitpunkt stellte Curtius seine Produktion nicht ein. Eine weitere und schließlich noch mehr Giftgaswolken wurden in die Luft geschleudert. Erst als durch Windrichtungsmessungen eindeutig der Ursprung der Giftwolke feststand, sahen sich die Kapitalisten des Säurewerkes genötigt, ihr verbrecherisches Treiben einzustellen.

In Rundfunk und Presse wurde das Ganze nachher heruntergespielt. Hieß es anfangs, es seien über 10 Menschen ins Krankenhaus abtransportiert worden, so sollten es nachher nur noch fünf gewesen sein. Das ganze sei nur auf eine „Panne" zurückzuführen, es sei eine „Störung" eingetreten. Bedenkenlos wurde das Leben der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt. Geradezu makaber ist, was aus der Presse hervorging: Die Produktion soll weitergeführt werden, da bei einer Unterbrechung ähnliche Unfälle passieren könnten. Zynischer und widersinniger geht es wirklich nicht mehr.

Entscheidend für die Kapitalisten und ihre Handlanger, seien es die polnischen Unternehmer oder die Herren vom Gewerbeaufsichtsamt, ist doch nur der Profit, der reibungslose Ablauf ihrer Produktion. Ob die Umwelt dabei verpestet wird, ein ganzer Stadtteil bedroht ist, schert sie einen Dreck. Tote hat es diesmal glücklicherweise nicht gegeben, so wie damals in Seveso in Italien, wo ein ganzes Dorf, auch durch einen Giftausbruch, vernichtet wurde.

Doch was wäre passiert, wenn es an diesem Montag in Duisburg-Wanheim geregnet hätte, wenn sich das giftige Schwefeldioxid mit dem Regenwasser zu Schwefelsäure verbunden hätte. Die Folgen wären noch erheblicher gewesen.

Fest steht: Trotz aller Beteuerungen, der Sache auf den Grund zu gehen, solche Unglücke in Zukunft zu verhindern: Ändern wird sich nichts, die Kapitalisten vom Schlage der Curtius und Co. werden weiterhin unsere Umwelt verseuchen, unsere Gesundheit und unser Leben aufs Spiel setzen für ihren Profit, solange, bis wir ihnen das Handwerk legen und in Deutschland die Arbeitermacht errichten.

Birkenhof Hannover

Hinter grauen Mauern und Stacheldraht

Volkskorrespondenz aus Hannover

Ein für uns etwas ungewöhnliches Unterfangen: Wir fahren in das „Prominentenviertel" Hannovers, Kirchrode, am Stadtrand gelegen, umgeben vom Stadtwald Hannovers, der Eilenriede. Ein Villenviertel im Grünen. Wir wollen in die Bleekstraße 20. Hier liegt der „Birkenhof": mehrere efeuberankte rote Klinkergebäude, umgeben von Blumenbeeten und gepflegtem Rasen, dierekt an die Eilenriede grenzend. Schön ist es hier, die Sonne scheint, eine Idylle.

Doch der Schein trügt. Zwischen dem Gebüsch entdecken wir einen etwa 2,50 Meter hohen Stacheldrahtzaun mit Krone; die Tore sind verschlossen. Ein Pförtner achtet darauf, daß niemand ohne seine Erlaubnis ein- und ausgeht. Wir gehen um die Gebäude herum. Hier, an der rückwärtigen Front, wird der „Birkenhof" gleich von zwei hohen Zäunen mit Stacheldrahtkrone von der Eilenriede getrennt. Ein Gefängnis? Nein — ein Mädchenheim, die einzige im wahrsten Sinne des Wortes „geschlossene" Anstalt Niedersachsens für „schwererziehbare Mädchen". Wir treffen einen Spaziergänger, der des öfteren aus der benachbarten Blindenanstalt seine Frau von der Arbeit abholt. Er ist empört. Oft sieht er Mädchen, wie sie am Zaun stehen und nur nach draußen starren.

Er hat auch gesehen, wie ein Mädchen vor wenigen Tagen bei einem Fluchtversuch mit ihrem Ring am Stacheldraht festhing, abrutschte und dabei ihren Finger abriß. Es stimmt — das Mädchen liegt heute noch im Krankenhaus. Ein anderes Mädchen wurde bei einem Sprung aus dem zweiten Stock eines der Gebäude querschnittsgelähmt.

Eine Hölle für die Mädchen

Für die 108 Mädchen, die hier leben müssen, ist der „Birkenhof" die wahre Hölle. Wir haben das Glück, uns mit einigen Mädchen von „Zaun zu Zaun" längere Zeit unterhalten zu können. Und sie bestätigen uns, was eine Gruppe von ehemaligen Heimerziehern über die Zustände in diesem Heim an die Öffentlichkeit gebracht haben:

Die Mädchen sind vollständig von der Außenwelt isoliert. Mauern, Lattenzaun, ein doppelter Stacheldrahtzaun, in dessen Zwischenraum nachts noch ein scharfgemachter Schäferhund herumläuft. Ausgang? Gibt es nicht! Höchstens ab und zu sonntags zu einem Spaziergang, zusammen mit den Erziehern. Und auch das nur, wenn man sich gut „geführt" hat... Gitter vor den Fenstern — und Schlösser, Schlösser und nochmals Schlösser.

Besuch? Nur von Verwandten. Und das alle sechs (!) Wochen einmal für ein paar Stunden. Briefe schreiben? Ja, aber die Post wird von der Heimleitung kontrolliert. Es ist vorgekommen, daß die Mädchen Briefe korrigieren mußten, wenn der Inhalt der Heimleitung mißfiel. Teilweise werden Briefe ganz zurückgehalten. Und das betrifft auch Briefe, die an die Mädchen gerichtet sind. Wie heißt es doch im Grundgesetz? „Das Briefsowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich" (Artikel 10). „Es gibt aber extra ein Sondergesetz für unser Heim!" erzählt uns ein Mädchen. Ja, ja, das „Nähere" regelt immer ein besonderes Gesetz!

Die Sache mit den Schellen: Nach 21.30 Uhr, wenn die Mädchen auf ihren Zimmern sind, werden die „Schellen" angestellt. Das heißt, an den Zimmern der Mädchen befinden sich Vorrichtungen, durch die im Dienstzimmer eine Klingel ertönt, wenn eine der Türen geöffnet wird. Die Zimmer sind numeriert, und die jeweilige Zimmernummer wird auf einem Sichtfenster angezeigt. Überwachung total!

Eine vernünftige Berufsausbildung erhalten die Mädchen nicht. Wir haben sie gefragt, was sie denn den ganzen Tag machen. „Nähen, Gartenarbeit, Waschen, Kochen, Putzen usw. und das acht Stunden am Tag", ist die Antwort. Auch die noch schulpflichtigen Mädchen müssen einen „praktischen" Tag pro Woche einlegen. Wir sprechen mit dem Gärtner, der sich mit den Mädchen ganz gut zu verstehen scheint. Er hat der Heimleitung schon mehrfach den Vorschlag gemacht, die Mädchen regelrecht auszubilden. Die Heimleitung lehnte ab!

Heimlich Valium in die Getränke

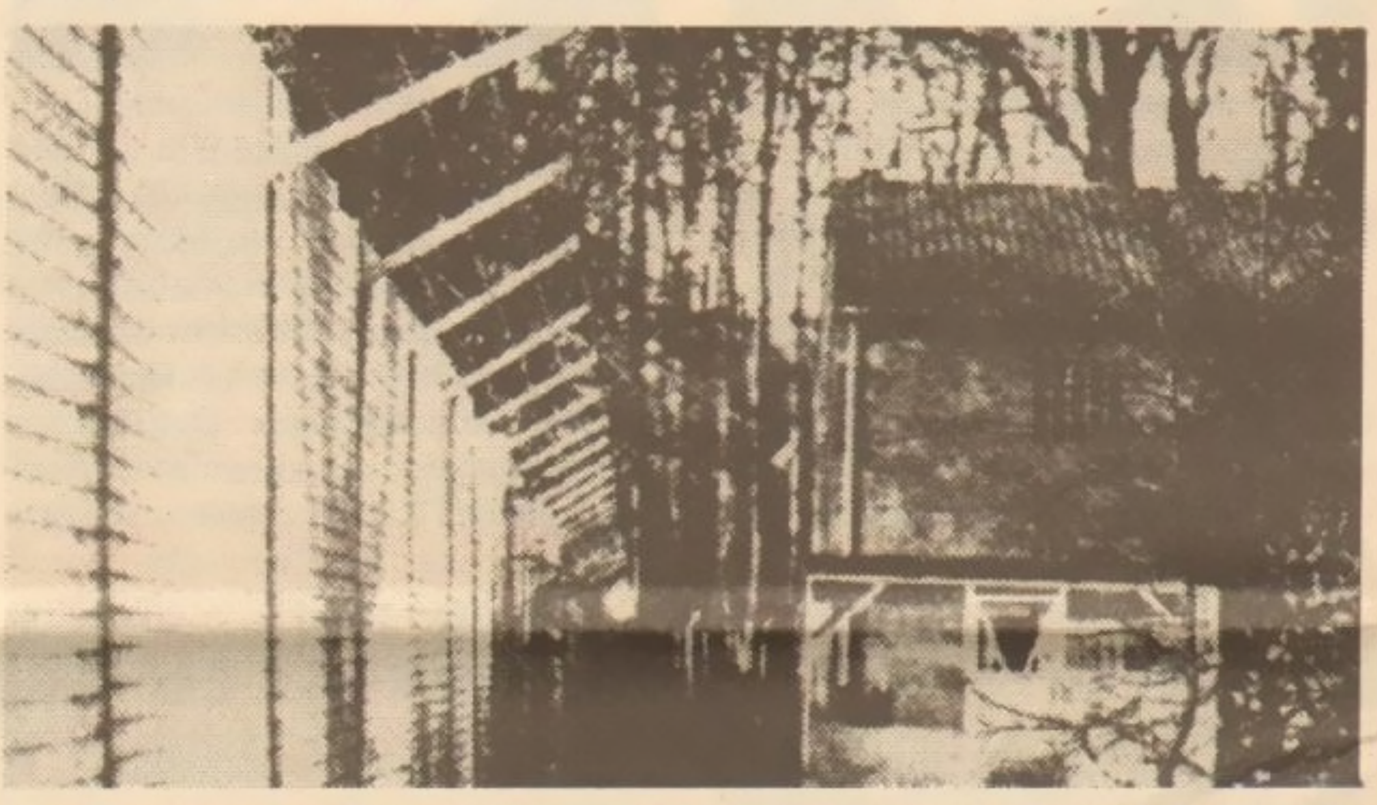
Der Träger des Birkenhofs ist die evangelische Fürsorge- und Krankenanstalten e. V., die dem Diakonischen Werk angeschlossen ist. Das Heim wird geleitet von einem Vorsteher (Pastor) und einer Oberin. Da nimmt es nicht wunder, daß die Mädchen sonnabends zur Andacht gehen **müssen** und sonntags zum Gottesdienst gehen **müssen**, daß die Mahlzeiten mit Gebet und Gesang ein- und ausgeleitet werden. Diese Art der Verdummung durch Kirche und Religion wird dann „seelsorgerische Betreuung" genannt.

Aber die Mädchen beginnen sich auch zu wehren. Sie verweigern teilweise die Arbeit, das Beten, das Essen usw. Da wird heimlich geraucht, heimlich Geld versteckt, Briefe werden nach draußen geschmuggelt usw. Viele Mädchen drehen aber auch durch. Anfangen tut es mit Weinen, Schreien und Drohungen gegenüber den Erzieherinnen. Die Wut wird dann an Fensterscheiben, Geschirr oder Einrichtungsgegenständen ausgelassen. Selbstmordversuche und Ausbruchsversuche sind nicht selten.

Die Heimleitung versucht dies alles durch ein ausgeklügeltes System von Strafen und Spaltung der Mädchen untereinander zu verhindern.

Als Strafen gibt es Rauchverbot, „Ausgangs"sperre, Fernsehverbot usw. Als Belohnung Extrazigaretten, die Wochenendspaziergänge, Einkaufsfahrten in die Stadt, einen Brief verschlossen abgeben dürfen usw. Die Heimleitung hat sich aber auch noch etwas ganz Besonderes ausgedacht: die „Aufstiegsgruppe". Nach vier bis sechs Monaten angepaßtem Verhalten bekommt man in dieser Gruppe bestimmte Vergünstigungen. So werden die Mädchen gespalten, zur gegenseitigen Denunziation erzogen.

Ehemalige Mitarbeiter des Heims haben in der erwähnten Dokumentation noch über folgende ungeheuerlichen Vorkommnisse berichtet: Machen die Mädchen einen Aufstand, der mit den üblichen Mitteln nicht mehr unter Kontrolle zu bringen ist, bietet man ihnen Getränke an, in die man vorher heimlich Beruhigungsmittel getropft hat. So sollen im Birkenhof Valium, Haldol und Dominal verabreicht worden sein.



Der Zaun um den Birkenhof: ca. 2,5 Meter hoch, mit Stacheldraht gesichert. Rechts unten im Bild: Ein Schäferhund im Zwinger. Er läuft nachts oft frei zwischen den Zäunen herum.

Die Zustände in diesem Heim müssen geändert werden. Die „Heiminitiative" hat den Kampf dafür aufgenommen. Es konnten schon mehrere hundert Dokumentationen verkauft werden, immer wieder rufen empörte Menschen oder „Ehemalige", Eltern usw. an und bekunden ihre Solidarität. Auch die Rote Garde unterstützt den Kampf. Eine Parole wurde gemalt, Kontakt zu den Mädchen aufgenommen, und es sollen auch schon Kleber der Roten Garde „Religion soll uns verdummen" im Birkenhof aufgetaucht sein...

Letzte Meldung

Nach Erhalt dieses Berichts erfuhren wir: In Hannover hat am 23. Juni eine Veranstaltung der Initiative stattgefunden, zu der insgesamt 3.000 Menschen gekommen waren. Die gemietete Halle reichte nicht aus, um die Menge zu fassen, so daß man auf einen offenen Platz ausweichen mußte.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Stacheldrahtzaun, der sich um den Birkenhof zieht, an einigen Stellen schon arg in Mitleidenschaft gezogen worden sein soll...

Veranstaltungen

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Westberlin
Kulturfest der GFA, 2. Juli, 18 Uhr, Gasthof Lindenhof
1 Berlin 42, Eythstraße 45

Hildesheim
Veranstaltung der GFA: „Situation im Betrieb in Albanien"
13. Juli, 20 Uhr, Haus der Jugend, Raum 10, Steingrube 18

Frankfurt
Albanischer Dokumentarfilm, 2. Juli, 15 Uhr
Kommunales Kino, Saalgasse 19

Parteiveranstaltungen

Duisburg
Filmveranstaltung
„Salz der Erde",
30. Juni, 20 Uhr, Ratskeller
Duisburger Straße

Nürnberg
Eröffnungsfeier des
Parteibüros Nürnberg
2. Juli, 15 Uhr, im Parteibüro
Humboltstraße 103

Juni im Bild



Frankfurt, 17. Juni. Einem provokativen Aufmarsch der NPD-Nazis stellen sich Tausende Antifaschisten entgegen. Mit Schlagwaffen und Wasserwerfern geht die Polizei gegen die Demonstranten vor. Aber die Antifaschisten wehren sich mutig, errichten Barrikaden. Der Aufmarsch der Faschisten am Römerberg wird gestoppt. Ähnlich wie in Frankfurt kam es auch in anderen Städten zu Kämpfen zwischen Antifaschisten und Polizeitruppen, die zum Schutz der Nazis angetreten waren.



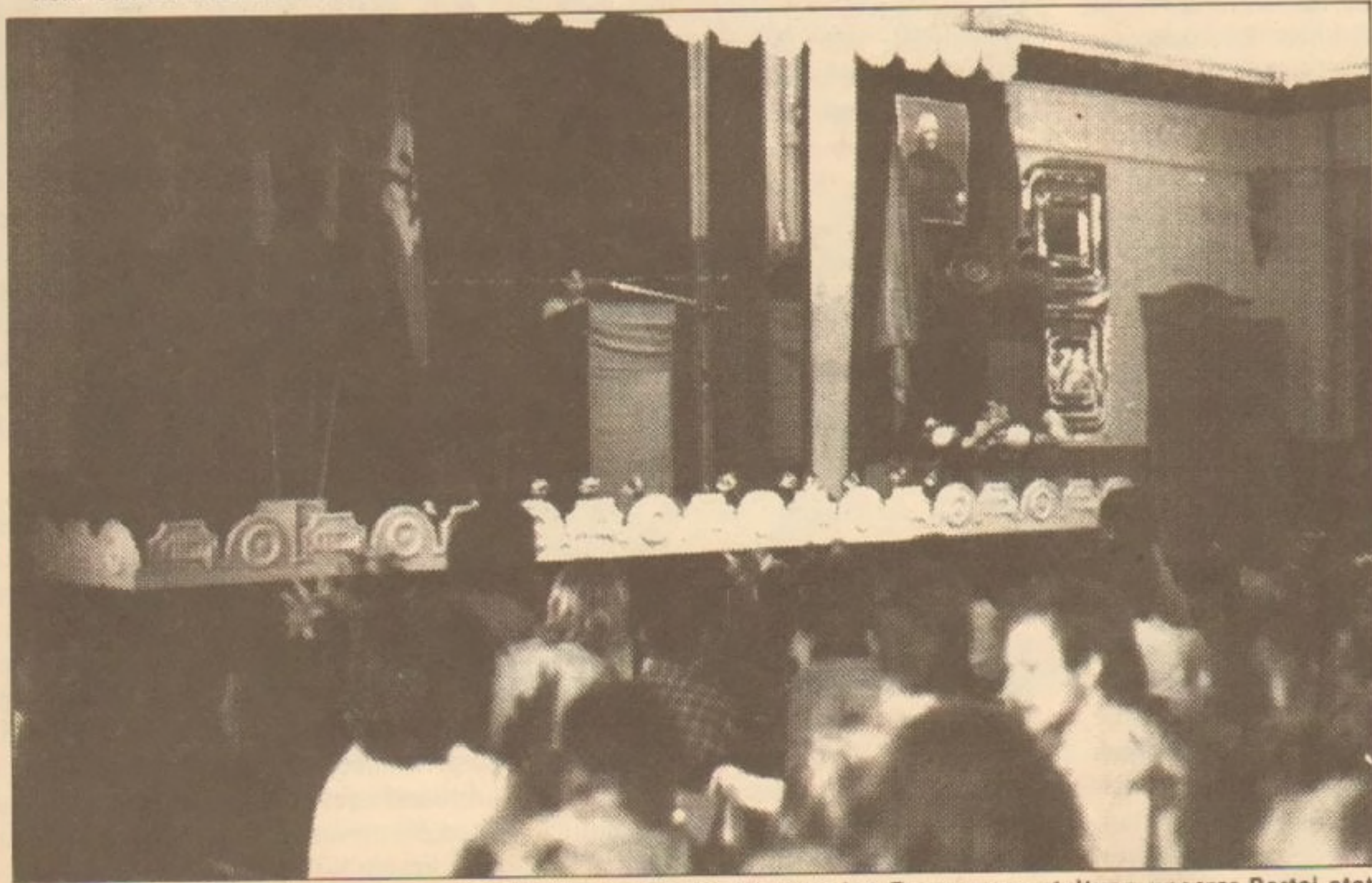
Waltrop. Im Kampf für ihre Arbeitsplätze, gegen die geplante Stillegung ihres Betriebs gingen die Kumpels der Zeche Waltrop auf die Straße. Die RGO unterstützte sie in ihrem Kampf.



Hamburg. Noch immer läuft der Prozeß gegen neun Antifaschisten, die die Klassenjustiz wegen ihres mutigen Auftretens gegen Nazibanden aburteilen will. Zur Unterstützung der Neun organisierte die Front gegen Reaktion und Faschismus eine Protestdemonstration.



In Hamburg beteiligte sich die Partei an den Bürgerschaftswahlen. Unser Bild zeigt eine Szene aus einem Straßentheaterstück, das bei den Hamburger Werktätigen auf großen Anklang stieß.



Aus Anlaß des 45. Todestages von Clara Zetkin fand in Westberlin eine Frauenveranstaltung unserer Partei statt.



In Hannover stehen seit Wochen Teilnehmer der großen Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde vor den Schranken der Klassenjustiz. Aus Protest gegen diese Prozesse und die zahlreichen Gefängnisstrafen, die schon ausgesprochen wurden, gingen Tausende von AKW-Gegnern in Hannover auf die Straße.

Aus aller Welt

Spanien: Streikwelle in Andalusien

Die meisten Provinzen Andalusiens waren in der letzten Woche von einer mächtigen Streikwelle erfaßt. Sowohl in der Landwirtschaft wie auch in den Industriebetrieben der Städte und im Einzelhandel legten die Arbeiter und Angestellten die Arbeit nieder. Sie protestierten mit dieser breiten Kampfaktion gegen die wachsende Arbeitslosigkeit, die beispielsweise in der andalusischen Stadt Sevilla 14 Prozent beträgt.

200 andalusische Landarbeiter protestierten in Madrid vor dem Palast des Ministerpräsidenten Suarez. Sie forderten Aufklärung über das Schicksal von vier Kollegen, die in der vergangenen Woche verhaftet worden waren. Die Arbeiter wurden von Polizeieinheiten vertrieben.

Spanien: Hauptquartier des Militärgouverneurs besetzt

In San Sebastian drangen baskische Patrioten in das Hauptquartier des Militär-Gouverneurs ein. Wie die Armee zugeben mußte, gelang es den Patrioten, das Gebäude für eine gewisse Zeit zu besetzen.

Portugal: Antifaschistische Massendemonstration

Tausende von Werktätigen gingen am Sonnabend trotz eines Demonstrationsverbots der Regierung in Lissabon auf die Straße. Sie protestierten damit gegen die Rückkehr von Americo Tomas, dem ehemaligen Präsidenten der faschistischen Diktatur, nach Portugal. Wie die bürgerliche Presse berichtet, war es die größte Demonstration seit dem Amtsantritt von Präsident Eanes vor zwei Jahren. Aufgerufen hatten die KP Portugals (Wiederaufgebaut), die UDP und verschiedene gewerkschaftliche Initiativen der Basis. Die revisionistische Partei hatte sich wieder einmal als treue Dienerin des Lissaboner Regimes erwiesen, indem sie mit allen Mitteln das Zustandekommen dieser machtvollen Demonstration zu verhindern versuchte. Nach Berichten der bürgerlichen Zeitungen beteiligten sich jedoch viele Mitglieder sowohl der revisionistischen wie auch der sozialistischen Partei gegen die Befehle ihrer Führer an dem antifaschistischen Aufmarsch.



Einige Tage zuvor hatte die UDP ebenfalls in Lissabon eine Massenkundgebung durchgeführt, an der sich über 10.000 Werktätige beteiligten (unser Bild). Damit feierte die UDP den Abschluß einer Kampagne, in deren Verlauf sie 11.000 neue Mitglieder gewinnen konnte. Der Erfolg dieser Kampagne, wie auch die große Beteiligung an der Kundgebung und der Demonstration vom Sonnabend, sind ein Ausdruck für den starken Einfluß der UDP auf weite Teile der Volksbewegung.

Belgien: 45.000 Stahlarbeiter im Streik

Am vergangenen Donnerstag traten rund 45.000 Stahlarbeiter in den Streik. Ihre Forderungen: Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre und Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38 Stunden. Mit ihren Kampfmaßnahmen wehren sich die belgischen Stahlarbeiter gegen den massiven Abbau ihrer Arbeitsplätze. Allein in den letzten drei Jahren wurden durch den Rationalisierungsterror der Stahlkapitalisten 10.000 Arbeitsplätze vernichtet. Und in den Plänen des westeuropäischen Stahlkartells ist die Vernichtung von 8.000 weiteren Arbeitsplätzen in Belgien vorgesehen.

USA: Hafenarbeiter verhindern Waffentransport

In Oakland (Kalifornien) weigerten sich die Hafenarbeiter, Waffen-Container zu verladen. Es handelte sich dabei um Fliegerbomben aus amerikanischen Beständen, die für das faschistische Regime in Chile bestimmt waren.

Nordirland: Blutbad der britischen Besatzer

Bei einem Feuerüberfall der britischen Besatzer auf eine Gruppe von Iren in Belfast starben vier Menschen im Kugelhagel. Weitere wurden verletzt. Die Besatzer behaupteten nach dieser Mordtat, bei den Getöteten hätte es sich um „Bombenleger" gehandelt. Wenig später jedoch gaben sie zu, daß zumindest einer ein unbeteiligter Passant gewesen ist. Unmittelbar nach dem Massaker wurde das ganze Gebiet von britischen Soldaten abgeriegelt, in der Belfaster Innenstadt fuhren stark bewaffnete Kommandos auf, um Protestaktionen der nordirischen Bevölkerung im Keim zu ersticken.

Azania: Massenverhaftungen

Die südafrikanischen Rassisten haben den Terror gegen das azanische Volk weiter verschärft. Wie berichtet wird, sind allein in den ersten drei Wochen des Juni über 5.000 Schwarze verhaftet worden. Damit wollen die Rassisten den anwachsenden Kampf des azanischen Volkes gegen ihr faschistisches Regime unterdrücken.

Am vorletzten Wochenende gingen in Soweto trotz massivem Polizeiaufmarsch mehrere Tausend Werktätige auf die Straße. In Protestkundgebungen gedachten sie der Opfer des faschistischen Terrors während der großen Kämpfe, die vor zwei Jahren in diesem Neger-Getto bei Johannesburg getobt hatten. Die Polizeitruppen gingen mit äußerster Brutalität gegen die Kundgebungsteilnehmer vor und eröffneten sogar das Feuer auf sie. Wie die bürgerliche Presse berichtet, sangen die Demonstranten Freiheitslieder und riefen mit geballten Fäusten „Amandla" (Gewalt).

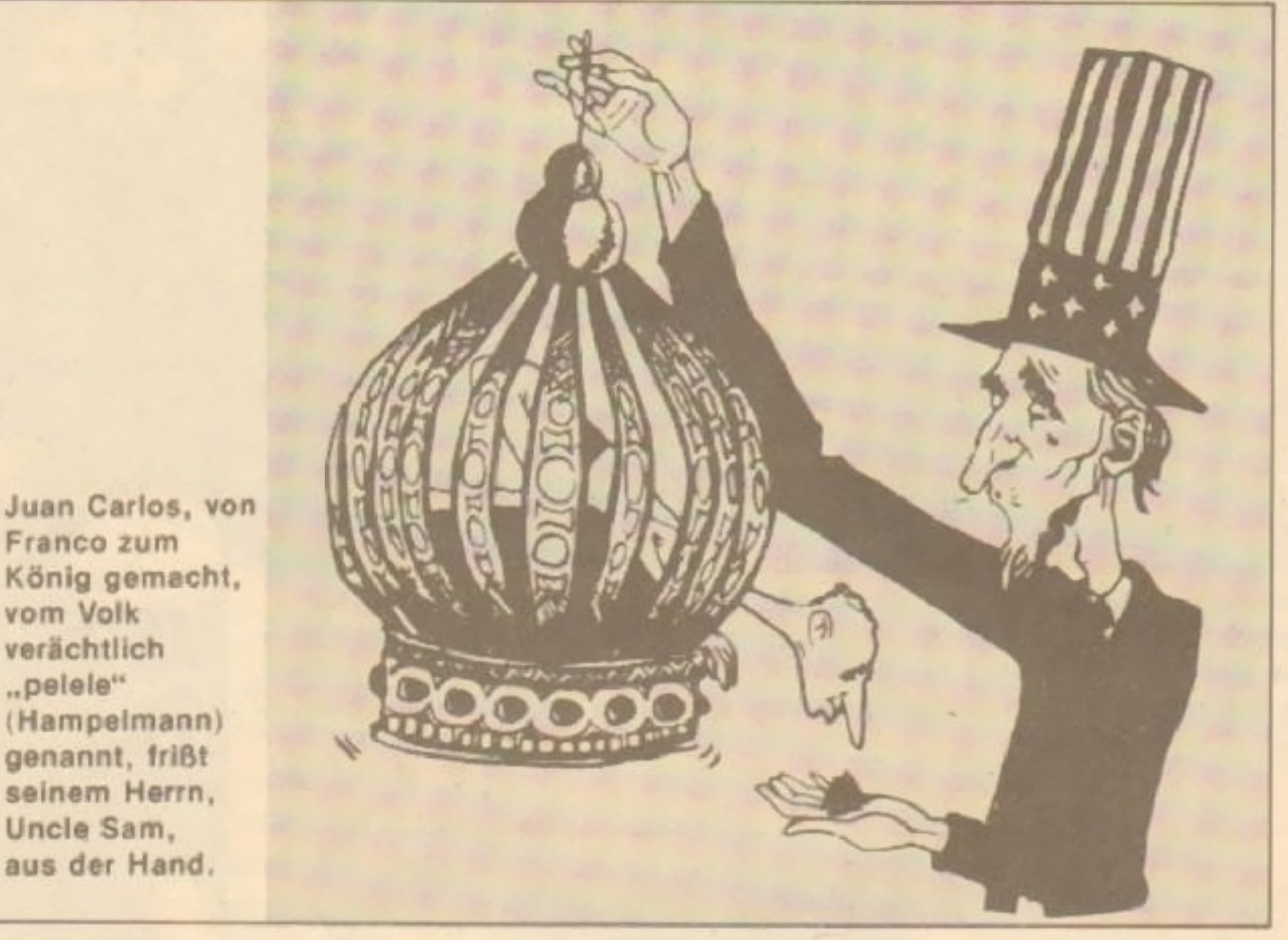
Brasilien: Neue Streikwelle

Die Metallarbeiter im Industriegebiet von Sao Paulo traten in einen Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sie lehnten Teilangebote der Kapitalisten ab und gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, den Kampf bis zur Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen fortzusetzen. Der Kampf der Metallarbeiter von Sao Paulo ist Teil einer breiten Streikwelle, die das ganze Land erfaßt hat. Trotz Streikverbot, trotz faschistischem Terror führt die brasilianische Arbeiterklasse einen immer heftigeren Kampf gegen die Bourgeoisie und das ausländische Monopolkapital.

Juan Carlos in China

In Peking wehten die Fahnen des spanischen Faschismus

Großer Empfang auf dem Pekinger Flughafen: die Häupter der chinesischen Revisionisten-Clique wie Hua und Teng hatten sich persönlich eingefunden. Ihre Aufmerksamkeit galt dem Mann, den Franco, der Schlächter am spanischen Volk, zu seinem Nachfolger bestimmt und aufgebaut hatte: dem König Juan Carlos. Ihm zu Ehren flatterten über den Straßen der chinesischen Hauptstadt die Fahnen des spanischen Faschismus, dieselben Fahnen, unter denen einst Franco angetreten war, um die Republik in Terror und Blut zu ertränken.



Juan Carlos, von Franco zum König gemacht, vom Volk verächtlich „pelele" (Hampelmann) genannt, frißt seinem Herrn, Uncle Sam, aus der Hand.

Jeder spanische Werktätige, der solche Bilder auf dem Fernsehschirm sah, hat diesen Auftritt als einen Schlag ins Gesicht, als eine unerträgliche Provokation empfunden. Aber was kümmert es die chinesischen Revisionisten? Sie haben mit dem spanischen Volk, mit seinem jahrzehntelangen, aufopferungsvollen Kampf für die Republik nichts gemein. Sie fühlen sich der monarchistischen Diktatur verbunden, deren Symbol der König Juan Carlos ist. Das brachte Teng deutlich zum Ausdruck, als er überschwenglich die große Bedeutung des Staatsbesuchs pries und feststellte, daß es zwischen den Regimes von Madrid und Peking „viele Gemeinsamkeiten" gebe.

Als eine besonders hervorstechende Gemeinsamkeit nannte er die beiderseitige Liebe für die nationale Unabhängigkeit. Nun ist ja bekannt, wie es mit der sogenannten Unabhängigkeit, Marke Madrid, aussieht: es sind die amerikanischen Imperialisten, die das Kommando in Spanien führen. Ihre Monopole beherrschen einen großen Teil der Wirtschaft des Landes. Ihre aggressiven Truppen stehen auf spanischem Boden, sie haben sich Luft- und Marinestützpunkte gesichert. Und da sehen die chinesischen Revisionisten Gemeinsamkeiten! Ist es nicht deutlich, daß die falsche Unabhängigkeit, die diese Leute unentwegt predigen, nichts anderes ist als die Unterordnung unter die Herrschaft Washingtons?

Und selbst das ist den Teng und Co. noch nicht genug. Sie machten während des Besuchs von Juan Carlos lautstark Reklame für einen Beitritt Spaniens in die EG und in die NATO. Das bedeutet: Spanien soll seine Tore noch weiter für das amerikanische und westeuropäische Kapital öffnen, noch enger in den aggressiven Kriegsblock Washingtons und in die Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Supermacht einbezogen werden. Wahrhaftig, die „guten Ratschläge" der Hua und Teng für Juan Carlos könnten auch direkt aus dem Mund eines Carter oder Brzezinski kommen.

Um ihre erbärmliche Aufführung des Verrats an den Interessen des spanischen Volkes abzurunden, hatten sich die chinesischen Revisionisten dann noch etwas Besonderes einfallen lassen. In aller Öffentlichkeit feierte ein Bischof Yang Gao-chinen das Pontifikalamt für die Figuren der monarcho-faschistischen Diktatur. So konnten die Pekinger Revisionisten bei diesem „historischen Treffen" (Juan Carlos) von „großer Bedeutung" (Teng) nicht nur auf das Wohlwollen Washingtons, sondern auch auf den päpstlichen Segen rechnen.

China: Bilanz einer Woche

„China öffnet sich dem Westen immer weiter." So die Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau", eine unter vielen in der letzten Woche, mit denen die Bonner Regierungspresse auf die jüngsten außenpolitischen Aktivitäten der chinesischen Revisionisten aufmerksam machten. Mit unverhohlener Freude, versteht sich, denn alle diese Aktivitäten dienten dazu, den westlichen Imperialisten den Rücken zu stärken. Hier eine unvollständige Auswahl:

• **NATO.** Die europäischen NATO-Staaten, in der „Westeuropäischen Union" zusammengeschlossen, nahmen eine Resolution an, nach der China neben sogenannter technischer Hilfe auch „Unterstützung bei der Modernisierung und Neuausrüstung ihrer Streitkräfte" gewährt werden soll. Pekings stellvertretender Außenminister Yü hatte in Rom das Interesse der chinesischen Revisionisten an Waffenlieferungen aus Westeuropa bekundet.

• **Kongo.** Chinesische Militärberater sind im Kongo (Zaire) eingetroffen. An der Seite der NATO-Spezialisten werden sie die Truppen des faschistischen Mobutu-Regimes für die blutige Unterdrückung des kongolesischen Volkes drillen. Das Mobutu-Regime ist vor Jahren vom CIA an die Macht gebracht worden, um die amerikanische Kontrolle über den Kongo zu sichern.

• **Oman.** Mit hohen Ehren ist der Außenminister des Regimes von Oman am Persischen Golf in Peking empfangen worden. Seit Jahren unterdrückt dieses Regime mit blutigen Terror im Auftrag der westlichen Imperialisten die Befreiungsbewegung in der Provinz Dhofar. Zu diesem Ausrottungsfeldzug sind auch Truppen aus dem benachbarten Iran in Oman eingesetzt. Aber auch zum faschistischen Schah-Regime haben die chinesischen Revisionisten ja die besten Beziehungen.

• **Spanien/Jugoslawien.** Ebenfalls in der vergangenen Woche wurde der Vertreter des monarcho-faschistischen Regimes von Madrid, Juan Carlos, in China empfangen. Zum Parteitag der jugoslawischen Revisionisten schickten die neuen Herren Chinas ein Grußtelegramm. (Siehe Artikel auf dieser Seite.)

Parteitag in Jugoslawien

Tito hetzt gegen den Kommunismus

130 ausländische Gastdelegationen waren gekommen, als Tito seinen Parteitag eröffnete — eine Rekordzahl, wie die Nachrichtenagenturen meldeten. Da saßen sie nun nebeneinander: der Herr Kulakow nebst Anhang aus Moskau, KPI-Boß Berlinguer, SPD-Vorstandsmitglied Ehmke, die Herren von der DKP usw. usf. Der ganze Sumpf des internationalen Revisionismus und der Sozialdemokratie hatte sich versammelt, um die antikommunistischen Ausfälle Titos zu beklatschen.

Wen sollte es da wundern, daß auch die chinesischen Revisionisten mit von der Partie waren? In einem Grußtelegramm drückten sie der jugoslawischen Verräter-Partei die besten Wünsche aus. Neben dem Eurorevisionisten Berlinguer — so wird berichtet — bekamen Titos neue Freunde aus Peking den stärksten Beifall der Delegierten.

Die jugoslawischen Revisionisten hatten sich für diesen Parteitag eine besondere Provokation ausgedacht. Sie haben ihn an genau dem Tag eröffnet, an dem vor 30 Jahren die Tito-Clique aus der kommunistischen Weltbewegung ausgeschlossen wurde. Das Urteil, das diese Parteien damals über die Belgrader Revisionisten sprachen, hat sich in diesen 30 Jahren voll auf bestätigt. Die Tito-Clique hat alle Errungenschaften des Sozialismus vollständig zerstört und den Kapitalismus wiederhergestellt. Sie hat einen barbarischen Terror gegen die wahren Kommunisten entfaltet und Tausende von ihnen bestialisch ermorden lassen. Sie unterdrückt mit faschistischer Gewalt die Werktätigen des Landes. (Im letzten RM brachten wir einige Beispiele dafür.) Und auf internationaler Ebene sind diese Leute stets als Stoßtrupp der Konterrevolution aufgetreten.

Wenn sich Tito jetzt hinstellen und unter dem Beifall der ausländischen Gäste erklären konnte, seine Politik hätte sich international „voll durchgesetzt", dann bedeutet das nicht, daß das 1948 über ihn gefällte Urteil falsch gewesen wäre. Dann heißt das nur, daß alle diejenigen, die ihm jetzt die Aufwartung machten, von den Herren in Moskau bis zu denen in Peking, in seine Fußstapfen getreten sind. Titos Hetze auf dem Parteitag gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins war diesen Herren ganz aus dem Herzen gesprochen. Denn bei allem Gezänk, bei allen noch so scharfen Widersprüchen untereinander verbindet sie doch eins: der gemeinsame Haß gegen die Arbeiterklasse, gegen den Kommunismus und die proletarische Diktatur.

Aber auch wenn jetzt die DKP-„UZ" und die „Peking Rundschau" in seltener Einhelligkeit den jugoslawischen Parteitag und seine angebliche Erfolgsbilanz begrüßen, wenn sie Titos Lügen von der „sozialen Sicherheit" in Jugoslawien wiedergeben, so können sie doch nicht die jugoslawische Wirklichkeit vertuschen: ein Land, geschüttelt von der kapitalistischen Krise, mit einer Massenarbeitslosigkeit, die Hunderttausende dazu zwingt, die Heimat zu verlassen und im Ausland Arbeit zu suchen. Ein Land, dessen Führer den Ausweg aus der Krise in der verschärften Ausbeutung der Werktätigen und in immer größerem Ausverkauf an die Imperialisten, für Dollar, Rubel und D-Mark, sehen.

Die Tito-Clique hat den Völkern Jugoslawiens wahrhaftig nichts zu bieten außer verlogenen Phrasen. Aber diese Völker wehren sich und führen den Kampf gegen die revisionistischen Unterdrücker. Und während die Tito-Clique unter den internationalen Reaktionären immer neue Freunde gewinnt, stehen die wahrhaften Kommunisten und Revolutionäre in diesem Kampf auf der Seite der Arbeiterklasse und der Völker Jugoslawiens.



Bandeira Vermelha
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Volksabstimmung in Italien

Niederlage für die bürgerlichen Parteien

Von einer Ohrfeige für die italienischen Parlamentsparteien, von Unbehagen und Mißtrauen sprach die bürgerliche Presse. Und in der Tat: Die Volksabstimmung über zwei reaktionäre Gesetze war ganz anders ausgegangen, als es sich die italienische Bourgeoisie und ihre Parteien erhofft hatten. 23 bzw. 44 Prozent der Befragten stimmten gegen diese Gesetze, trotz eines beispiellosen Propagandafeldzugs, der die Christdemokraten mit den Revisionisten vereinte. „Nuova Unita", das Zentralorgan der KP Italiens (ML), wertete die Ergebnisse der Abstimmung als Verurteilung der bürgerlichen Parteien und als Zeichen für eine zunehmende Kampfbereitschaft der Massen.

Worum ging es im Einzelnen? Da war einmal das Gesetz über die Parteienfinanzierung, nach dem — ähnlich wie in der Bundesrepublik — die bürgerlichen Parteien, entsprechend ihren Stimmen in Parlamentswahlen, Millionensummen aus Steuergeldern zugeschanzt bekommen. Die revisionistische KPI hatte für dieses Gesetz ausgerechnet mit der Behauptung die Reklametrommel gerührt, es würde zur „Moralisierung des öffentlichen Lebens" beitragen. Wahrhaftig ein Hohn! Tagtäglich erleben die italienischen Werktätigen, wie es um die Moral ihrer selbsternannten Volksvertreter bestellt ist: eine beispiellose Postenschieberei in der Gier nach fetten Pfründen, eine persönliche Bereicherung, die keine Grenzen kennt.

Jüngstes Beispiel ist der Mann an der Spitze des italienischen Staates, der Präsident Leone. Dieses Element wurde vor kurzem der Steuerhinterziehung überführt. Er hatte seine gierigen Finger nicht nur in dunklen Erdölgeschäften, sondern war auch in den Lockheed-Skandal verwickelt. So konnte er sich unter anderem eine 29-Zimmer-Villa mit Stallungen und Reitbahn zusammengaunern. Und die revisionistischen Bonzen, die sich scheinheilig um die öffentliche Moral sorgen, treiben es nicht anders. So ließ sich etwa der KPI-Bürgermeister von Cervia eine luxuriöse Ville errichten — auf einem Grundstück, das für eine öffentliche Grünanlage bestimmt war.

Das zweite Gesetz, über das jetzt abgestimmt wurde, das sogenannte „Legge Reale", ist ein Terror-Gesetz, das bei der Moro-Fahndung schon weitgehend praktiziert wurde. Es sieht unter anderem vor: schrankenlose Telefonüberwachung, die Todesschuß-Befugnis für die Polizei, willkürliche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen auch ohne richterliche Genehmigung, die Verbannung von „verdächtigen Linksradikalen" auf einsame Inseln im Mittelmeer. Und auch für dieses Terror-Gesetz machten die Revisionisten eine lautstarke Propaganda. Ihr Boß Berlinguer hatte sogar die Stirn zu erklären, die italienischen Werktätigen müßten ihre antifaschistische Haltung unter Beweis stellen, indem sie für dieses Gesetz stimmen. Diese Leute sind hundertprozentige Verteidiger der bürgerlichen Diktatur. Sie treiben mehr noch als andere bürgerliche Parteien die Faschisierung voran. Nur ein Beispiel von vielen: Gegenwärtig führt die KPI im ganzen Land unter den Werktätigen eine Anwerbungskampagne für die Polizei durch. Und all das betreiben die Revisionisten unter „linken" Phrasen, indem sie den Werktätigen einreden wollen, daß ausgerechnet die Stärkung des bürgerlichen Staates ihnen den Weg aus der Krise, ja sogar in den Sozialismus eröffnet.



Italien: Arbeiter demonstrieren

Aber die werktätigen Massen Italiens denken anders darüber. Das zeigte sich an den Ergebnissen der Volksabstimmung. 20 Prozent der Stimmberechtigten gingen überhaupt nicht zur Wahl, der höchste Grad von Stimmenthaltung im Nachkriegs-Italien. Darin drückt sich — wie die KPI/ML feststellt — eine breite Stimmung des Protestes und des Mißtrauens in den bürgerlichen Wahlschwindel aus, wenn auch noch in passiver Form. Noch höher zu bewerten ist die Tatsache, daß 23 Prozent die Abschaffung des Terrorgesetzes forderten. Man muß sich dazu die gegenwärtige Situation in Italien vor Augen halten: eine Terroristen-Hysterie wie bei uns im letzten Herbst, angeheizt von allen bürgerlichen Parteien, allen voran die KPI. Ihren ganzen riesigen Propaganda-Apparat setzten diese Parteien in Bewegung. Dagegen standen als organisierte Kraft nur die KPI/ML und einige fortschrittliche Organisationen, die den Kampf gegen die Faschisierung führen und die Werktätigen zur Stimmabgabe für die Abschaffung der Gesetze aufriefen.

Noch deutlicher ist die Niederlage der bürgerlichen Parteien bei der Abstimmung über die Parteienfinanzierung. Dabei ist bemerkenswert, daß sowohl in den Industriestädten des Nordens (Mailand, Turin usw.) wie auch in den armen Regionen des Südens dieses Gesetz mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Gerettet für die Bourgeoisie wurde es im sogenannten „Roten Gürtel", den Regionen Mittelitaliens, in denen die KPI die örtlichen und regionalen Verwaltungen beherrscht. „Nuova Unita" stellt fest, daß dieses Wahlergebnis, die breite Ablehnung des Gesetzes, nicht nur ein tiefes Mißtrauen in den bürgerlichen Staat und seine Einrichtungen — einschließlich der KPI — widerspiegelt, sondern ein Anzeichen einer gewachsenen Kampfbereitschaft der Werktätigen ist. Besondere Bedeutung hat dabei die Übereinstimmung des Abstimmungsergebnisses im Norden und im Süden. Denn die Einheit zwischen dem Industrieproletariat und den Massen Süditaliens ist eine der Kernfragen der Revolution in Italien.

Für die KPI/ML ist die Niederlage der bürgerlichen Parteien, vor allem der modernen Revisionisten, eine Bestätigung ihres konsequent revolutionären Kursen und ein Ansporn, noch breiter die Organisierung der werktätigen Massen voranzutreiben.

KP Neuseelands

Für die sozialistische Revolution

Die Zeitung „Peoples Voice", Organ der KP Neuseelands, veröffentlichte am 22. Mai 1978 eine Erklärung des Nationalen Komitees der Partei mit dem Titel: „Die Kommunistische Partei bekräftigt erneut ihre grundlegende Linie und Politik." Darin heißt es unter anderem:

Die KP Neuseelands bekräftigt noch einmal ihren Standpunkt, daß der Grundwiderspruch in Neuseeland, einem entwickelten kapitalistischen Land, der zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, voran das Monopolkapital, ist. Infolgedessen steht vor der Arbeiterklasse die unmittelbare sozialistische Revolution. Jeder Versuch, zwischen den Kapitalismus und die Diktatur des Proletariats eine Zwischenetappe zu schieben, ist Opportunismus und Revisionismus.

Die Billigung einer Linie der Zwischenetappe, der nationaldemokratischen Revolution, der volksdemokratischen oder der antiimperialistischen Revolution, so richtig sie für viele Länder Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas sein mag, bedeutet für das entwickelte Neuseeland nichts als Klassenzusammenarbeit. Das hieße Zusammenarbeit mit der eigenen Kapitalistenklasse, die Vereinigung mit dieser Klasse, die ganz und gar proimperialistisch ist.

Das hieße unter den Arbeitermassen Illusionen darüber zu wecken, als seien ihre Ausbeuter und Feinde in Wirklichkeit ihre Freunde und Verbündeten, die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei für die Befreiung vom Imperialismus kämpfen wollen. Und all das, wo die Geschichte Neuseelands zeigt, daß die einheimischen Kapitalisten voll und ganz den Imperialismus unterstützen. Eine solche Linie ist, was Neuseeland anbetrifft, reiner bürgerlich-reaktionärer Nationalismus und ein vollständiger Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse. Das ist in Wirklichkeit die revisionistische Linie, die E. F. Hill und die anderen opportunistischen Führer der KP Australiens/ML gerade der Partei der Arbeiterklasse Neuseelands durch ihre brutalen Einmischungen vom Chruschtschowschen Typ in die inneren Angelegenheiten und durch die Intrigen und Komplotte einer kleinen Bande von einheimischen parteifeindlichen Verschwörern aufzwingen wollen.

Die KP Neuseelands verfolgt eine konsequente Linie des revolutionären Klassenkampfes in Neuseeland, mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Auf internationaler Ebene vereinigt sie sich mit der Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder im revolutionären Kampf für den Sozialismus und gegen Imperialismus und Kapitalismus, insbesondere gegen die beiden imperialistischen Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, die größten Ausbeuter auf der Welt. Sie kämpft sowohl in der Theorie als auch in der Praxis für die Vereinigung der Arbeiterklasse Neuseelands mit dem Kampf der unterdrückten Völker, für die Befreiung vom Imperialismus und der inneren Reaktion. Sie kämpft ebenfalls für die breiteste Einheit unter allen Völkern gegen die Vorherrschaft der Supermächte und die Gefahr eines neuen Weltkriegs.

Die KP Neuseelands entwickelt ihre Linie im Einklang mit dem proletarischen Internationalismus und ihrer Praxis im revolutionären Klassenkampf. Sie führt einen konsequenten Kampf für die vollkommene Treue zu den grundlegenden Prinzipien des Marxismus und für korrekte Beziehungen zwischen den Bruderparteien, was Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Parteien beinhaltet. Wir meinen, daß die Lösung der Probleme der Revolution in jedem Land Sache der revolutionären Arbeiter dieses Landes ist.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Entwicklung der Krise des Kapitalismus in Neuseeland und im Ausland versucht die imperialistische Bourgeoisie die KP Neuseelands zu zerschlagen, denn sie steht an der Spitze des Kampfes für die Verteidigung der Hauptinteressen der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Den Imperialisten kommt eine kleine Bande von kleinbürgerlichen Elementen innerhalb der Partei zu Hilfe.

Trotzdem blieben die einfachen Mitglieder der KP Neuseelands, zusammen mit den parteilosen Sympathisanten unerschütterlich bei der Verteidigung der Partei. Damit verteidigen sie die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Gerade diese entschlossene prinzipienfeste Haltung wird dazu führen, daß die revisionistischen Komplotte gegen die KP Neuseelands scheitern, ebenso wie sie zur weiteren ideologischen, politischen und organisatorischen Stärkung der Partei beitragen werden.

(Radio Tirana vom 19. 6. 78.)

Frankreich

Neue Betriebsbesetzungen

Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit haben in der letzten Woche Einheiten der Bürgerkriegstruppe CRS die Hallen des Renault-Werkes in Flins bei Paris gestürmt. Ihre Aufgabe: den Streik im Preßwerk zu brechen, das schon seit Ende Mai von den Arbeitern besetzt wird. Aber schon die erste Polizeiaktion in der vorletzten Woche hatte die Kampfkraft der Kollegen nicht brechen können. Sie beharrten auf ihren Forderungen, unter denen die nach einer höheren Einstufung die wichtigste ist.



Renault Flins: Wieder von den Arbeitern besetzt

Die Herren von Renault hatten sich geweigert, über diese Forderungen auch nur zu verhandeln. Statt dessen verhängten sie wieder die Aussperrung. 9.000 Arbeiter waren davon betroffen. Aber die Reaktion der nicht ausgesperrten Kollegen war ein Solidaritätsstreik. In dieser Situation holten die Renault-Bosse dann zum zweiten Mal die bewaffnete Staatsmacht ins Werk. Die Arbeiter im Preßwerk jedoch werden weiterkämpfen.

Auch die Belegschaft des Arsenals von Brest steht weiter im Streik. In mehreren anderen Betrieben, in denen für die staatliche Rüstung gearbeitet wird, haben sich insgesamt 50.000 Arbeiter dem Kampf angeschlossen. Eine neue Streikfront eröffnete sich vergangene Woche bei dem Küchengeräte-Konzern Moulinex. Den Anfang machten 800 Frauen im Werk Alençon. Sie besetzten den Betrieb und stellten ihre Forderungen: mehr Lohn und längeren Urlaub. Inzwischen hat der Streik auf sechs Werke des Konzerns übergegriffen.

Der französische Ministerpräsident Barre nannte die Streiks in einer unverschämten Rede „unerklärlich". Und er selbst hat den berüchtigten Barre-Plan entwickelt, der den französischen Werktätigen unter anderem drastische Preiserhöhungen gebracht hat. Die Herren wissen sehr gut, warum die Arbeiter im Streik stehen. Und sie fürchten diese Kämpfe. Für die Zeit nach den Sommerferien, so heißt es in der französischen Presse, wird ein neuer heißer Herbst befürchtet.

Demonstration

gegen die politische Unterdrückung in Afghanistan. 1. Juli, Köln. Beginn 14 Uhr, Ebertplatz. Anschließend um 17.30 Uhr Veranstalter im Keller des Hauses Universitätsstr. 35. **Veranstalter:** Generalunion Afghanischer Studenten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Sie rüsten fleißig für ein neues '33 oder: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen

Volkskorrespondenz aus Westberlin

„Betr.: Nationalhymne

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 14. März 1978 liefern wir Ihnen eine ausreichende Stückzahl des Textes und der Musik der Nationalhymne mit der Bitte, jedem Schüler ab der 4. Klasse ein Exemplar zu übergeben. Bei der Übergabe ist den Schülern in geeigneter Form deutlich zu machen, daß sie dieses Blatt zweckmäßigerweise aufbewahren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Röseler, Bezirksstadtrat."

Dieses Schreiben begleitete 20.000 Textblätter der „Deutschen Nationalhymne" an die Charlottenburger Schulen. Einige Lehrer und sogar vier Rektoren aus Neukölln verteilten die Hymne nicht. Ermuntert durch das Schreiben von Bezirksstadtrat Röseler gab es aber auch andere Reaktionen:

„Sie haben der Anordnung Folge zu leisten. Sie singen wohl lieber die Internationale. Wer nicht den Nationalstolz besitzt, die drei Verse zu akzeptieren, der sollte sich schämen. Schließlich reicht doch der deutsche Sprachraum von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt."

„In meiner Schule", berichtete ein Schülersprecher im Bezirksschulbeirat, „mußten die Schüler einer siebten Klasse beim Absingen der drei Strophen strammstehen. Als dann am 20. April eine Mitgliederversammlung der GEW im Stadtteil Charlottenburg stattfand, verteilte die GEW-Charlottenburg ihre Zeitung „GEW-aktuell" mit dem Titel: „Ungekürztes Deutschlandlied — Stadtrat Röseler ‚schenkt' Charlottenburger Schulen wieder ein großdeutsches Reich." In der Zeitung werden die Lehrer aufgefordert, Röselers Material nicht zu verteilen.

Röselers Kommentar: „Das ist Rufmord nach ‚Stürmers' Art. Ich werde dagegen prozessieren." Als sich dann unter Eltern und Lehrern die Empörung steigerte, fand zu diesem Thema eine außerordentliche Sitzung des Bezirksamtes Charlottenburg statt. Einstimmiger Beschluß: Die Aktion wird zurückgezogen. „Disziplinarische Maßnahmen" gegen Röseler werden „selbstverständlich" nicht erfolgen. Röseler, der anfangs seinen Coup noch verteidigt hatte, stimmt auf dieser Sitzung gegen sich selbst. Warum wohl? Hat sich etwa die Meinung dieses Stadtrats geändert, hat er sich überzeugen lassen? Wohl kaum. Das einzige, was dieses Bezirksamt samt Röseler dazu veranlaßt hat, einen Rückzieher zu machen, war der offene Protest der Lehrer.

Die Aktion des Bezirksstadtrates Röseler reiht sich ein in den Feldzug der Bourgeoisie, nicht nur die Polizei als Bürgerkriegstruppe auszurüsten, sondern auch auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung unserer Kinder in den Schulen auf ein neues '33 hinzusteuern. In diesem Zusammenhang steht auch die Tatsache, daß man aus der Schulverfassung in Westberlin den Passus streichen will, daß unsere Kinder im antifaschistischen Sinne erzogen werden sollen.

Diese Aktion Röselers ist mithin Ausdruck der Tatsache, daß man wieder immer mehr versucht, faschistische Gedanken unter die Schüler zu säen. Legal — versteht sich.

Schluß mit der Rattenplage!



Dortmund. Die Scharnhorster Initiative gegen die Rattenplage hatte zu einer Kinder-Demonstration aufgerufen. Trotz strömenden Regens war die Beteiligung an der Demonstration recht gut, und sie stieß auf viel Interesse bei den Einwohnern des Stadtviertels. Bei der Demonstration haben auch die Roten Pioniere mitgemacht.

Belogen und betrogen

Wie skrupellos einige Kapitalisten die Suche der Schüler nach einer Lehrstelle ausnutzen, zeigt dieses Beispiel, das für viele andere steht:

Eine Schülerin der Abschlußklasse sucht wie viele andere eine Lehrstelle. Im Februar bekommt sie eine Zusage vom Friseursalon S. in Herten, daß sie nach Ende der Schulzeit, also Ende Juli, dort anfangen könnte. Aber vorher sollte sie eine Art von „Praktikum" oder „Probezeit" im Betrieb durchmachen. Seit Februar ging sie Tag für Tag nach der Schule (von 15 bis 19 Uhr) in den Friseurladen und half dort mit. Und das für ganze zehn Mark in drei Tagen. Auch in den Ferien mußte sie dort arbeiten. Schlimm genug bis hierhin. Aber dann kam die große Gemeinheit. Kurz vor Schulende bekam sie den Bescheid, daß sie keinen Lehrvertrag bekommt, weil sie einige Wochen gefehlt hat. Sie hatte sich fest auf die Zusage verlassen. Nun hat sie keine Lehrstelle.

(Aus „Jugend voran!", Zeitung der Roten Garde Herten)

Die „13" von Opel-Bochum

Wir lassen uns das nicht gefallen!

Herbst 1976: 13 junge Mädchen beginnen bei Opel in Bochum eine Ausbildung als Bürogehilfin. Die Geschäftleitung sichert ihnen zu, alle nach Beendigung der Lehre in ihrem erlernten Beruf zu übernehmen. Deswegen, so heißt es, habe man auch nur so wenige zur Lehre zugelassen. Zwei Jahre später bereiten sich die Mädchen auf ihre Abschlußprüfung vor. In einem Monat soll es soweit sein. Da werden ihre Hoffnungen brutal zunichte gemacht. Denn als sie am 17. Mai nach Hause kommen, finden sie einen Brief der Geschäftsleitung.

„Der Ausbildungsvertrag zwischen Ihnen und uns", heißt es da in dürren Worten, „endet vertragsgemäß mit Bestehen der Prüfung. Wir überprüfen zur Zeit, ob wir Ihnen eine Lohnempfängerposition anbieten können. — Wir bitten Sie um Verständnis für diese Maßnahme und bestätigen Ihnen gleichzeitig, daß wir Sie in unsere Vormerkliste aufgenommen haben. Mit freundlichen Grüßen..."

Sich geschlagen geben?

Was tun? Sich geschlagen geben? Vor Opel zu Kreuze kriechen, das „Angebot" akzeptieren? Die Mädchen dachten nicht im Traum daran. Sie sagten: **wir lassen uns das nicht gefallen!** und beschlossen, sich ihrer Haut zu wehren. Erst einmal mußte die Belegschaft informiert werden. Also wird beschlossen, ein Flugblatt zu verfassen und breit vor den Werkstoren zu verteilen. Die Mädchen schildern den Kollegen ihre Lage. Sie schreiben:

„Unser Durchschnittsalter liegt bei 20 Jahren. Einige wohnen nicht mehr bei den Eltern und sind darauf angewiesen, Geld zu verdienen, um ihr Leben zu finanzieren. Was bleibt uns also anderes übrig, als die Lohnempfängerposition anzunehmen? Dadurch verbauen wir uns jedoch jede weitere Chance, in unserem erlernten Beruf zu arbeiten. Denn nach beispielsweise zwei Jahren Fließbandarbeit sind unsere Maschine- und Stenokenntnisse gleich null. **Unsere zweijährige Ausbildung war also völlig umsonst!!!** Deshalb fordern wir:

Erhaltung der Ausbildungsplätze mit gesicherter Übernahme in den erlernten Beruf!"

Die Verteilung wird ein voller Erfolg, zumal die Mädchen noch Transparente mitgenommen haben, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen und größere Unterstützung für ihre Forderung zu finden. Bei einer Unterschriftensammlung im Betrieb unterstützen sofort rund 300 Kollegen den Kampf der Bürogehilfinnen. Einige Abteilungen unterschreiben geschlossen. Um die Kampffront zu verbreitern, wird die Gründung einer Initiative für die Übernahme aller Lehrlinge in ihren erlernten Beruf beschlossen, an der sich auch Lehrlinge aus anderen Betrieben und Genossen der Roten Garde beteiligen. Die Mädchen wenden sich auch an die Ortsverwaltung der IG Metall, an die Betriebsräte von der IGM-Liste und der Liste für Belegschaftsforderungen und natürlich auch an ihre Jugendvertretung in der Hoffnung, dort ebenfalls Unterstützung zu finden. Aber diese Hoffnung sollte sich sehr schnell als trügerisch erweisen.

In den Rücken gefallen

So antwortete die Ortsverwaltung der IG Metall auf die Bitte der Mädchen, ihren Kampf zu unterstützen: Im allgemeinen sei man ja dafür, kümmere man sich auch um solche Fälle, aber konkret, konkret könne man leider nichts unternehmen. Schließlich könne man die Lehrlinge bei Opel den anderen Lehrlingen nicht vorziehen.

Klar, daß diese unverschämte Antwort die helle Empörung der Mädchen hervorruft. So sieht also das wahre Gesicht der Bonzen aus! Nicht viel anders verhalten sich die Betriebsräte von der Liste der IG Metall. Die Jugendlichen beschlossen, eine innerbetriebliche Jugendversammlung einzuberufen, um die Solidarität möglichst vieler Jungarbeiter und Lehrlinge bei Opel zu gewinnen. Gegen diese berechtigte Forderung sträubte sich auch DKP-Betriebsrat Jasczcyk und die Jugendvertretung mit Händen und Füßen. Schließlich fiel ihnen nichts anderes mehr ein, als irgendwelche Gesetze ins Feld zu führen, die eine solche Versammlung verbieten würden. Und die Jusos schließlich, die sich zunächst angehängt hatten, stiegen nach drei Sitzungen aus der Initiative aus, nachdem es ihnen nicht gelungen war, mit ihrer Reklame für die SPD durchzukommen. Sie scheuten sich sogar nicht einmal, zum Boykott einer öffentlichen Versammlung der Initiative aufzurufen und schreckten auch nicht davor zurück, ihr einen schon zugesagten Raum wieder zu verweigern, womit sie aber keinen Erfolg hatten. Immerhin gelang es den IGM-Betriebsräten und der Jugendvertretung, die geplante innerbetriebliche Jugendversammlung zu verhindern. Nicht zuletzt deshalb, weil die Betriebsräte der „Liste für Belegschaftsforderungen", abgesehen von einigen zaghaften Versuchen, sich nicht konsequent genug dafür eingesetzt haben.

Mit diesem Flugblatt und Transparenten zogen die Lehrlinge vor die Betriebstore. Das Flugblatt fand bei den Kollegen großes Interesse.

Ein Strich durch Opels Rechnung!

Für den 22. Juni ruft die Initiative zu einer öffentlichen Versammlung auf, um zu beraten, wie der Kampf weitergeführt werden kann. Unmittelbar vorher erfahren die Bürogehilfinnen, daß die Opelkapitalisten nachgeben. Vier von ihnen werden übernommen. (Die anderen Mädchen hatten schon gekündigt, um sich eine neue Stelle zu suchen. Vier Mädchen hatten die Prüfung nicht bestanden.) Aber das ist nur ein Teilerfolg, denn die Opel-Kapitalisten haben den Mädchen nur einen auf drei Monate befristeten Vertrag gegeben. Damit war klar: der Kampf ist noch nicht zu Ende. Jetzt geht es darum, für den Wegfall der Dreimonatsfrist zu kämpfen. Zu der Versammlung am 22. Juni kommen rund 30 Personen, darunter Lehrlinge von der Bahn und verschiedenen Kleinbetrieben, eine Kollegin von Krupp. Aber auch die Bonzen wie Jasczcyk usw. waren gekommen. Gegen ihren erbitterten Widerstand verabschiedet die Versammlung eine Resolution für die Unterstützung des Kampfes der Lehrlinge bei Opel und in anderen Betrieben, die ebenfalls von den Kapitalisten nicht in ihren erlernten Beruf übernommen werden sollen.

Jetzt wird es darauf ankommen, eine breite Kampffront unter den Lehrlingen bei Opel und in anderen Betrieben zu organisieren und die Solidarität aller Arbeiter für den Kampf der Lehrlinge zu gewinnen. Ihre Forderung heißt:

Übernahme aller Auszubildenden in den erlernten Beruf!

Resolution

verabschiedet auf der Versammlung am 22.6.1978

Wir, die hier Versammelten, erklären uns solidarisch mit dem Kampf der 13 kaufmännischen Auszubildenden gegen ihre Nichtübernahme in ihren erlernten Beruf.

Dieser Kampf der Auszubildenden führte jetzt zum Teilerfolg. Opel hat vier Auszubildenden, die die Prüfung bestanden haben, einen befristeten Arbeitsvertrag von höchstens drei Monaten gegeben. Vier ehemalige Auszubildende sind ausgeschieden, eine ist arbeitslos, vier müssen ihren Ausbildungsvertrag um ein halbes Jahr verlängern, da sie durch die Prüfung gefallen sind.

Wir verurteilen aber auf das Schärfste das Vorgehen der Opel-Geschäftsleitung, Auszubildende als billige Arbeitskräfte rücksichtslos dort einzusetzen, wo Opel sie am besten braucht, oder sie erst gar nicht weiterzubeschäftigen, was für viele Ausgelernte mit Sicherheit Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Die Obengenannten haben sich mit Recht dagegen gewehrt, und ihr Kampf war erfolgreich, trotz einiger Schwierigkeiten und Behinderungen.

Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Opel hat den vier Ausgelernten lediglich einen auf drei Monate befristeten Arbeitsvertrag zugesagt. Wir sehen dahinter genau die Absicht, die Bürogehilfinnen später, wenn sie auf verschiedene Abteilungen verteilt sind, auf andere Arbeitsplätze, z. B. in die Produktion, zu setzen oder sie zu entlassen. Diese Absicht der Opel-Geschäftsleitung verurteilen wir ebenfalls und fordern mit den Betroffenen:

Sofortige Aufhebung der Dreimonatsfrist!

Wir erklären uns bereit, den Kampf der Betroffenen für diese Forderung zu unterstützen und eine breite Solidarität aller Auszubildenden, Arbeiter und Angestellten bei Opel herzustellen. Gleichzeitig erklären wir uns solidarisch mit den Auszubildenden anderer Betriebe, die ebenfalls von Nichtübernahme in den erlernten Beruf oder in ein Arbeitsverhältnis betroffen sind und werden ihren Kampf dagegen unterstützen.

Weg mit der Dreimonatsfrist!
Sofort einen unbefristeten Arbeitsvertrag für die Ausgelernten!
Übernahme aller Auszubildenden in den erlernten Beruf!

Ein Besuch in Ostfriesland



Aurich, knapp 35.000 Einwohner, Verwaltungszentrum des gleichnamigen Regierungsbezirks, sozusagen die Hauptstadt Ostfrieslands, des Landstrichs zwischen Dollart und Jade im Norden Niedersachsens. Wir fahren nach Aurich, um uns dort mit einigen Jugendlichen, Genossen der Roten Garde, zu treffen. Wir wollen uns über das Leben in Ostfriesland informieren, denn diese Region gehört zu den unterentwickeltsten in der ganzen Bundesrepublik. Es gibt kaum Industrie, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch, rund die Hälfte aller Einwohner haben Ostfriesland verlassen und sind in andere Gegenden gezogen.

Um nach Aurich zu kommen, ist man auf sein Auto angewiesen, die Bahnverbindung, die es früher gab, ist schon lange eingestellt. Die Fahrt geht über Landstraßen, eine Autobahn gibt es hier nicht, durch Dörfer, kleine Städte, vorbei an Wiesen und Feldern. In Aurich treffen wir Genossen und fahren nach Jever. Dort sprechen wir mit Horst, 24 Jahre alt, Abiturient über den zweiten Bildungsweg, arbeitslos wie viele seiner Mitschüler. Er erzählt uns: „Ich wollte eigentlich Augenoptiker werden. Ich bin in Leer und in Wittmund gewesen, teilweise auch in kleineren Dörfern. Aber umsonst. Und dann habe ich mir gedacht, arbeiten mußt du ja und wollte in meinen alten Beruf zurück. Ich habe eine Lehre als Schaufenstergestalter gemacht. Aber auch da habe ich nichts bekommen. Auf dem Arbeitsamt hat man mir gesagt, daß sie nichts machen können, weil alle Berufe überfüllt sind. Jetzt bekomme ich noch zwei Wochen Arbeitslosengeld.“



Ostfriesland ist ein Moorland. „Boden der Armut“, nennen die Ostfriesen das Moor. Das Leben der Moorbauern ist besonders hart und schwer. Viele Höfe sind ruiniert. Um Arbeit in Emden oder Wilhelmshaven zu finden, müssen die Bauern teilweise jeden Tag bis zu 60 Kilometer fahren.

Jugendliche in Ostfriesland: Trostlose Aussichten

So wie Horst geht es vielen Jugendlichen in Ostfriesland. Größere Industrie gibt es nur in Wilhelmshaven, Emden und Leer. Die Ausbildungsplätze sind knapp. Wenn es überhaupt eine Lehrstelle gibt, dann in Kleinbetrieben, im Handwerk, im Einzelhandel. Die Ausbildung ist, wie überall, schlecht, die Lehrlinge sind größtenteils billige Arbeitskräfte. Nach der Lehre ist für sie kein Bedarf mehr. Eine neue Arbeit zu finden, und sei es auch in einem anderen Beruf, ist fast unmöglich. Die Arbeitslosenquote liegt bei elf, zwölf Prozent und in Norden sogar über 13 Prozent. Im Sommer ist es etwas besser, dann ist Urlaubszeit, herrscht an der Küste und auf den Inseln Hochbetrieb. Typisch ist folgendes Beispiel, von dem uns ein Jugendlicher aus Jever berichtet:

„Die Saisonarbeit“, so erzählt er, „ist typisch für Ostfriesland. Meine Schwester z. B. arbeitet in einem Kinderkurheim. Sie bekommt keinen Urlaub, sondern wird im Winter entlassen, bezieht Arbeitslosengeld und wird im Frühjahr mit Beginn der Saison wieder eingestellt.“

Carola, ein junges Mädchen aus Jever, berichtet über ihre Erfahrungen im „Schloß-Café“:

„Anfang Februar habe ich dort als Buffet-Kraft angefangen. Vorher war ich arbeitslos. Der Verdienst war mir ziemlich egal, ich hatte einfach die Nase voll davon, den ganzen Tag herumzuhängen. Ich habe dort im Monat 550 Mark verdient, das Essen war frei. Das macht einen Stundenlohn von 2,63 Mark. Die Arbeitszeit wurde ständig überschritten, Überstunden grundsätzlich nicht bezahlt. Meiner Nachfolgerin wurden 600 Mark angeboten, dafür sollte sie aber gleichzeitig auch noch servieren. Als sie das nicht schaffte, wurde sie entlassen. Für die Abwaschküche wurde ein Mädchen mit Sonderschulabschluß eingestellt — für 350 Mark im Monat.“

Es ist klar, daß die Krauter (Großbetriebe gibt es kaum) die Notlage, in der sich die Jugendlichen befinden, schamlos ausnutzen. Dabei ist die Lage in den Städten noch relativ günstig. In den Dörfern ist sie katastrophal. Für die Bauernkinder, deren Eltern ihren Hof meistens auch gar nicht mehr halten können, gibt es nur eine Perspektive: ihre Heimat zu verlassen und sich irgendwo in den Städten Arbeit zu suchen. Wie verheerend die Lage ist, zeigt die offizielle Statistik. Bis 1990, so kann man da lesen, wird jeder zweite Arbeitsplatz in Ostfriesland vernichtet sein. Es wird dann dort dreimal so viel Arbeitslose wie Bauern geben.

Viele Jugendliche ziehen deshalb weg von Ostfriesland ins Ruhrgebiet oder nach Westberlin. Sie hoffen, dort schneller Arbeit zu finden. Und natürlich verdienen sie dort auch mehr, denn auch die Löhne sind in Ostfriesland niedriger als anderswo.

Wem nützt der Tourismus?

An der Küste beherrscht der Fremdenverkehr das Leben. So sehr, daß es einem Einheimischen praktisch nicht möglich ist, während der Saison am eigenen Strand baden zu gehen. Die Strände sind fast überall abgesperrt, um hineinzukommen, muß man eine Kurkarte haben oder Eintritt bezahlen. Die Eintrittspreise sind sündhaft teuer. Ein Strandkorb kostet z. B. sieben bis acht Mark pro Tag. Auch die Preise für Lebensmittel und andere Gebrauchsartikel sind stark überhöht. Die Menschen an der ostfriesischen Küste wissen natürlich, daß die Werktätigen aus dem Ruhrgebiet und anderen Teilen der Bundesrepublik, die im Sommer hierher kommen, ihren Urlaub dringend brauchen. Sie wissen auch, daß ihnen der Fremdenverkehr eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit schafft. Aber der Fremdenverkehrsbetrieb an der ostfriesischen Küste und auf den Inseln wird völlig von raffgierigen Kapitalisten und den Managern der Fremdenverkehrsvereine kontrolliert. Und deren einziges Bestreben ist es eben, aus den Urlaubern so viel wie möglich herauszuholen und nebenbei auch noch die einheimischen Werktätigen zu schröpfen. Auch deshalb wachsen der Unmut, die Empörung der Menschen hier.

Das Dorf Ardorf liegt in unmittelbarer Nähe eines Militärflugplatzes. Schon lange protestieren die Einwohner gegen den Fluglärm. Jetzt löst der Staat das Problem auf seine Weise. Die Häuser werden einfach abgebrochen. Rund 60 sind bereits der Spitzhacke zum Opfer gefallen.

Industrialisierung — aber auf wessen Kosten?

Ostfriesland ist ein Bauernland. Industrie gibt es hier kaum, wenn man von Wilhelmshaven und Emden, wo VW ein Zweigwerk gebaut hat, absieht. Das Leben der werktätigen Bauern ist schwer. Viele konnten ihren Hof nicht mehr halten, andere stehen kurz vor dem Ruin. Für die Kapitalisten hat es sich bisher kaum gelohnt, in Ostfriesland zu investieren. Und dementsprechend wenig hat auch die Landesregierung in Niedersachsen für seine Entwicklung getan. Die Verkehrsverhältnisse z. B. sind katastrophal. Der letzte Bus von Leer nach Aurich fährt um vier Uhr nachmittags. Das Schulwesen ist schlecht, nirgendwo gibt es so wenige Gymnasien wie hier, und das Kulturangebot beschränkt sich auf die Darbietungen der „Wilhelmshavener Landesbühne“, Laienspielgruppen und die Aktivitäten der Kirche, die damit natürlich ihre eigenen reaktionären Ziele verfolgt.

Aber jetzt, so hört man es aus dem Mund der Politiker in Hannover, soll das alles anders werden. Ostfriesland soll industrialisiert werden. Und tatsächlich sieht man, wenn man von Wilhelmshaven an der Küste entlang nach Horumersiel oder Schillig fährt, eine einzige riesige Baustelle. Das in Wilhelmshaven angelandete Erdöl soll hier raffiniert und zu Kunststoffen weiterverarbeitet werden. Die Konzerne, die sich hier ansiedeln, werden mit Subventionen und Steuervergünstigungen, mit billigem Land gelockt. Zahlen müssen das die Werktätigen mit ihren Steuergroschen. Für solche Monopole wie ICI und Mobiloil wird die Küstenlandschaft brutal zerstört. Werden Sandstrände vernichtet, wurde sogar der Hafen von Rüstersiel zugeschüttet. Aber den Werktätigen drohen hier auch noch andere Gefahren. In Horumersiel und in Schillig sollen demnächst vier „normale“ Kernkraftwerke und zwei „Schnelle Brüter“ gebaut werden.

Um den Widerstand der Bevölkerung, die hier zum überwiegenden Teil vom Fremdenverkehr lebt, der natürlich durch solche Pläne bedroht ist, zu brechen, hat man das Gerücht ausgestreut, daß die Pläne zum Bau der Atomkraftwerke vorläufig auf Eis gelegt seien. Aber jetzt ist herausgekommen, daß an der Küste bereits Sand aufgespült wird, um Platz für Industrieanlagen und Kernkraftwerke zu schaffen. Über die Behauptung der Behörden, das geschehe, weil man ein Vogelschutzgebiet einrichten will, können die Einheimischen nur lachen. Sie befürchten, daß hier eine künstliche Bucht geschaffen werden soll, die nach und nach verschlickt. Das wäre das Ende des Sandstrandes und des Badebetriebs in dieser Gegend. Und wenn dann kein Badegast mehr kommt, dann ist es natürlich viel leichter, hier ein Kernkraftwerk mit der Begründung hinzustellen, daß dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

Ähnliche Pläne gibt es auch für die Dollartküste bei Emden. Hier soll ein großes Eisenschwemmwerk gebaut werden. Die Leute in Emden sagen dazu: „Da werden hier vielleicht 200 Arbeitsplätze geschaffen und im Ruhrgebiet dafür 1.000 vernichtet.“ Auch in Emden geben die Behörden den Kapitalisten zahlreiche Vergünstigungen. Das Eisenschwemmwerk z. B. soll im Dollarthafen gebaut werden. Der Staat vertieft die Fahrrinne und schwemmt gleichzeitig das Land auf, auf dem dann später die Fabrik gebaut werden soll. Für die Kapitalisten ist dieses Land fast umsonst.

Ganz abgesehen von diesen Plänen haben die Werktätigen in Emden, Wilhelmshaven und Leer bereits ihre Erfahrungen mit der Industrialisierung gemacht. Die Betriebe, die hier hingestellt worden sind, haben, wie zum Beispiel VW in Emden, den Menschen keineswegs sichere Arbeitsplätze gebracht. Viele von ihnen sind bereits wieder stillgelegt, nachdem die Kapitalisten die Subventionen kassiert haben, in anderen stehen Entlassungen vor der Tür.

Die Unzufriedenheit wächst

Unter diesen Bedingungen verstärkt sich unter den Werktätigen und Jugendlichen in Ostfriesland die Unzufriedenheit über die Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen sind. Die Genossen der Partei und der Roten Garde, die in Wilhelmshaven, Wittmund und Jever arbeiten, berichten uns davon. Sie freuen sich besonders darüber, daß es jetzt z. B. beim Kaufhaus Leffers in Wilhelmshaven einen oppositionellen Betriebsrat gibt, der auf einer eigenen Liste kandidierte. Die Genossen der Roten Garde kämpfen auch gegen den Manöverterror der Bundeswehr. Ostfriesland ist Starfighter-Übungsgebiet, und die Menschen hier können ein Lied davon singen, was das heißt. Der Militärflughafen von Ardorf zwischen Wittmund und Aurich ist den Anwohnern schon seit langem verhaßt. Vor einigen Jahren gründeten sie eine Aktionsgemeinschaft gegen den Fluglärm. Der Staat hat das Problem allerdings auf seine Weise gelöst: Wenn sich jemand gestört fühlt, muß er eben wegziehen. Man startete eine großangelegte Hausabbruchkampagne, der inzwischen rund 60 Häuser zum Opfer gefallen sind. 167 Einwohner haben Ardorf bereits verlassen müssen.

Die Genossen der Partei und der Roten Garde werden sich dafür einsetzen, daß sich die werktätige Landbevölkerung in Ostfriesland in einer revolutionären Landvolkbewegung zusammenschließt, um für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu kämpfen. Sie werden den Menschen hier zeigen, daß ihnen der Kapitalismus keine Perspektive bieten kann, um sie für den Sozialismus zu gewinnen, für ein Leben ohne Ausbeutung, für eine Gesellschaft, in der die Landbevölkerung eine Zukunft hat.

* Die Namen sind von uns geändert.



Für eine weite Verbreitung dieser Parolen der Genossen der Roten Garde sorgte die Lokalzeitung. Ostfriesland ist Übungsgebiet für die Starfighter. Die Belästigung durch Tiefflüge und den Fluglärm ist oft unerträglich.

Die Geschichte des deutschen Volkes kennt viele Beispiele mutiger Kämpfer, die aus dem Volk hervorgegangen sind. In dieser Reihe stehen Männer wie Joß Fritz, der Führer des Bundschuh im Bauernkrieg, die jugendlichen Barrikadenkämpfer Glasewald und Zinna der Revolution von 1848, Reichpietsch und Köbis, die revolutionären Matrosen von 1918 und Fiete Schulze, der unbestechliche Mitkämpfer Ernst Thälmanns, den die Faschisten nicht beugen, sondern nur zerbrechen konnten. Wenn auch die herrschende Klasse seit jeh versucht, das Andenken an diese Helden des Volkes auszulöschen, so leben sie dennoch in der Erinnerung der Werktätigen fort.

Für sie alle steht beispielhaft das Schicksal der Begründer und Führer unserer kommunistischen Partei, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann, die ihr Leben für die proletarische Revolution hingaben. Ernst Thälmann schrieb aus dem faschistischen Kerker heraus: „... Die revolutionäre Geschichte ist grausam und hart im Opferbringen... Das Martyrium, das ich auf mich nahm und das sich für große sozialistische Ideale im zwanzigsten Jahrhundert vollzieht, steht nicht vereinzelt und isoliert, abgeschlossen vom deutschen Volk da, es wird geteilt von vielen, vielen namenlosen Kerkergenossen..."

Das Andenken an diese Helden des deutschen Volkes wachzuhalten, soll die Aufgabe unserer Serie „Helden des Volkes" sein. In dieser Serie bringen wir in unregelmäßigen Abständen das Beispiel jeweils eines deutschen Revolutionärs, dessen Kampf uns ein Vorbild sein kann. Unsere Leser sind aufgerufen, durch eigene Berichte über revolutionäre Kämpfer die Serie lebendig zu gestalten.

Helden des Volkes

Lilo Herrmann

geb. am 23. 6. 1909 in Berlin; am 20. 6. 1938 von den Faschisten ermordet

Berlin 1932. Auf der Universität — wie überall — machen sich die Nazis breit. Auf den Gängen des Universitätsgebäudes werden Studenten und Professoren von braunen Schlägerbanden zusammengeschlagen und terrorisiert. Unter den Studenten, die sich an die Seite der Arbeiterklasse stellen und den Nazis entgegentreten, die Aufrufe gegen die faschistischen Umtriebe verbreiten, die die Rückkehr zu demokratischen Lehrmethoden fordern und zum Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr aufrufen, ist auch die 23-jährige Liselotte Herrmann.

Lilo, die in einem fortschrittlichen bürgerlichen Elternhaus aufgewachsen ist, entwickelt sehr früh einen unbändigen Wissensdurst, den sie durch ernsthaftes Studium zu stillen versucht. Mit 17 Jahren beginnt sie Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu lesen und ergreift Partei für die Sache der Arbeiterklasse. Sie tritt dem KJVD, dem Jugendverband der KPD, bei. Nach dem Abitur geht sie an die Technische Hochschule Stuttgart, wo sie Chemie und Biologie studiert. Dort arbeitet sie unter der Leitung von Friedrich Wolf bei dessen Arbeiterspielgruppe Südwest auf Betriebs- und Massenversammlungen. Friedrich Wolf erinnert sich an sie: „Ein wortkarges, ruhiges, einfaches neunzehnjähriges Schwabenmädel, in weißer Bluse mit blauem Trägerrock, die Haar kurz geschnitten, die hellen Augen in dem runden, rotwangigen Gesicht fest und still auf uns gerichtet — nie hätte ich damals gedacht, daß du, Lilo, einmal den harten, qualvollen Weg einer großen politischen Kämpferin gehen müßtest..."

Doch Lilo ist ein Kind ihres Volkes. Ihre Wahrheitsliebe und ihr Freiheitssinn müssen sie notwendigerweise in Opposition zum Faschismus und an die Seite der Arbeiterklasse bringen. Auf den Hochschulen in Stuttgart und Berlin verbindet sie ernsthaftestes Studium mit intensiver politischer Arbeit. Sie betreut Gruppen Roter Jungpioniere, und hier entwickelt sie auch ihre grenzenlose Liebe zu Kindern.

Als Hitler 1933 die Macht ergreift, ist Lilo längst als antifaschistische Kämpferin bekannt. Sie wird im Frühjahr 1933 von der Universität verwiesen. Ohne zu zögern, geht sie in den Untergrund, ist bei illegalen Zusammenkünften oppositioneller Studenten dabei und hilft bei der Herstellung und Verbreitung antifaschistischer Flugschriften. Als ihr die Gestapo auf den Fersen ist, zieht sie 1934, kurz nach der Geburt ihres Sohnes Walter, zu ihren Eltern nach Stuttgart. Sehr schnell findet sie Kontakt zur illegalen KPD, unter deren Anleitung sie ihre Arbeit an verschiedenen Rüstungsbetrieben am Bodensee aufnimmt. In Flugblättern warnt sie vor dem drohenden Krieg und arbeitet an der Schaffung eines organisierten Widerstandes. Ihre Analyse der Vertrauensrätewahlen und andere von ihr beschaffte Dokumente über die Produktion in süddeutschen Flugzeugwerken verhelfen ihrer Partei zu den Beweisen der intensiven faschistischen Kriegsvorbereitung.

Am 7. Dezember 1935 wird Lilo verhaftet. Ihren damals zwei Jahre alten Sohn sollte sie nie mehr wiedersehen. Lilo, die ihr Kind liebte, war sich immer bewußt, daß ihre Tätigkeit für die Partei dieses große Opfer einmal von ihr verlangen könnte. Sie hat sich trotzdem nicht einen Augenblick vom Kampf abhalten lassen.

Mitgefangene und Gefängniswärterinnen haben später von der heroischen Haltung Lilos bei den „Verhören" der Gestapo berichtet. Wie sie nach den Folterungen, durch die man die Namen ihrer Mitkämpfer herauszukriegen hoffte, auf die Wachtmeister gestützt, in ihre Zelle zurückgeschleift wurde. 18 Monate lang dauerten die Torturen der „Untersuchungshaft". Was man auch anstellte, Lilo schwieg!

Im Juni 1937 versuchte man es noch einmal auf „ganz besondere Weise". Man erklärte ihr, die Namen ihrer Mitkämpfer seien sowieso bekannt, wenn sie sie zugeben würde, würde sie nicht als „unverbesserlich" angesehen und könne der Todesstrafe entrinnen. Dann könne sie auch ihren 4-jährigen Sohn wiedersehen, der nebenan in einem Zimmer auf sie warte. Im Nebenraum wurde ein fremdes Kind von der Gestapo veranlaßt zu rufen: „Mutti! Weshalb kommst Du denn nicht, Mutti?" Man hielt ihr vor, jetzt könne sie zeigen, ob sie eine echte Mutter sei, sie brauche nur die Namen zu nennen. Im anderen Fall würde sie ihr Kind nie wiedersehen, das dann zu einem richtigen HJ-Jungen erzogen würde. Lilo — schwieg! Sie blieb standhaft bis zum Ende, ohne an der großen Sache, für die sie kämpfte, Verrat zu üben.

Am 12. 6. 1937 wurde Lilo Herrmann zusammen mit ihren Mitkämpfern Artur Göritz, Stefan Lovasz und Josef Steidle vom „Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt. Eine Welle der Empörung und der Proteste ging durch In- und Ausland, als dieses erste Todesurteil gegen eine deutsche Antifaschistin bekannt wurde. Hunderttausende Menschen haben an dieser Protestbewegung teilgenommen. Noch ein Jahr lang nach dem Urteil mußte Lilo unvorstellbare seelische Qualen leiden. Drei zum Tode verurteilte Mörderinnen sperrte man vor deren Hinrichtung in ihre Zelle, in der Hoffnung, Lilo durch seelische Erschütterung auch jetzt noch zur Preisgabe von Namen treiben zu können. Stattdessen richtete sie die zum Tode Verurteilten auf. Zu einem Gefängnis-Geistlichen sagte sie: „Ihre Tröstung ist mir versagt. Ich bin ein Opfer, und Opfer müssen gebracht werden!"



Illegales Flugblatt

Am 20. 6. 1938 wurde Lilo Herrmann, 29-jährig, zusammen mit ihren Mitkämpfern auf der berüchtigten Richtstätte in Berlin-Plötzensee hingerichtet! Lilo Herrmann hat die Ehre des werktätigen deutschen Volkes verteidigt. Sie wird unvergessen bleiben und uns ein Vorbild sein in unserem Kampf gegen ein neues 33, das uns der Bonner Staat aufzwingen will.

Pudowkin-Filme

‚Kämpfer aus Fleisch und Blut'

Vor 25 Jahren, am 30. 6. 1953, starb Wsewolod Pudowkin. Seine revolutionären Filme „Die Mutter", „Das Ende von St. Petersburg" oder auch noch „Sturm über Asien" haben nicht nur Ende der zwanziger Jahre zu den Höhepunkten der sich rasch entwickelnden Filmkultur der sozialistischen Sowjetunion gezählt, sie sind auch heute noch lebendig und ansehenswert.

Sein erster größerer Film, zu Ehren des 20. Jahrestages der Revolution von 1905, sollte zugleich sein bedeutendster werden: die Verfilmung des Gorki-Romans „Die Mutter". Pudowkin stellte sich die Aufgabe, nicht einfach den Buchtext filmisch zu illustrieren, sondern den ideellen Gehalt des Buches auf die Leinwand zu übertragen: Den Weg der alten, von Unterdrückung und Ausbeutung niedergehaltenen Arbeiterin zu einer bewußten, revolutionären Kämpferin.



So unterscheidet sich die Filmhandlung in gewisser Hinsicht von Gorkis „Mutter", sie ist auf dramatische Konfliktsituationen hin konzipiert. Pawel ist Revolutionär. Eines Tages kommt Polizei in das Haus der Familie Wlassow. Die Mutter Pawels glaubt, daß es besser wäre, die von Pawel versteckten Waffen auszuhändigen. Ihre Tat rettet Pawel aber nicht, er kommt ins Gefängnis. Die Mutter beginnt jetzt, mit den Revolutionären zusammenzuarbeiten. Pawel kann mit Unterstützung der Genossen aus dem Gefängnis fliehen. Er schließt sich einem Demonstrationszug der Arbeiter an. Gegen die Demonstranten wird Polizei und Militär eingesetzt. Pawel und seine Mutter kommen ums Leben. Doch der Strom der Revolution ist nicht aufzuhalten, sinnbildlich ausgedrückt durch einen Fluß, der sich vom Eis befreit. Der Film endet mit einer lyrischen Traumvision: auf dem Kreml steigt die rote Fahne auf.

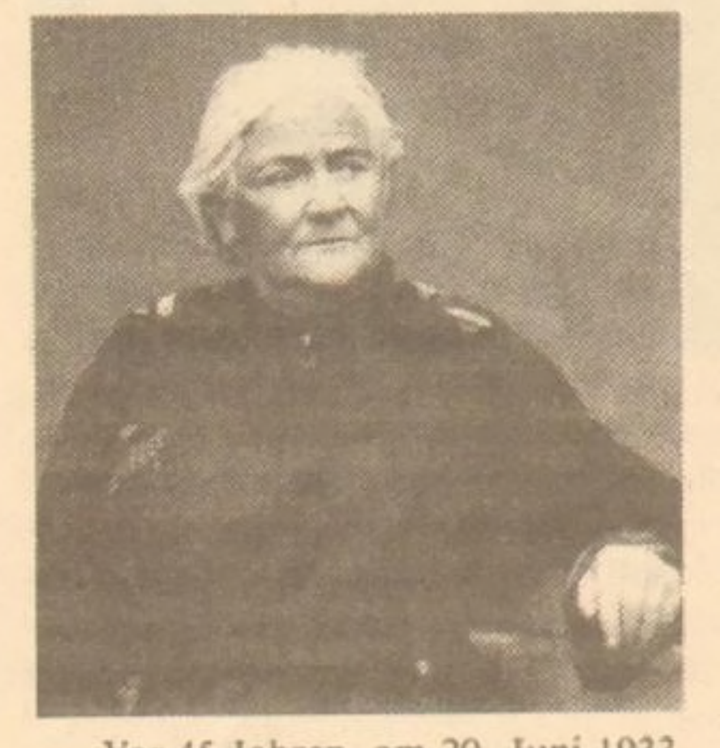


„Die Mutter", so schrieb 1926 die „Leningradskaja Prawda", „ist der erste, wenn nicht der einzige Film, der die harte revolutionäre illegale Arbeit nicht nach einem langweiligen Schema und den Arbeiter nicht als plakatives Mannequin, sondern als einen Menschen und Kämpfer aus Fleisch und Blut zeigt." Und gerade dies machte die fortschrittliche Bedeutung dieses Films aus: im Gegensatz zu Filmtheorien, denen damals auch Eisenstein anhing, die den Film als eine abstrakte „Kunst ohne Handlung" begriffen, die den proletarischen Helden ablehnten und das Proletariat als Masse darstellten, verteidigte Pudowkin die Auffassung, daß der revolutionäre Film vorbildliche Menschen, die für die Revolution kämpfen, zeigen muß. Und so stellte er bei dem Film „Das Ende von St. Petersburg" einen Bauernjungen, der sich zum Bolschewik entwickelt, bei „Sturm über Asien" einen mongolischen Partisanen in den Mittelpunkt.

Andererseits lassen schon diese Filme und besonders „Sturm über Asien" Pudowkins Drang zum Symbolismus, seinen Hang zu formalistischen Experimenten ahnen. Diese Tendenz äußert sich besonders stark in seinen weiteren Filmen. „Die Mutter", „Das Ende von St. Petersburg", „Sturm über Asien", seine Filme aus den Jahren 1926 bis 1928 jedoch gehören zu den bedeutendsten Werken der proletarischen, revolutionären Filmkunst, die auch heute noch begeistern.



Clara Zetkin: Eine große proletarische Revolutionärin



Vor 45 Jahren, am 20. Juni 1933, starb Clara Zetkin, die hervorragende Kommunistin, die ihr ganzes Leben lang für die Interessen des deutschen und internationalen Proletariats gekämpft hat. Geformt in den Reihen der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts, trat sie als eine der ersten Führer der deutschen Arbeiterklasse an der Seite Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gegen die „Vaterlandsverteidiger" der zweiten Internationale auf, die das Proletariat an der Seite „ihrer" Bourgeoisie zur Schlachtbank führten. Nach der Oktoberrevolution trat sie den revisionistischen Parolen von der „reinen Demokratie" entgegen und verteidigte glühend die Diktatur des Proletariats und die gewaltsame proletarische Revolution.

Seit Oktober 1919 gehörte sie dem ZK der KPD an, und der dritte Weltkongreß der von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale wählte sie in deren Exekutivkomitee. Unvergessen bleibt Clara Zetkins Beitrag im Kampf für die Befreiung der werktätigen Frauen, dem sie die klare Perspektive wies: „Keine volle Freiheit und Gleichberechtigung für sie, ohne daß auch sie selbst in Massen ... auf dem Weg der proletarischen Revolution vorwärtsstürmen, in fester Verbundenheit mit ihren revolutionär ringenden Klassengenossen."

Auch für die Organisierung der internationalen Solidarität mit den im Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus verfolgen Klassenbrüdern ist Clara Zetkin als Vorsitzende der Internationalen Roten Hilfe unermüdlich wirksam gewesen. Die standhafte revolutionäre Kämpferin und Internationalistin Clara Zetkin ist dem deutschen Proletariat und seiner Partei, der KPD/ML, ein leuchtendes Vorbild.

Zeugnis des Terrors

Ein Film über Argentinien

Romantische Bilder von Gauchos, wie in den Fernsehreportagen über Argentinien, sieht man in diesem Film nicht. Denn der Kurzfilm „Zeugnis des Terrors" der argentinischen Filmgruppe „Cine de la Base" dokumentiert die Realität dieses Landes: den faschistischen Terror der Generäle, das Elend der Werktätigen. Studenten der Film- und Fernsehakademie Westberlin haben zusammen mit Günter Wallraff die deutsche Fassung dieses 20-Minuten-Films besorgt.

Die argentinischen Filmer haben „Zeugnis des Terrors" im Exil aus eindringlichen Fotos und Filmszenen zusammengestellt. Nach dem faschistischen Militärputsch am 26. März 1976 erschienen auch die Namen dieser fortschrittlichen Filmer auf den Todeslisten der Terrorbanden AAA. Der Regisseur der Filmgruppe „Cine de la Base" (Basis-Kino), Raymondo Gleyzer, wurde am 27. Mai 1976 in seiner Wohnung überfallen. Das Killerkommando verschleppte ihn. Die letzte Nachricht: Er wurde in einem Folterkeller und später noch einmal — gelähmt — in einem Konzentrationslager gesehen.

Der Drehbuchautor Rodolfo Walsh, der ebenfalls dieser Filmgruppe nahestand, veröffentlichte schließlich am ersten Jahrestag des faschistischen Putsches einen „Offenen Brief" an die Junta, in dem er die einjährige Terrorherrschaft anklagte und die Barbarei entlarvte. Walsh war sich des Risikos bewußt. Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Briefes wurde er von den Kommandos des Militärs verschleppt — so wie er in seiner Anklageschrift vorhergesagt hatte. Ob Walsh und Gleyzer noch leben, ist nicht bekannt.

Dieser „Offene Brief" von Rodolfo Walsh ist die Textgrundlage des Films „Zeugnis des Terrors". Ein Sprecher verliest die Anklageschrift, dazu sieht man Dokumentaraufnahmen von Massenverhaftungen auf den Straßen oder auch nachgespielte Szenen, wo Dokumentaraufnahmen nicht beschaffbar waren. Der erbarmungslose Terror wird an den Folterinstrumenten, die aus mittelalterlichen Folterkammern stammen oder auch „höchstmodern" sind, dargestellt. Dazu das Elend der Werktätigen: 18 Stunden Arbeit am Tag, um sich am Leben zu erhalten. Der Film „Zeugnis des Terrors" greift die faschistischen Generäle unerbittlich an, er zeigt auf, wer hinter dem faschistischen Putsch steht, der amerikanische Imperialismus. Dabei klagt dieser Film nicht nur an, er ruft auf zum Kampf gegen den Faschismus, zum Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus. Ein Film, der in diesen Tagen der Fußball-Weltmeisterschaft weite Verbreitung finden sollte. (Zentral-Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36, Verleihgebühr: 30 Mark.)



Ein Bild aus dem argentinischen Dokumentarfilm

KIEL, 19. Januar 1977
LANDESHAUS, TEL. 5961

An den
Intendanten des Norddeutschen Rundfunks
Herrn Martin Neuffer
Rothenbaumchaussee 132-134

Die Landesregierung ist bemüht, alles zu vermeiden, was dazu führen könnte, daß Bürger durch militante Kräfte bei Demonstrationen in gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt werden können. Die Rundfunkanstalten können die Bemühungen der Landesregierung unterstützen. Die Erfahrung lehrt, eine über das Maß der Informationspflicht hinausgehende Berichterstattu...

Die Landesregierung bittet Sie daher, in den vor uns liegenden Wochen besonders darauf zu achten, daß den genannten Gesichtspunkten in der Programmgestaltung Rechnung getragen wird. Als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt und als Vertragspartner des Landes Schleswig-Holstein können Sie auf diese Weise dazu beitragen, daß - unbeschadet der Debatte über Nutzen oder Schaden der Kernkraftwerke - bürgerkriegsähnliche Zustände vermieden werden.

16.2.1977:
Anweisung von Fernsehdirektor Räuker zur Berichterstattung über Demonstrationen und Tumulte an die Mitarbeiter des NDR:

... unauffällig wie möglich - lassen Sie Aufnahmen ... standen. Bewegen ... Gerät möglichst lange im Hintergrund und vermeiden Sie auffällige Aufbauten.
2. Zeigen Sie Tumulte in vollem Umfang und Ausmaß. Filmen Sie Überblicksbilder - seien Sie vorsichtig mit Großaufnahmen. Ein Handgemenge von zehn Menschen kann - in Großaufnahme - den Eindruck einer Massenrevolte entstehen lassen.
3. Filmen Sie b e i d e Seiten einer Auseinandersetzung. Wer hat wen zuerst angegriffen - wer wen herausgefordert. Auch Polizisten können in Notwehr handeln. Jeder wird sich wehren, wenn er mit Salzsäure bedroht wird.
Lassen Sie sich nicht vom Randgeschehen ablenken. Stellen Sie nicht optisch attraktive aber unwesentli... ... Berichten. ... registrieren und nicht inszenieren.

Für Cutter:
1. Lassen Sie Totalen im Film, die einen Überblick über den Umfang und das Ausmaß der Auseinandersetzungen geben.
2. Lassen Sie sich nicht durch drastische Großaufnahmen verleiten. Die Wirkung des Bildes ist von keinem Text zu übertreffen oder auszugleichen. Das bewegte Bild ist eine starke Aussage. Es muß journalistisch vertretbar sein.
3. In Zweifelsfällen: Fragen Sie Redakteure und andere Cutter.
4. Heben Sie die Schnittreste auf, bis die Redaktion Ihnen eine andere Mitteilung macht.
5. Vorsicht bei Originaltönen (Geräusch...

Die Anweisungen der Landesregierung und die „Durchführungsbestimmungen"

NDR-Vertragskündigung

Maulkorb für Journalisten

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, CDU-Stoltenberg, hat den Staatsvertrag über den NDR gekündigt. Diese Rundfunkanstalt wurde bereits von den britischen Besatzern gegründet und nach der Abspaltung des WDR als gemeinsamer Rundfunk der Länder Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein weiterbetrieben. Das Ziel dieser Vertragskündigung ist offensichtlich, es ist ein erpresserisches Manöver, um die Gleichschaltung in den Rundfunkanstalten voranzutreiben, um Zensur und Unterdrückung jeder kritischen Berichterstattung zu verschärfen.

Bereits während der Berichterstattung über die Kämpfe gegen den Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf hat Stoltenberg offen den NDR unter Druck gesetzt und von den Journalisten „regierungstreue" Berichterstattung verlangt. Bereitwillig hat der „Hausherr", SPD-Intendant Neuffer, ein „Kontrollgremium" eingesetzt, das jeden Bericht über die Anti-AKW-Bewegung zensierte. Mehrere Journalisten wurden nicht mehr zur Berichterstattung über Demonstrationen zugelassen, andere mit Kündigung bedroht. Fernsehdirektor Räuker gab sogar an Cutter, Kameraleute, Redakteure konkrete, bis ins einzelne gehende Anweisungen zur „Berichterstattung über Demonstrationen und Tumulte": „Filmen Sie Überblicksbilder — seien Sie vorsichtig mit Großaufnahmen. Ein Handgemenge von zehn Menschen kann — in Großaufnahme — den Eindruck einer Massenrevolte entstehen lassen..."

Diese Zensurmaßnahmen reichen nun nicht mehr! Stoltenberg strebt die völlige Gleichschaltung im Sinne eines faschistischen Staatsrundfunks an, die Unterdrückung jeder kritischen Stimme — auch aus dem bürgerlichen Lager. Bezeichnend dafür ist, daß Stoltenberg in seinen Organisationsvorschlägen zu den „unverzichtbaren Grundsätzen" zählt, „ständige Ausschüsse mit weitgehenden Kontrollrechten" einzurichten. Und diese Zensurausschüsse sollen sich nicht nur mit der „Nachkontrolle" bereits gesendeter Beiträge wie bisher befassen, sondern auch „noch nicht ausgestrahlte Sendungen überprüfen". Damit soll von vornherein verhindert werden, daß ein unerwünschter Beitrag über den Sender geht. Ebenso unverhüllt verlangt Stoltenberg die Säuberung des NDR von kritischen Journalisten: „In schwerwiegenden und wiederholten Fällen von Verstoßen gegen Programmgrundsätze muß der Intendant die Frage arbeitsrechtlicher Konsequenzen prüfen." Und die Programmgrundsätze? Sie sollen „von der verfassungsmäßigen Ordnung und den Wertvorstellungen des Grundgesetzes geprägt" sein. Also kein Wort mehr gegen die Industrie, gegen die Polizei, die Justiz, gegen die Inhaftierung politischer Gefangener — all dies sind ja „Grundpfeiler" dieser „verfassungsmäßigen Ordnung". Die Redakteure des NDR haben gegen diese Pläne protestiert. Dadurch würden den „mißliebige Meinungen unterdrückt und der Freiraum für einen kritischen Journalismus weiter eingeengt". Kampf der fortschreitenden Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen! Für Presse- und Meinungsfreiheit!

Kurzgeschichte

Platt gemacht

In der Bergarbeiterstadt Wanne-Eickel sieht man an einigen Häuserwänden noch heute verwitterte Parolen aus der Zeit des Widerstands gegen die Hitler-Diktatur. Die Parolen zeigen: Die Arbeiter dieser Stadt haben den Faschismus immer gehaßt, sind ihm entgegengetreten, unversöhnlich und militant, oft unter schweren Opfern. Die Geschichtsbücher berichten von einer großartigen Aktion: Im Februar 1936 erzwangen die Belegschaften von vier Wanne-Eickeler Zechen durch einen Proteststreik die Freilassung von 50 verhafteten Kollegen.

Gerade Wanne-Eickel nun suchten sich die Faschisten von der NPD für eine Provokation aus. Für Samstag, den 3. 6. 78, kündigten sie einen Auftritt in der Fußgängerzone an. Dieser Auftritt wurde von den Behörden genehmigt. Die Antifaschisten waren empört, sie rüsteten sich, der Kundgebung entgegenzutreten. Und es rüstete sich auch die Partei...

Es ist Samstag, 9 Uhr früh. Die Fußgängerzone in Wanne-Eickel belebt sich; die Händler ziehen ihre Ladengitter auf. Mitten auf einen kleinen Platz ist ein Auto aufgefahren, die Wagentüren stehen offen, Kartons, Pappschilder und ein Tapetentisch werden ausgeladen. — Die Faschisten sind es, die ihren Stand aufbauen!

Einzelne Passanten bleiben stehen, betrachten das Treiben, schütteln den Kopf. — „Was wollen denn *die* hier? — Sollen machen, daß sie wegkommen! — Zwölf Jahre Hitler waren genug!"

In einiger Entfernung steht ein Polizeiwagen; zwei Polizisten knattern gewichtig auf ihren Motorrädern durch die Einkaufsstraße herbei. Die Polizei ist auf Posten. „Kundgebung schützen", heißt ihr Auftrag.

Schon das äußere Erscheinungsbild der Faschisten ist eine Provokation: Ein Teil von ihnen trägt schwarze Hemden, schwarze Uniformen. Deutschland in den Grenzen von 1938 ist auf dem Shirt des einen abgebildet, eine Krawatte in den reichsdeutschen Farben — schwar-weiß-rot gestreift — hat ein anderer sich umgebunden. Schon ist der Tapetentisch mit Stapeln faschistischer Hetzliteratur beladen, NPD-Schilder lehnen davor, und auf dem Tisch, erhöht, thront das Porträt des Massenmörders und Kriegsverbrechers Hess, des Stellvertreters Hitlers. — Ja, was sich hier aufbaut, ist der finsterste Abschaum, der in Deutschland zu finden ist, ist die Verkörperung all des Beschränkten, Blutrünstigen und Barbarischen aus Vergangenheit und Gegenwart.

„Daß so etwas überhaupt gestattet wird", empört sich eine Frau mit einem Kind an der Hand. „Verhindern müßte man das, umreißen..." Der Unmut rund um den Stand der Faschisten nimmt zu. In der Fußgängerzone liegt etwas in der Luft. Junge Leute schlendern über den Platz, in Gruppen und einzeln; es sind mehr als sonst zu dieser Tageszeit. Sie beobachten finster das Tun der Faschisten.

Die Faschisten aber feixen hinter ihrem Stand hervor, halten ihre Hetzschriften aufdringlich abweisenden Händen entgegen, machen sich lustig über die empörten Äußerungen der Passanten. Sie fühlen sich sicher im Schutz der Polizei. Es ist 20 Minuten nach neun.

Plötzlich kracht es. Eine Gruppe vermummter junger Leute ist zwischen die Faschisten gewirbelt; man sieht hoch in die Luft erhobene Stöcke, sieht die Stöcke niedergehen auf die gekrümmten Rücken der Faschisten; Papier fliegt hoch, Broschüren blättern sich auf in der Luft; der Tapetentisch kracht und splittert, Stelltafeln brechen; — aber schon löst sich das Getümmel wieder auf; die Vermummten stürmen an den Passanten vorbei, die wie zu Salzsäuren erstarrt sind, und verschwinden in der Tiefe der Einkaufsstraße, der Gassen, der Hauseingänge...

Nur ein paar Sekunden sind vergangen. Doch der Stand der Faschisten ist platt, als sei ein Panzer darübergefahren. Im weiten Kreis verstreut liegen Tischtrümmer, Stellschilder und Hetzschriften; die Faschisten rennen darüber aufgeregt hin und her wie aufgescheuchte Hühner über den Mist. Sie reiben sich Arme und Rücken; einem von ihnen sitzt eine blutende Schramme quer über der Nasenwurzel; einem andern sind — so ist später zu hören — die Zähne ausgeschlagen. Wohl bekomm's!

Nun löst sich die Erstarrung unter den Passanten. Man blickt sich um, fragt; man sucht sich klarzuwerden, was da eigentlich geschehen, was da wie ein Wirbelwind in Blitzesschnelle an einem vorbeigetobt ist und den Stand der Faschisten plattgewalzt hat.

Der Polizeiwagen setzt sich in Bewegung; die Polizisten auf den Motorrädern preschen heran. „Da sind sie hin! Da! Da!" schreien die Faschisten und deuten wild die Straße hinauf.

Unter den Umstehenden tauchen Flugblätter der Partei auf, lösen Gespräche, erhitzte Diskussionen aus. Manche der Passanten wissen nicht, was sie zu der gesehenen Aktion sagen sollen, ein kleiner Teil verhält sich ablehnend; viele aber machen aus ihrer Zustimmung keinen Hehl. „Plattgemacht haben sie ihn!" freut sich ein Mann. „Völlig platt!" Neben ihm will ein junges Mädchen, das den Hergang selbst nicht gesehen hat, alles erzählt bekommen, und zwar im Detail. — „Das find ich aber gut, nein, das find ich gut!" sagt sie immer wieder. „Richtig!" sagt ein ehemaliger Bergmann von der Zeche Pluto und erzählt: „Mich haben die Nazis dreimal verhaftet damals; ich war im Kampfbund gewesen drunten auf der Zeche. Geschlagen haben sie mich, auf die Nieren geschlagen, die Schweine! — Die müssen noch ganz anders einen überkriegen!"

Geschieht euch recht! Verpißt euch endlich!" wird den Neonazis, die jammernd ihre Trümmer zusammenlesen, aus der sich rasch vergrößernden Menge zugerufen. Einer der Braunen, der sich, um Mitgefühl werbend, an die Zuschauer wendet, wird zurückgejagt zu seinen Kumpanen.

Die Faschisten werden jetzt „hautnah" von der Polizei geschützt; in der Einkaufsstraße wimmelt es von Polizisten. Die Verfolgung der „Attentäter" ist in vollem Gange; man hört von Festnahmen, Verhaftungen.

„Da laufen die Polizisten herum, wollen die Jungen fangen, bestrafen. Dabei müßte man sie doch belohnen, auszeichnen; das hätten sie verdient!" Der das sagt, ist ein alter Mann und steht gestützt auf seinen Stock. Der Polizeischutz empört ihn so, daß ihm die Tränen in die Augen treten. „Nein, belohnen wird man sie hier nicht, nicht in so einem Staat! Ach, was reg' ich mich auf!..."

An diesem Vormittag nahm die Polizei mindestens fünf Menschen fest, wahllos wurden Verhaftungen vorgenommen — wohl aus Wut darüber, daß die Aktion gegen den NPD-Stand nicht hatte verhindert werden können. Die Polizei verhaftete mit gezogener Pistole. Unter dem Schutz der Polizei bauten die Faschisten, die eilig Verstärkung herangekarrt hatten, ihren Stand ein zweites Mal auf. Doch ihre Reden gingen unter in dem Lärm von Trillerpfeifen, in Zwischenrufen und Parolen.

Genossen der Partei hatten Ketten gebildet; hinter ihnen, über einem starken Abschnitt der Gegendemonstration, wehte die Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr. Insgesamt waren etwa 200 bis 300 Nazigegner angetreten. Hätte nicht ein Ring von Polizisten — Knüppel in der Tasche, Pistole am Gürtel — die empörte Menge zurückgehalten — die Antifaschisten hätten die faschistische Kundgebung samt Pult und Redner plattgemacht wie zuvor die Gruppe mutiger junger Leute den Stand. — Und die Polizei gab sich nicht mit passivem Schutz des Häufleins von Faschisten zufrieden: Sie griff die Gegendemonstranten an. Als ein Redner der Partei, hoch auf den Schultern von Genossen, die Faschisten und ihre Helfer anprangerte, stürmte und prügelte ein Trupp Polizisten auf die Genossen los und beschlagnahmte das Megaphon...

Daß deutsche Polizisten die Faschisten schützen, daß die Faschistenaufmärsche überhaupt nur so möglich sind, hat der letzte Samstag in Wanne-Eickel wieder einmal eindringlich gezeigt. Und doch: Wenn auch die Kundgebung der Nazis nicht vollständig verhindert werden konnte — insgesamt war der Samstag ein Erfolg! Vielen wird noch lange das Krachen und Splittern des NPD-Standes, das Jammern der Faschisten wie Musik in den Ohren nachklingen. Und man kann nur von ganzem Herzen wünschen, daß in Zukunft überall, wo die Faschisten auftauchen, ihnen von beherzten Antifaschisten verstärkt entgegengetreten wird — nach Wanne-Eickeler Art.

WM-Schlaglichter

Sepp Mayers WM-Tip

DKP schießt Eigentor

Diese kleine Broschüre wurde während der WM verteilt. Nanu, stutzt der Fußballfreund, seit wann schreibt sich denn der Tormann der westdeutschen Elf mit „Y"? Aber die Verwirrung währt nicht lange. Auf Seite drei grinst einem ein mittelalterlicher Herr mit Schlips und Hornbrille entgegen. Die Bildunterschrift weist ihn aus als einen „Sepp Mayer, Spitzenkandidat der DKP Hessen". Aha, die DKP mal wieder auf Dummenfang! Und was ist der WM-Tip von diesem falschen Sepp? „Eine Mannschaft, in der zwischen Routine, Erfahrung, jugendlichem Ehrgeiz und Ungestüm eine gute Mischung besteht. Mein Tip ist nach wie vor: Bundesrepublik Deutschland!" Au Weia! Da ist ja die DKP, blind vor lauter Anbiederei bei den Fußball-Fans, ganz bös in die Abseitsfalle gelaufen. Und wie heißt es dann weiter in der Broschüre? „Klaus Fischer schießt die Tore, die DKP den Vogel ab." Das muß ein Vogel sein! Fischers Torbilanz bei der WM belief sich ja bekanntlich auf genau Null.

WM-Touristen



Helmut Schöns taktisches Konzept: „Tun wir doch so, als wären wir einfach Touristen!"



Diesen Schnappschuß schickte uns ein Leser zu. Wahrhaftig ein gelungener Kommentar zum Auftritt der westdeutschen Mannschaft.

Starfighter-Absturz
Schulkinder in Lebensgefahr

Diesen Tag wird Erich Laszig nie vergessen. Der 59jährige Rentner hatte sich am letzten Mittwoch in seinem Wochenendhäuschen im Stadtteil Göttschied von Idar-Oberstein aufgehalten. Um genau 11 Uhr morgens passierte es: Mitten zwischen den kleinen Gartenhäusern zerschellte ein Starfighter der Bundeswehr. Brennende Wrackteile flogen durch die Luft, eins verfehlte nur knapp das Häuschen von Erich Laszig. Das Nachbarhaus jedoch, mehrere andere Gebäude, darunter auch Treibhäuser, wurden getroffen, brannten aus oder wurden zerschmettert.

Die Menschen in Idar-Oberstein sind empört. Was hätte da noch alles geschehen können! 500 Meter Luftlinie von der Absturzstelle entfernt steht das Städtische Krankenhaus und 200 Meter weiter eine Schule, in der sich zu dieser Zeit 170 Kinder aufhielten. Schon lange hatte man so etwas kommen sehen. Denn die Stadt liegt inmitten von Stützpunkten und Übungsplätzen der Bundeswehr und der amerikanischen Besatzer. Systematisch wird die Bevölkerung von den Truppen rücksichtslos terrorisiert.

So heißt es in einem Flugblatt, das die Rote Garde nach dem Starfighter-Absturz verteilte: „Schon lange wird unsere Stadt von Manöverlärm belästigt, der gerade in den letzten Wochen vielen den Nerv geraubt hat. Pausenlos donnern die Maschinen von früh morgens bis in die Abendstunden hinein über die Wohngebiete hinweg und belästigen und gefährden die Bewohner. Es sind nicht nur die Flugmanöver, die die Menschen in unserem Raum terrorisieren. Durch die ungünstige Lage in der Nähe des Truppenübungsplatzes Baumholder wird man oft mitten in der Nacht durch ständigen Schußlärm um seine Ruhe gebracht. Nicht selten wecken uns klirrende Fenster und auffliegende Türen aus dem Schlaf."

In einem Offenen Brief, den mehrere Einwohner von Idar-Oberstein an eine lokale Zeitung richteten, heißt es: „Wir fragen uns: Wer fühlt sich unter den gegebenen Umständen noch ‚sicher' und ‚geschützt'? Wer kann da noch normal leben? Konzentriert arbeiten? Seinen alltäglichen Pflichten nachkommen? In den Schulen lernen?" Die Militärbehörden haben auf solche Proteste nur die unverschämte Aufforderung, „die Bevölkerung werde mit diesem Fluglärm leben müssen". Und soll sie etwa auch mit der Gefahr eines neuen Absturzes leben? Soll sie stillhalten, wenn bedenkenlos Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden?

Die Werktätigen in Idar-Oberstein werden sich zu wehren wissen. Die Rote Garde hat dazu aufgerufen: **„Schließen wir uns zusammen unter der Forderung: Keine Manöverflüge über Idar-Oberstein und Umgebung."**

„Flotte für den Atomkrieg"

„Fliegender Sarg" oder „Witwenmacher" — so haben die Bundeswehrpiloten von Anfang an den Starfighter genannt. Denn bei dieser Maschine war der Absturz sozusagen vorprogrammiert. Woran das lag? In erster Linie an folgender Tatsache: Der vom Lockheed-Konzern gebaute Starfighter war ein Schönwetterjäger. Die westdeutschen Imperialisten jedoch wollten Atombomber haben. So wie es ihr General Krummacher drastisch ausdrückte: „Die Starfighter-Flotte ist für den Atomkrieg gedacht. Ob die Maschinen danach noch einsatzfähig sind, ist nicht so wichtig." Um aber aus dem Starfighter den gewünschten Atombomber zu machen, waren über 90 schwerwiegende Konstruktionsänderungen nötig.

Als der damalige Kriegsminister Strauß im Jahre 1959 knapp 1.000 dieser umgerüsteten Maschinen bei Lockheed orderte, existierten diese Flugzeuge noch nicht einmal auf dem Reißbrett, geschweige denn waren sie schon auf ihre Flugfähigkeit getestet worden. Aber in ihrer Gier nach Atomwaffen kalkulierten die westdeutschen Imperialisten bewußt die voraussehbare Katastrophe ein. Zudem hatte sich der Lockheed-Konzern für das Milliarden-Geschäft dankbar gezeigt: Wie später Manager des Konzerns eingestanden, überwiesen sie eine größere Summe auf das Konto von Strauß.

Einer der schwerwiegendsten und in der Konsequenz tödlichen Mängel bei der Umrüstung des Starfighters auf einen Atombomber: Die Maschinen wurden um ein Drittel schwerer, sie wurden damit — gemessen an der Leistungsfähigkeit der Triebwerke — zu schwer. Denn bleiben bei den Starfightern der Bundeswehr die Triebwerke auch nur um 13 Prozent unter der Volleistung, stürzt die Maschine unweigerlich ab.

Der Absturz in Idar-Oberstein hat wieder gezeigt: Der Starfighter ist nicht nur für die Piloten, sondern vor allem für die Bevölkerung der Bundesrepublik eine ständige tödliche Bedrohung. Aber keiner der auf Strauß folgenden Kriegsminister, ob von Hassel (CDU) oder Schmidt, Leber und Apel von der SPD dachte auch nur im Traum daran, die Flüge mit dieser Maschine einzustellen. Der heutige Bundeskanzler Schmidt hatte auf die massiven Proteste gegen den Starfighter nur die folgende zynische Antwort parat: „Wenn Sie das Ziel, Unfälle mit tödlichem Ausgang auszuschließen, konsequent verfolgen wollen, müßten Sie auch die Einstellung des zivilen Flugbetriebes, ja, sogar des gesamten Straßenverkehrs fordern."

2.000 demonstrieren gegen AKW



2.000 Brunsbütteler demonstrierten am Sonnabend gegen das menschenverachtende Vorgehen der AKW-Betreiber und des Staates. Ihr Hauptforderung war: „Sofortige und endgültige Stillegung des Atomkraftwerks Brunsbüttel." Viele Menschen blieben in den Straßen stehen und verfolgten die Demonstration mit Interesse und Sympathie. Am AKW angekommen, ließen es sich viele Demonstranten nicht nehmen, einem sogenannten Informations-Pavillon der AKW-Betreiber einen Besuch abzustatten. Dabei ging einiges Inventar zu Bruch. Besonders empört waren die Brunsbütteler darüber, daß unmittelbar nach dem Austritt der radioaktiven Wolke die achte Klasse der Hauptschule zur Besichtigung in diesen Pavillon geführt und sie somit der starken Strahlung am AKW ausgesetzt wurde.



Roter Morgen

Roter Morgen

ROTER MORGEN

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten gegründet

11 Jahre „Roter Morgen"

Vor elf Jahren, am 1. Juli 1967, erschien die erste Ausgabe des „Roten Morgen". Damals noch als Zeitschrift der Marxisten-Leninisten in der KPD. Für diese Genossen — geführt von Ernst Aust, dem heutigen Vorsitzenden unserer Partei — war der „Rote Morgen" eine wichtige Waffe im Kampf gegen die revisionistischen Führer der KPD. 1968, nach der Gründung der KPD/ML, wurde der „Rote Morgen" das Zentralorgan der Partei.

Heute erscheint der „Rote Morgen" nicht nur in der Bundesrepublik und in Westberlin. Auch in der DDR wird er unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität verbreitet. So trägt der „Rote Morgen" in beiden deutschen Staaten die revolutionäre Linie der Partei unter die Arbeiter, die anderen Werktätigen, ruft er sie auf zum Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231/433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di u. Do 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Hamborner Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duborg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker-Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.